bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN

Mai / Juni 2022

Ankommen nach der Flucht

SCHULE
Weibliche Sexualität sichtbar machen

TENDENZEN
Lehrkräfte in der Ukraine

GEWERKSCHAFT
Mitmachen in der GEW

ZEICHNUNG: BECK

KOLUMNE

Schöne neue Welt

von Aron Tremmel und Carla Siepmann

Wir schreiben das Jahr 2045. Die Klimaziele wurden nicht erreicht. Heute sollen es 38 Grad werden. 14-Jährige laufen durch den morgendlichen Januarnebel zu ihren Arbeitsplätzen in den Fabriken. Ich habe das Glück, noch ein Jahr in die Schule gehen zu dürfen. Nach der achten Klasse müssen wir aber von der Schule abgehen, da die Jugendlichen als Arbeitskräfte für die schrumpfende Wirtschaft gebraucht werden. Ich gelange zum Schulgebäude und gehe Richtung Klassenzimmer. Der Countdown über der Tür zeigt an: »71 Jahre und 38 Tage bis zur Rente«. »Hab ich's gut«, denke ich mir, »meine Kinder werden mit Sicherheit noch viel länger arbeiten müssen«. Ich betrete den viel zu kleinen Raum, in dem sich meine 46 Klassenkamerad*innen in ihren Doppelstocktischen stapeln. Ich hole meinen Collegeblock raus, auch wenn ich viel lieber digital schreiben würde. Doch das Kultusministerium wird zu großen Teilen von der Papierlobby finanziert. Nach den ersten sechs Stunden Unterricht gehe ich in eins der abgeranzten Badezimmer, um mich vor der zweiten Hälfte des Schultages zu erholen. Schon lange gibt es hier kein Wasser mehr, da alle Reserven aufgebraucht sind und ganz Brandenburg versteppt ist. Zurück im Klassenzimmer nehme ich auf einem der wackeligen Schemel Platz. Unser Klassenlehrer, ein Mittsiebziger, der angeblich schon zu Zeiten unterrichtet haben soll, als man noch ganze 13 Jahre zur Schule ging, beginnt kreischend auf der Tafel zu schreiben. Schließlich fängt er an, Folien auf dem Overheadprojektor zu präsentieren …

*Aron Tremmel und Carla Siepmann sind Schüler*innen am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium.*

Kreativer, flexibler, offener!

Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Folter. Um ihnen schnell zu helfen, muss die Bürokratie endlich umdenken.

Sead Husic, Politologe, freier Journalist und Autor

Es ist Krieg in Europa, Millionen Menschen flüchten vor Krieg und Zerstörung. Und Berlins Bürokratie ist mal wieder überfordert. Dass die Verwaltungsbehörden der deutschen Hauptstadt zum Dauerärgernis gehören, ist weithin bekannt. Dass es aber seit der Flüchtlingskrise 2015 keinerlei Fortschritte gab, ist schlichtweg skandalös. Mit einem Blick auf das kleine EU-Land Litauen wird bewusst, wie rückständig die hiesige Bürokratie ist. Litauen hat mit 2,8 Millionen Menschen rund eine Million weniger Einwohner*innen als die Bundeshauptstadt und verfügt bei weitem nicht über die finanziellen wie wirtschaftlichen Ressourcen des Bundeslandes Berlin. Und dennoch hat es (zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels) mit etwa 40.000 Ukrainer*innen mehr Menschen je Einwohner*in aufgenommen als Berlin. Nahezu reibungslos arbeiten in Litauen die Behörden, die mehr als 17.000 freiwilligen Helfer*innen und Flüchtlingsorganisationen Hand in Hand. So werden die Ankommenden nicht erst bei den Migrationsämtern im Land, sondern bereits mithilfe mobiler Melde- und Hilfsstationen an der polnisch-litauischen Grenze registriert. Das beschleunigt Wohnraumzuweisungen, Job- oder Weiterbildungsangebote. Dabei verpflichtet der Staat die ukrainischen Einreisenden zu nichts und lässt ihnen die freie Niederlassungswahl. Zudem besteht zwischen den Kommunen und den NGOs eine enge Koordination, die dafür sorgt, dass die Geflüchteten viele Anlaufstellen haben, die ihnen unnötige Wege ersparen. So etwa zum Beispiel in Schulgebäuden, in denen Migrationsstellen errichtet wurden. Darin arbeiten neben Beamt*innen auch NGOs wie die Caritas, der Malteser-Verein, das Kinderhilfswerk. Vieles läuft ohnehin in der baltischen Republik papierlos und online. Auf diese Weise hat das litauische Bildungsministerium bereits ein landesweites Netzwerk für über 6.000 Kita-Kinder und Schüler*innen geschaffen, um Klassenräume zu organisieren oder Onlineunterricht zu ermöglichen. Hierbei werden keine parallelen Schulstrukturen befürchtet, ganz im Gegenteil. »Es ist nicht unsere Absicht aus den ukrainischen Migranten Litauer zu machen. Wir wollen Angebote schaffen, damit sich die Ukrainer als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft fühlen und zwar als Ukrainer«, sagte der Sprecher des Bildungsministeriums, Julius Lukošius.

Natürlich sind die Litauer*innen besonders motiviert, weil sie sich durch die russische Aggression gegen die Ukraine selbst bedroht fühlen und sicher sind, dass sie Putins nächstes Ziel sein könnten. Der Kern der hocheffizienten litauischen Geflüchtetenhilfe liegt aber in der flexiblen Arbeitsweise der staatlichen Behörden mit den agilen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit Blick auf die Berliner Bürokratie muss man genau das einfordern: Mehr Offenheit, mehr Fantasie, mehr Beweglichkeit. Dass es ausgerechnet in der Demo-Hauptstadt Berlin an kreativen Lösungen im Bereich der Geflüchtetenhilfe fehlt, liegt nicht an der Faulheit oder Dummheit der Beamt*innen, sondern es ist ein Ausweis mangelnder politischer Haltung.

FOTO: PRIVAT

36 GEWERKSCHAFT In einer repräsentativen Umfrage wurden die Mitglieder der GEW BERLIN zu ihrer Haltung gegenüber ihrer Gewerkschaft und den Möglichkeiten des Engagements befragt. Ryan Plocher fasst zentrale Erkenntnisse zusammen.

42 TENDENZEN
Kolleg*innen in der Ukraine berichten Olga Pischel, wie sie in Zeiten des Krieges Kontakt zu ihren Schüler*innen halten und wie ihre aktuelle Lebenssituation aussieht.

27 SCHULE
Biologiebücher namhafter Schulbuchverlage repräsentieren das weibliche Geschlechtsteil missverständlich, unvollständig und teilweise sogar faktisch falsch. Sina Krüger hat sich dafür eingesetzt, dass sich das ändert. In ihrem Artikel erklärt sie ihre Beweggründe.

TITELBILD: ADOBE STOCK/FOTTOO OBEN LINKS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE; OBEN RECHTS: ADOBE STOCK/FOTTOO; UNTEN LINKS: PRIVAT; UNTEN RECHTS: IMAGO IMAGES/BETTINA STRENSKE

INHALT

Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum 2-7 | 47

ANKOMMEN NACH DER FLUCHT 8
Wohnraum für Geflüchtete *Carla Bormann* 10
Qualität verbessern und Bewährtes erhalten *Peter Hermanns* 12
Beziehungsabbrüche vermeiden *Juliane Willuhn* 13
Kein Ausweg aus der Warteschleife *Leoni J. Keskinkılıç* 15
Das Unmögliche möglich machen *Christoph Brandl* 17

KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT
Vom Privileg, Familie sein zu dürfen *Lisa Haring* 19

SCHULE
Immer nur Goethe *Mareike Mathias* 22
Gelingende Elternpartizipation in der Schule *Constantin Saß* 24
Der Weg zu einer aktiven Schüler*innen-Vertretung *Yvonne Lehmann* 26
Weibliche Sexualität sichtbar machen *Sina Krüger* 27
Willkommenskultur: mangelhaft *Ralf Schiweck* 29
Bildung in der digitalen Welt 30

INTERNATIONALES
Für eine Zukunft ohne Kinderarbeit *Bruni Römer* 31

RECHT & TARIF
Basics der Personalratsarbeit *Anne Albers / Michaela Ghazi* 32
Streik für bessere Arbeitsbedingungen gestartet *Tom Erdmann* 34
Zur Verbeamtung sind fast alle Fragen offen *Udo Mertens / Anne Albers* 35

GEWERKSCHAFT
Ergebnisse der Mitgliederbefragung zum Engagement *Ryan Plocher* 36
Herzlichen Glückwunsch Erhard Laube! *Tom Erdmann* 38
Auch Schulleitungen haben eine Stimme in der GEW *Tom Erdmann* 38
Unhaltbare Vorwürfe *Eva-Maria Besler* 39
Nachruf Klaus Mennicke *T. Thieme / D. Mücke / G. Kutt / E. Richert / H. Engelmann* 40
Gruppen der GEW – KiJuSo 41

TENDENZEN
Krieg in der Ukraine *Olga Pischel* 42
Geflüchtete Schüler*innen aus der Ukraine *Irina Mützelburg* 43
Es geht nicht nur um Sprache *Anna-Fee Schuller* 44
Dokumentation eines Desasters *Wilfried Seiring* 46

SERVICE
Ausstellung | Bücher | Materialien | Aktivitäten 48

8 TITEL Anzukommen und ein eigenes Zuhause zu haben, ist ein zentrales menschliches Bedürfnis. Gerade für Menschen, die geflohen sind ist es aber alles andere als einfach, dauerhaften Wohnraum zu finden. In unserem Themen-Schwerpunkt setzen wir uns mit den speziellen Wohnformen für Geflüchtete und den damit verbundenen Schwierigkeiten auseinander.

Die Vorsitzenden der GEW BERLIN, Martina Regulin und Tom Erdmann, im Gewerkschaftsblock bei der großen Friedensdemonstration in Berlin am 13. März unter dem Motto »Stoppt den Krieg. Frieden und Solidarität für die Menschen in der Ukraine«.

CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Fehlende Aufarbeitung bei Missbrauch an Schulen

Die »Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung Sexuellen Kindesmissbrauchs« hat zum Thema »Sexueller Kindesmissbrauch und Schule« 160 Berichte von Betroffenen gesammelt und ausgewertet. Die sexuellen Übergriffe, von denen Betroffene und einige Zeitzeug*innen berichten, gingen meist von Lehrer*innen, vereinzelt von der Schulleitung oder anderem Schulpersonal aus. Aus der Auswertung ergibt sich, dass es vielen Schulen an Schutzkonzepten mangelt, die etwa greifen könnten, wenn es einen Verdachtsfall gibt. Ein zentrales Problem stelle die mangelnde Aufarbeitung bei vielen Fällen dar, die auch notwendig sei, um künftige Taten zu verhindern.

Erhebliche Lesedefizite in der Grundschule

Laut einer Studie des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Uni Dortmund ist die Lesekompetenz von Viertklässler*innen im Vergleich zu 2016 enorm gesunken. Bei den 2021 getesteten Schüler*innen bestehe im Schnitt ein Lerndefizit von einem halben Jahr. Lesekompetenz – flüssiges und sinnerfassendes Lesen – gilt als eine Schlüsselqualifikation, die zentral in der Grundschule erworben wird und über den weiteren Verlauf der Bildungsbiografie entscheidet. Das Forscher*innenteam geht davon aus, dass die pandemiebedingten Schulschließungen mit Unterrichtsausfällen und vielen Wechseln zwischen Distanz- und Präsenzlernen, ein wesentlicher Grund für die beobachteten Leistungsabfälle bei allen Gruppen von Viertklässler*innen sind.

40 Jahre Anti-Kriegs-Museum

Das Berliner Anti-Kriegs-Museum feiert am 1. Mai dieses Jahres sein 40-jähriges Bestehen. Es wurde 1925 vom Schriftsteller und Pazifisten Ernst Friedrich gegründet und war damals weltweit das erste Museum für Frieden. Der Standort in der Parochialstraße wurde 1933 von der SA zerstört und kurz darauf als sogenanntes Wildes KZ benutzt. 1982 hat eine Gruppe von Lehrer*innen rund um Tommy Spree, Enkel von Friedrich, aus der Friedensbewegung heraus das Museum neu gegründet. Heute ist es im Wedding in der Brüsselerstraße 21 zu finden und bietet neben freiem Eintritt und wechselnden Ausstellungen auch Führungen für Schulklassen an.

Demo gegen Sparpolitik

Am 19. März rief die GEW BERLIN gemeinsam mit dem Bündnis »Schule muss anders« zu einer Demonstration gegen Kürzungen und für Verbesserungen im Bildungsbereich auf. Mehr als 1.500 Menschen folgten dem Aufruf. Auf der Abschlusskundgebung vor der Senatsfinanzverwaltung übergab das Bildungsbündnis den schulpolitischen Sprecher*innen der Regierungsfraktionen die bis dahin eingegangenen 17.500 Unterschriften einer Online-Petition für mehr Bildungsinvestitionen unter dem Slogan »Mehr Zeit, mehr Personal und bessere Inklusion«.

Mehr Dauerstellen bei den Hochschulen einfordern

Die GEW BERLIN kritisiert den erneuten Änderungsentwurf des Berliner Hochschulgesetzes scharf. »Der Berliner Senat will die Regelungen für eine dauerhafte Beschäftigung von promovierten Wissenschaftler*innen konkretisieren – knickt dabei aber vor den Hochschulen ein«, stellte die Vorsitzende der GEW BERLIN, Martina Regulin, fest. »Das Verfahren zur Schaffung von Dauerstellen im Mittelbau wird so nicht rechtssicher gestärkt, sondern aufgeweicht«, so Regulin weiter. Der Kreis der für eine unbefristete Beschäftigung in Frage kommenden Wissenschaftler*innen wird deutlich eingeschränkt. So soll etwa die Regelung nur noch für Wissenschaftler*innen gelten, deren »Ersteinstellung« nach Abschluss der Promotion ab dem 1. Oktober 2023 erfolgt.

Berliner Unis haben neue Leitungen gewählt

Schon im Januar löste an der Technischen Universität Berlin die Mathematikprofessorin Geraldine Rauch den langjährigen Präsident Professor Christian Thomsen ab. Im Februar wurde an der Freien Universität der Mathematikprofessor Günter M. Ziegler im Amt bestätigt. In derselben Woche wurde Professorin Julia von Blumenthal, bisherige Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), an die Spitze der Humboldt-Universität gewählt. Sie folgte auf Sabine Kunst, die Ende letzten Jahres aufgrund ihrer Kritik am neuen Berliner Hochschulgesetz zurückgetreten war, weil sie die darin enthaltenen Regelungen zur Dauerbeschäftigung von Postdoktorand*innen für nicht umsetzbar hielt. Die drei Universitäten bilden zusammen den Kern der »Berlin University Alliance« (BUA). Innerhalb der BUA ist damit die Quote weiblicher Führungskräfte deutlich besser als der Bundesschnitt an staatlichen Hochschulen. Laut der jährlichen Auswertung des Centrums für Hochschulentwicklung ist eine typische Hochschulleitung weiterhin männlich, 60 Jahre alt und stammt aus Westdeutschland. Die Frauenquote ist seit der letzten Erhebung nur minimal gestiegen und liegt aktuell bei 24,9 Prozent.

Verfügungsfonds der Schulen schrumpft massiv

Im Wahlkampf noch undenkbar, wurden die Schulleitungen im Frühjahr über Kürzungen ihrer Schuletats informiert: Anstelle von bis zu 25.000 Euro sollen den Schulen jährlich voraussichtlich nur noch 3.000 Euro zur Verfügung stehen. Die GEW BERLIN kritisiert dieses Vorgehen und fordert ein Einlenken des Senats: Schulleitungen, Lehrkräfte, Erzieher*innen würden in der andauernden Pandemie im Stich gelassen. Um die Schüler*innen aufzufangen und zu begleiten, ist eine direkte Aufstockung der schulischen Mittel statt des komplizierten Corona-Aufholprogramms notwendiger denn je. »Die Schulen und Kitas laufen seit zwei Jahren im Ausnahmezustand und sie werden noch lange damit beschäftigt sein die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche aufzufangen. Der Bedarf an pädagogischer Unterstützung und Begleitung ist massiv gestiegen. Wir brauchen mehr, nicht weniger Geld für Bildung«, forderte Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN.

Lehrkräfte werden nicht von alleine kommen

Die GEW BERLIN forderte den Berliner Senat auf, sich das wahre Ausmaß des Lehrkräftemangels bewusst zu machen und schnell wirksame Schritte einzuleiten. Laut Berechnungen der Senatsverwaltung sind bis 2028 mindestens 17.000 neue Lehrkräfte erforderlich, um den vorhergesagten Bedarf zu decken. Demnach wird Berlin von 2021 bis 2028 im Schnitt jährlich 2.125 neue Lehrkräfte unbefristet einstellen müssen. Demgegenüber stehen die nur knapp 900 Lehramtsabsolvent*innen pro Jahr, die aus Berliner Hochschulen hervorgehen. »Während wir davon ausgehen, dass die realen Bedarfe noch höher liegen werden, führt der Senat die Öffentlichkeit in die Irre, wenn er in seiner Pressemitteilung vom 22. Juni 2021 ausführt, der Einstellungsbedarf sei »mittelfristig deutlich rückläufig«, kritisierte die Vorsitzende der GEW BERLIN, Martina Regulin. Sie erneuerte im Bildungsausschuss des Abgeordnetenhauses die Forderungen nach einer Ausbildungsoffensive: »Will das Land Berlin mehr Lehrkräfte gewinnen, muss die Attraktivität des Berufs gesteigert werden; durch kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams und mehr unterstützendes Personal.«

8. März – Frauenkampftag

Auch am diesjährigen Frauenkampftag waren wieder viele GEWerkschafterinnen unterwegs auf Protestkundgebungen. Auf dem Nettelbeckplatz versammelten sich mehr als 200 Menschen, um gegen die Mittelkürzung für feministische Zentren in Berlin zu demonstrieren. Von der jungen GEW sprach dort Marie Viney: »Wurde in der Pandemie nicht immer wieder darauf hingewiesen, dass häusliche Gewalt zunimmt und die hauptsächlich betroffenen Frauen und Kinder mehr Schutz brauchen? Wir zeigen uns solidarisch mit dem Berliner Frauennetzwerk, die keine Sparmaßnahmen in Höhe von 4,9 Millionen Euro hinnehmen wollen. Wir brauchen eine sichere und dauerhafte Ausfinanzierung der Sozialen Arbeit«.

Corona-Prämie für Beschäftigte der freien Träger

Die GEW BERLIN begrüßt, dass der Senat auf die GEW-Forderung eingegangen ist, die ausgehandelte Corona-Prämie im TV-L nun auch an die Beschäftigten bei freien Trägern, die Zuwendungen des Landes empfangen, weiterzugeben. Die GEW BERLIN fordert die Träger auf, die Anträge im Sinne der Beschäftigten zu stellen und das Geld schnell und unkompliziert auszuzahlen. Der Umgang mit der Corona-Prämie hat aber erneut deutlich gemacht, dass die Zwei-Klassengesellschaft in der Sozialen Arbeit ein Ende haben muss. Die Beschäftigten halten die Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendarbeit am Laufen und müssen daher – egal ob bei freien Trägern oder im öffentlichen Dienst – bei der Bezahlung gleichgestellt werden.

Werbung für die AfD unvereinbar mit Treuepflicht

Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte erläutert, warum der Rechtsstaat disziplinarrechtliche Konsequenzen ziehen muss, wenn Beamt*innen für die AfD eintreten. Die Wahrung und Achtung des unabdingbaren Grundsatzes der Menschenwürde aller, untrennbar verbunden mit dem Diskriminierungsverbot, sei Aufgabe und Zeichen der Integrität staatlicher Institutionen. Somit sei es im Interesse des Rechtsstaats geboten, dass die zuständigen Stellen im Einzelfall Beamt*innen aus dem Staatsdienst entlassen können.

ÜBRIGENS

Gerade noch schien eine vermeintliche Routine im alltäglichen Wahnsinn zwischen Corona und Klimawandel einzukehren, da kommt alles ganz anders.

Eine traurige Aktualität hat das Schwerpunktthema »Geflüchtete in Berlin« in den letzten Wochen bekommen. Als die Redaktion das Thema im September letzten Jahres beschloss, war noch nicht – oder nur mit sehr viel Weitblick – daran zu denken, dass es zu der aktuellen Kriegssituation in der Ukraine kommen würde. Mit dem Krieg gerät auch das internationale Gefüge ordentlich ins Wanken. Ausgang ungewiss.

Wäre zu fragen, was uns an Zuversicht und Hoffnung bleibt. Vielleicht die Erkenntnis, dass wir gemeinsam etwas zum Positiven wenden können. – Das war das Wort zum Sonntag. *NW*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. Schreibt an *bbz@gew-berlin.de* und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS
Juli/August 2022: 16. Mai

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Nadine Wintersieg (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Rio, Jeannine Schätzle, Ralf Schiweck, Joshua Schultheis, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Anzeigen: bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 75. (90.) Jahrgang 5-6 / 2022: 29.700

ALLE ZEICHNUNGEN DER TITELGESCHICHTE: ADOBE STOCK/KO HAMARI FOTO: ADOBE STOCK/FOTTOO

Ankommen nach der Flucht

Als wir letztes Jahr den Themen-Schwerpunkt »Geflüchtete in Berlin« planten, hatten wir nicht erwartet, dass sich die Veröffentlichung mit einem Krieg in Europa überschneiden könnte. Unsere Planung begann somit von einem anderen Ausgangspunkt. Damals erschien uns das Thema Wohnen ein interessanter Aspekt im Kontext von Flucht zu sein. Insbesondere natürlich mit Blick auf die seit dem Jahr 2015 nach Berlin gekommenen Geflüchteten.

Dann begann die Invasion der russischen Armee in der Ukraine. Die Zahl der Opfer nimmt täglich zu und tausende Menschen sehen sich gezwungen zu fliehen. Dabei zeichnet sich ab, dass das Thema Wohnen immer brisanter werden wird, denn der Wohnungsmarkt hat sich in Berlin verschärft und besonders für Geflüchtete stehen die Chance auf eine eigene Wohnung schlecht. Viele von ihnen verbringen lange in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften, Tempohomes oder modularen Unterkünften. Damit verbunden sind andauernde Prekarität und Abhängigkeit. Die Verletzlichkeit dieser Situation zeigt sich aktuell da besonders deutlich, wo Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern überstürzt Unterkünfte räumen müssen, um Platz für Menschen aus der Ukraine zu machen. In Berlin war dies bei einer Unterkunft in Reinickendorf der Fall. Selbstverständlich unterstützen wir die schnelle und unbürokratische Unterbringung von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen. Unsere Solidarität gilt allen Geflüchteten. Die Ungleichbehandlung von Zuflucht suchenden Menschen, die sich gerade an verschiedenen Stellen abzeichnet, lehnt die GEW BERLIN grundsätzlich ab.

Mit diesem Titel widmen wir uns den speziellen Wohnformen für Geflüchtete. Wie die Lage in der Ukraine im Mai, zum Erscheinen der Zeitschrift, aussieht können wir zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe Mitte März nicht absehen. Die Autor*innen haben sich bemüht, die schlimmen Neuigkeiten des Kriegs in der Ukraine kurzfristig in ihre Artikel einzubinden. Dafür danken wir ihnen.

Die vorliegenden Artikel zeigen jedoch alle sehr deutlich, wie schwierig es für Geflüchtete ist, in Berlin ein dauerhaftes Zuhause zu finden.

Wohnraum für Geflüchtete

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ist in Berlin für die Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten verantwortlich. Auch wenn die Qualität laufend verbessert wird, sind diese Wohnformen kein Ersatz für ein eigenes Heim

von Carla Bormann

Die Nacht vom 23. auf den 24. Februar 2022 ist für die Welt, für Europa verheerend: Russland greift die Ukraine an und bringt damit unendliches Leid über das Land. Viele Ukrainer*innen bangen um ihr Überleben, verlassen Hals über Kopf ihre Heimat und begeben sich auf die Flucht. In Berlin kommen seitdem wieder tausende Menschen auf der Suche nach Schutz an. Die Fluchtzugänge durch Kriege im Nahen Osten, durch die in den Jahren 2015 und 2016 neben Syrer*innen auch Menschen weiterer Nationalitäten wie Iraker*innen und Afghan*innen zu zehntausenden Obdach in Berlin suchten, beschäftigen Berlin noch immer. Der März 2022 fühlt sich wie ein Déjà-vu an – fast zumindest.

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) wurde im Jahr 2016 gegründet und hat die Aufgaben für die Registrierung, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten in Berlin übernommen. Damals wurden zur kurzfristigen Unterbringung von Geflüchteten Turnhallen, ehemalige Kasernen, Krankenhäuser, Schul- und Verwaltungsgebäude sowie die Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof genutzt.

Vielfältige Unterbringungsformen

Es entstanden Containerbauten, die heute noch zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt werden. Sie unterteilen sich in mehrgeschossige Containerdörfer mit Gemeinschaftsduschen und Bädern und die sogenannten Tempohomes, bei denen drei Container eine kleine Wohnung für vier Personen mit Küchennische, Dusche und WC ergeben.

Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) wurden konzipiert. Hierbei handelt es sich um Neubauten, die entweder in Fertigbauweise oder klassischer Bauweise errichtet werden. Es gibt zwei Typen: MUF, die einem Studentenwohnheim mit Zweibettzimmern, gemeinschaftlich genutzten Bädern und Küchen ähneln sowie MUF mit Wohnungsstrukturen.

Den Hauptteil, etwa 50 Prozent, der vom LAF zur Unterbringung genutzten Gebäude stellen jedoch umgebaute Bestandsgebäude dar. Sie bieten sowohl Mehrbettzimmer mit Gemeinschaftsküchen und -bädern als auch Wohnungsgrundrisse. Zusätzlich sind fast alle Unterkünfte mit Räumen für Sozialbetreuung und gemeinschaftliche Aktivitäten ausgestattet.

Das LAF hat seit seiner Gründung viel entwickelt und Teilhabechancen von Geflüchteten verbessert. Turnhallen und Hangars konnten geschlossen und zahlreiche Neubauten errichtet werden. Einheitliche Standards wurden erarbeitet.

In den Unterkünften arbeiten Leitungen, Verwaltungsmitarbeitende, Betreuungspersonal, sowie teilweise Psycholog*innen und zum Schutz der Geflüchteten Sicherheitsdienstleistende. In jeder Unterkunft gibt es Kindeswohl-, Frauen- und LSBTIQ-Beauftragte.

In den letzten Jahren wurden die Hausordnungen unter Einbindung von Initiativen überarbeitet. Die Prüfmethoden und Indikatoren der behördlichen Qualitätssicherung wurden im partizipativen Verfahren als Teil des sogenannten Qualitätschecks weiterentwickelt. Dies geschah in Anlehnung an den von Save the Children erarbeiteten Kinderrechte-Check. Die neue Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBs) wurde aufgebaut und unterstützt Geflüchtete in Unterkünften dabei, ihre Beschwerden zu formulieren und an die entsprechenden Stellen zu richten.

Noch kein »richtiges« Zuhause

Trotz dieser qualitativen Verbesserungen bedeutet eine Unterbringung durch das LAF nicht Wohnen. Geflüchtete Menschen registrieren sich nach Ihrer Ankunft im Berliner Ankunftszentrum (AkuZ) in Reinickendorf. Sie werden dann nach wenigen Tagen in einer Aufnahmeeinrichtung untergebracht. Dort werden die Menschen vollverpflegt und haben nicht die Möglichkeit selbst zu kochen. Nach einigen Wochen

FOTO: ADOBE STOCK/FOTTOO

»Trotz dieser qualitativen Verbesserungen bedeutet eine Unterbringung durch das LAF nicht Wohnen.«

oder Monaten ziehen sie in eine Gemeinschaftsunterkunft mit Selbstversorgung um.

Alleinreisende teilen sich hier mindestens mit einer weiteren Person ein Zimmer. Familien haben Zimmer für sich, müssen sich diese aber regelmäßig zu zweit teilen. Wohn- oder Spielzimmer gibt es in den einzelnen Wohneinheiten nicht. Sicherheitsdienstmitarbeitende am Eingang kontrollieren den Zugang zum Gebäude.

Übernachtungsbesuch ist dort nur in absoluten Ausnahmefällen möglich. Die Bewohner*innen haben keine Mietverträge. Sollte die Unterkunft schließen müssen, weist Ihnen das LAF eine neue Unterkunft zu. Dabei wird ein sozialraumnaher Umzug angestrebt, dies ist aber aufgrund der verfügbaren Plätze nicht immer möglich.

Corona hat die Lebenssituation in den Unterkünften aufgrund der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen und Abstandsregelungen sowie Quarantänen weiter massiv beeinträchtigt.

Der Übergang in den Wohnungsmarkt ist schwer

Einen optimalen Ort für das Aufwachsen von Kindern stellt eine Unterkunft nicht dar. Dennoch sind von den circa 22.000 vom LAF untergebrachten Personen, wobei die flüchtenden Ukrainer*innen noch nicht eingerechnet sind, etwa ein Drittel Minderjährige. Sie und ihre Familien leben häufig mehrere Jahre in der staatlichen Unterbringung, weil sie auf dem Berliner Wohnungsmarkt keinen bezahlbaren Wohnraum finden.

Auch wenn das LAF Kooperationsvereinbarungen wie »Wohnen für Flüchtlinge« (WfF) mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften hat, durch die jährlich 275 Wohnungen für Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden und andere Integrationswohnprojekte wie das Tolerante Miteinander (TOM) von der degewo verfolgt werden, reichen diese Bemühungen nicht aus.

Die Stadtgesellschaft bringt sich ein

Seit dem 24. Februar 2022 fühlen sich die Mitarbeitenden des LAF in die Jahre 2015 und 2016 zurückversetzt: Schnell müssen tausende Plätze in Notunterkünften geschaffen werden. Zelte werden errichtet, Messehallen und Flughafengebäude werden zur Notunterbringung umfunktioniert, Plätze durch Kirchen zur Verfügung gestellt und kurzfristig Kontingente in Hostels und Hotels angemietet.

Kurz- und mittelfristig sollen neben Neubauten wieder vermehrt Kapazitäten in Bestandsgebäuden geschaffen werden. Verteilungen erfolgen über den Königsteiner Schlüssel auf andere Bundesländer. Noch größer als im Jahr 2015 scheint der Einsatz und das Engagement der Stadtgesellschaft – die Solidarität ist enorm: Berliner*innen stellen Ukrainer*innen ihre Gäste- oder Wohnzimmer, Ferienwohnungen, Hotel- oder Pensionszimmer kostenlos über mehrere Tage oder Wochen zur Verfügung.

Mittelfristig werden die privat untergekommenen Ukrainer*innen eine reguläre Unterbringung benötigen, für die das LAF verantwortlich sein wird. Um die Teilhabechancen von Geflüchteten, egal welcher Nationalität, langfristig zu verbessern, heißt es für Berlin jedoch: Wir benötigen mehr bezahlbaren Wohnraum.

Königsteiner Schlüssel
Der Königsteiner Schlüssel legt für jedes Bundesland die Aufnahmequote für Asylsuchende fest. Berechnet wird diese jedes Jahr neu auf der Basis der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl.

Carla Bormann, Gruppenleitung Konzeptentwicklung und Stadtplanung im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten.

Qualität verbessern und Bewährtes erhalten

Das Land Berlin sorgt mit seiner Auslegung des Vergaberechts bei Betreiber*innen von Unterkünften für Geflüchtete für viel Unmut. Am meisten leiden aber die Bewohner*innen unter den Folgen

von Peter Hermanns

Täglich kommen derzeit tausende verzweifelte Menschen aus dem Kriegsland Ukraine in Berlin an und müssen notversorgt und untergebracht werden. Viele Berliner*innen leisten private Hilfe. Alle wissen aber, dass auch die beste private Versorgung zeitlich begrenzt sein wird. Für viele der Geflüchteten muss das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) schnell Unterkünfte finden.

Zu diesem Zweck kooperiert das Land Berlin mit gemeinnützigen, manchmal auch gewerblichen Betreiber*innen und kann wegen der aktuellen besonderen Notlage unkompliziert Verträge mit ihnen abschließen. Dabei werden gezielt wenige Träger zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Unter ihnen wird das wirtschaftlichste Angebot ausgewählt. Auch eine so genannte freihändige Vergabe – ganz ohne Ausschreibung – ist unter bestimmten Umständen möglich.

»Die vielen Ungereimtheiten des Vergaberechts und seiner konkreten Folgen spüren zuallererst die Bewohner*innen der Unterkünfte.«

Dabei wirft die Ausschreibungs- und Vergabepraxis im Land Berlin, zumindest was Unterkünfte für Geflüchtete angeht, seit Langem viele Fragen und noch mehr Probleme auf. Ein Beispiel: Der Berliner Senat hat in der letzten Legislaturperiode festgelegt, dass bei Neu- und Wiedervergaben von Unterkünften beim Preis-Leistungsverhältnis ein Verhältnis von 30 zu 70 gilt. Wer also ein etwas teureres Angebot abgibt, dafür eine hohe Qualität liefert (zumindest auf dem Papier), kann dennoch den Zuschlag erhalten. Doch die Ausschreibungen selbst konterkarieren diese an sich richtige politische Zielsetzung.

Denn die Ausschreibungstexte gleichen einem Korsett. Extrem enge Vorgaben, welche Inhalte in welcher Weise in den einzureichenden Konzeptionen stehen müssen, fördern die Gleichartigkeit der Angebote und verhindern einen Qualitätswettbewerb. Alle Anbieter wissen genau, welche Vokabeln benutzt werden müssen und welche Überschriften nicht fehlen dürfen, um bei der Bewertung der Angebote die volle Punktzahl zu erhalten. Deshalb sind am Ende kaum noch Unterschiede zwischen den Konzeptionen unterschiedlicher Bewerber*innen auszumachen und dem Preis kommt entgegen der politischen Absicht die vergabeentscheidende Bedeutung zu.

Damit wird einerseits einem Dumpingwettbewerb Vorschub geleistet, der vor allem jene Anbieter*innen benachteiligt, die auf eine gute Bezahlung ihrer Mitarbeitenden achten und die eine seriöse Planung, etwa in Bezug auf Reinigungsleistungen, vornehmen.

Hinzu kommt: All das, was in den Konzeptionen inhaltlich beschrieben wird, müsste in der Praxis seriös und nachvollziehbar überprüft werden. Im Moment spielt es bei den regelmäßigen Unterkunftskontrollen zwar eine wichtige Rolle, dass die Hausordnung in allen Sprachen ausgehängt ist und die Brandschutzordnung eingehalten wird. Aber niemand beschäftigt sich damit, ob Betreiber*innen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mitarbeiter*innen die in Konzeptionen beschriebenen pädagogischen Inhalte tatsächlich auch umsetzen und wie sie es tun. Dabei ist das der Kern der Arbeit.

Und deshalb müssen solche inhaltlichen Überprüfungen auch Eingang in die Vergabeverfahren finden, denn hieran bemisst sich Qualität. Bisher kön-

FOTO: ADOBE STOCK/FOTTOO

nen Betreiber*innen weder damit punkten, dass sie gute Arbeit leistet, noch wird bei anderen Betreiber*innen inhaltlich Fragwürdiges erhoben.

Doch das sind längst nicht die einzigen Unzulänglichkeiten, mit denen wir es zu tun haben. Viel zu kurze Vertragslaufzeiten etwa sorgen für einen häufigen Wechsel der Betreiber*innen, was zu einer Zunahme von Fristverträgen für die Beschäftigten führt und den Bewohnenden der Unterkünfte die Ansprechpartner*innen nimmt, zu denen sie Vertrauen aufgebaut haben.

Kurze Verträge, wenig Kontinuität

Auch die Ehrenamtlichen, die Erhebliches leisten, um die sozialräumliche Integration von Neu-Berliner*innen zu befördern, haben es mit immer neuen Hauptamtlichen zu tun und werden in ihren Bemühungen mit jedem Betreiber*innenwechsel zurückgeworfen. Deshalb pocht die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände auf deutlich längere Vertragslaufzeiten und im besten Fall auf Rahmenverträge, die zu mehr Stabilität beitragen könnten.

Viele Träger sind inzwischen auch selbst aktiv geworden. Auf Initiative des Internationalen Bund Berlin-Brandenburg gGmbH (IB) haben sich 15 von ihnen zusammengeschlossen, um bei der Politik, der zuständigen Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem LAF Verbesserungen zu erreichen. So spricht sich das Bündnis unter anderem dafür aus, dass ein Betreiber*innenwechsel regelmäßig als ein Betriebsübergang gemäß § 613a BGB zu werten ist, damit Fluktuationen nicht zu Schlechterstellung von Mitarbeiter*innen führen.

Auch soll die Zeit zwischen Bekanntgabe des Vergabeergebnisses und Aufnahme des Betriebs auf mindestens sechs Monate angehoben werden. Aktuell liegen dazwischen oft nur vier Wochen, was den Betreiber*innen eine seriöse Personalplanung verunmöglicht, und viele Beschäftigte in den Unterkünften dazu veranlasst, sich aus Angst vor einem Arbeitsplatzverlust anderweitig zu bewerben.

Die vielen Ungereimtheiten des Vergaberechts und seiner konkreten Folgen spüren zuallererst die Bewohner*innen der Unterkünfte. Das ist auch durchaus vielen im politischen Raum und in den zuständigen Verwaltungen bewusst. Allein: Es fehlt der Mut, manchmal auch die Zeit, dringend notwenige Veränderungen einzuleiten. Kleine Lichtblicke sind immerhin zu erkennen. So sollen im Vergabeverfahren künftig diejenigen höhere Bewertungspunktzahlen erhalten, die nach Tarifvertrag bezahlen oder sich daran orientieren.

Peter Hermanns, Leiter des Bereichs Politische Kommunikation und Koordinator der Ukraine-Hilfen beim Internationalen Bund Berlin-Brandenburg gGmbH

Beziehungsabbrüche vermeiden

Fachkräfte in Unterkünften für Geflüchtete leisten wichtige Unterstützung und bieten sichere Beziehungen. Dafür braucht es eine angemessene Bezahlung

von Juliane Willuhn

Die Kriege und ihre Auswirkungen auf die Menschen in diesen Ländern begleiten uns seit 30 Jahren. Und trotzdem ist es bei jedem neuen Ausbruch das gleiche Entsetzen über das Leid, das Menschen einander zufügen. Gerade geht es vor allem darum, dass alle aus der Ukraine ankommenden Menschen ein sicheres Bett für die Nacht haben, ausreichend Essen und medizinische Versorgung.

Dies findet derzeit in einem Zusammenspiel aus engagierter privater Unterbringung bei Menschen Zuhause, in Kirchengemeinden oder in kleinen, ehrenamtlich organisierten Notunterkünften statt. Aber auch in städtisch organisierter Unterbringung, wie beispielsweise den Messehallen oder Gemeinschaftsunterkünften.

Die Menschen leben oft mehrere Jahre in diesen Unterbringungen, weil es schwer ist in Berlin eine Wohnung zu finden, insbesondere für Menschen mit fremd klingenden Namen, für Schwarze oder People of Color und für Menschen mit geringem Einkommen. Nach wenigen Tagen im Ankunftszentrum leben sie Monate in sogenannten Aufnahmeeinrichtungen, in denen sie nicht selbst kochen dürfen, sondern dreimal am Tag mit Essen beliefert werden.

Dies ist für viele Menschen schwierig und nimmt ihnen völlig unnötigerweise Selbstbestimmung. In den ersten Monaten erhält fast gar kein Kind einen Schulplatz vom Bezirk und noch

»Gewachsene Beziehungen sind nicht einfach übertragbar.«

»Um mit den neu angekommenen Menschen eine neue Perspektive aufzubauen, benötigt es all diese Akteur*innen. Es ist ein Gemeinschaftswerk.«

weniger finden einen Kitaplatz. Oftmals ist hier auch der Zugang zur medizinischen Versorgung noch schwierig, weil der Krankversicherungsschutz noch nicht richtig angelaufen ist.

Danach werden sie vom LAF in eine Gemeinschaftsunterkunft versetzt. Manchmal wechseln sie aus dieser auch noch einmal in eine andere Unterkunft – entweder, weil in der zugewiesenen Unterkunft ihr besonderer Schutzbedarf (zum Beispiel Krebserkrankung oder psychische Erkrankung) nicht berücksichtigt werden kann oder weil sie schon Jahre in schwierigen Unterkünften, wie Containerdörfern leben.

Wer nach Tarif zahlt, wird bestraft

Der Betrieb der Unterkünfte, die nicht von der Stadt selbst mit dem Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (LfG) betrieben werden, wird vom LAF gemäß europäischem Vergaberecht europaweit ausgeschrieben. In der Praxis gewinnen die Anbieter*innen, die den günstigsten Preis bieten, denn die 70 Prozent Punkte für das Konzept erreichen inzwischen fast alle Anbieter*innen gleichermaßen.

Der Preis wiederum wird fast ausschließlich durch die Personalkosten bestimmt und wer hier die geringsten Kosten bietet, hat also die besten Karten. Betreiber*innen, wie die AWO und einige andere Organisationen, die einen Tarifvertrag mit der Gewerkschaft abgeschlossen haben, sind derzeit nicht wettbewerbsfähig. Denn sie können keine günstigen Preise bieten. Wir verlieren bei den Ausschreibungen die von uns betriebenen Unterkünfte und müssen betriebsbedingte Kündigungen durchführen. Unsere Kolleg*innen haben keine sicheren Arbeitsplätze mehr, obwohl es nicht weniger Unterkünfte in der Stadt gibt.

Diese ständigen Wechsel der Betreiber*innen der Unterkünfte haben vielfältige Nachteile, auch für die Menschen, die in den Unterkünften wohnen. Eine Unterkunft ist im Umfeld mit durchschnittlich 30 Partner*innen vernetzt – Kitas, Schulen, Beratungsstellen, Stadtteilzentren, Sportvereinen, Volkshochschule, Kulturstätten, Jugendamt und andere bezirklichen Akteur*innen. Zudem engagieren sich Ehrenamtliche in Sprachcafés, Pat*innenschaften und vielem mehr. Um mit den neu angekommenen Menschen eine neue Perspektive aufzubauen, benötigt es all diese Akteur*innen. Es ist ein Gemeinschaftswerk.

Fachkräfte wandern ab

All diese Kooperationen reißen ab, wenn Betreiber*innen wechseln. Auch das Engagement Ehrenamtlicher sinkt, denn gewachsene Beziehungen sind nicht einfach übertragbar. Das beginnt schon ein halbes Jahr vor der Übergabe und dauert mindestens ein halbes Jahr danach an. Ein Jahr, in dem die Bewohner*innen schlechter als notwendig begleitet werden. Auch die Kinder und Jugendlichen verlieren die für sie zuständigen Kinder- und Jugendbetreuer*innen in den Unterkünften. Dadurch erleben sie einen erneuten Beziehungsabbruch. Und bei fast allen Ausschreibungen wechselt die Betreiberorganisation.

All dies führt dazu, dass die Personalfluktuation sehr hoch ist. Mit den Kolleg*innen geht auch das Wissen verloren und davon braucht es sehr viel, denn zwischen Geburt und Tod sind alle Themen des Lebens in einer Unterkunft präsent und müssen begleitet und beraten werden. Zudem ist der von der Stadt vorgegebene Personalschlüssel sehr knapp bemessen (beispielsweise ein*e Sozialarbeiter*in pro 100 untergebrachten Personen). Darum arbeiten viele an und teilweise über ihrer Belastungsgrenze.

13 Betreiber*innen haben sich im letzten Jahr in einer Trägerinitiative zusammengeschlossen und diese hat, wie auch die LIGA der Wohlfahrtsverbände, Vorschläge zur Verbesserung des Vergabeverfahrens an die zuständigen Politiker*innen und die Senatsverwaltung übergeben und den Dialog angeboten. Wenn wir nach der gegenwärtigen Notsituation wieder Luft holen können, hoffen wir auf einen Veränderungsprozess, sonst werden in der Flüchtlingsunterbringung zukünftig nur noch Dumpinglöhne bezahlt.

Juliane Willuhn,
Bereichsleitung der Geflüchtetenarbeit AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.

Kein Ausweg aus der Warteschleife

Menschen, die kürzlich oder vor langer Zeit nach Berlin geflüchtet sind, haben es sehr schwer, hier eine Wohnung zu finden. Das hat verschiedene Gründe, die im Rahmen eines Forschungsprojektes untersucht wurden

von Leoni J. Keskinkılıç

Seit den russischen Angriffen gegen die Ukraine laufen in Berlin wieder die Vorbereitungen auf neuankommende Geflüchtete auf Hochtouren. Fluchtbewegungen stiegen zuletzt nach dem US-Abzug aus Afghanistan und der Machtüberahme der Taliban im August 2021 merkbar an. Auch global betrachtet sind steigende Höchstwerte an vor Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen fliehenden Menschen zu verzeichnen.

Berlin nimmt rund fünf Prozent der bundesweit ankommenden Asylsuchenden auf. Im Jahr 2021 waren es 7.762 Personen. In der Bundesrepublik ist jedes Bundesland dazu verpflichtet, den zugewiesenen Geflüchteten eine Unterkunft zu stellen. Die Geflüchteten selbst haben kein Mitspracherecht bei der Wahl der Unterbringungsform und des Wohnsitzes, an den sie temporär durch eine »Wohnsitzregelung« gebunden sind. Die Wohnsitzregelung bedeutet im Wesentlichen, dass Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahren verpflichtetet sind, drei Jahre in demjenigen Bundesland wohnhaft zu bleiben, wo ihr Asylverfahren stattfand.

»Viele Unterkunftsbewohner*innen finden auf dem Berliner Wohnungsmarkt schlicht keine Wohnung.«

FOTO: ADOBE STOCK/FOTTOO

Kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt

In diesem Kontext treffen Geflüchtete lokal teils auf sehr unterschiedliche Bedingungen. Auch heute kündigt sich wieder an, dass die in Berlin bereitgestellten Unterkunftsplätze für neuankommende Geflüchtete sehr knapp sein dürften. Das liegt unter anderem auch daran, dass viele temporärere Unterkünfte, die 2015 für Geflüchtete eingerichtet wurden, noch immer bestehen und zum Teil voll besetzt sind. Und das, obwohl fast die Hälfte aller Geflüchteter, die in Berliner Gemeinschaftsunterkünften leben, längst das Recht hätten, in privaten Wohnraum zu ziehen.

Laut dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Berlin sind derzeit noch 70 Gemeinschaftsunterkünfte in Betrieb (Stand: Februar 2022). Viele Unterkunftsbewohner*innen finden auf dem Berliner Wohnungsmarkt schlicht keine Wohnung. Und das hat verschiedene Gründe: Dazu gehören staatliche Regularien (wie die Wohnsitzregelung), hohe Miet-

»Es existierten bisher auch kaum Anlaufstellen für Beratung, Informationen und Begleitung bei der Wohnungssuche.«

preise, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sowie fehlende Unterstützungsleistungen für Geflüchtete bei der Wohnungssuche.

Starke Verbindungen zum Kiez

Das ist eines der zentralen Ergebnisse, zu dem unser Forschungsprojekt »Nachbarschaften des Willkommens« unter der Leitung von Dr. Nihad El-Kayed an der Humboldt-Universität zu Berlin gekommen ist. Das Forschungsteam untersuchte zwischen 2017 und 2021 in vier verschiedenen Nachbarschaften vier deutscher Städte die Bedingungen der lokalen Aufnahme von Geflüchteten vor dem Hintergrund der Migrationsverwaltungskrise und der Wohnungskrise.

Eines der Untersuchungsgebiete liegt in Berlin-Kreuzberg. Hier ist der Wohnungsmarkt seit einigen Jahren immer angespannter und das auch im sozialen Wohnungsbau. Im Zuge der Fluchtmigration seit 2015 erfolgt die Unterbringung von Geflüchteten im Quartier vor allem in Gemeinschaftsunterkünften. In der Nachbarschaft haben sich die Unterkunftsbewohner*innen schnell verankert und vernetzt. Doch trotz diverser Ankunftsstrukturen, die viele Sprachen und Bedürfnisse abdecken, können Hürden insbesondere beim Zugang zum knappen Wohnraum bisher nicht in ausreichendem Maße überwunden werden.

In unserer Studie benennt der Großteil der interviewten Geflüchteten, Sozialarbeiter*innen und lokalen Akteure*innen den Zugang zu Wohnraum als eine der zentralsten Herausforderungen für Geflüchtete. So zeigt sich, dass für viele der befragten Unterkunftsbewohner*innen Kreuzberg zwar zum Lebensmittelpunkt geworden ist, sie ihre Chancen auf eine Wohnung jedoch als sehr gering einschätzen.

Geflüchtete werden Opfer von Betrug

Eine Unterkunftsleiterin berichtet von einem großen Unterstützungsbedarf hinsichtlich der Wohnungssuche, die sich nie nur auf Kreuzberg beschränkt. Diesen Bedarf könne die Unterkunft aus Kapazitätsgründen nicht decken. Es existierten bisher auch kaum Anlaufstellen für Beratung, Informationen und Begleitung bei der Wohnungssuche. Die Aussichtlosigkeit führe zum Teil dazu, dass Geflüchtete auf informelle, betrügerische Vermittlungen zurückgriffen. Zum Teil werde das Geld gezahlt, aber keine Wohnung vermittelt. Solche Makler*innen seien besonders bei Familien zunehmend zu einer zentralen Informations- und Vermittlungsquelle geworden. Sie profitieren von den Zugangsbarrieren, mit denen Geflüchtete bei der Wohnungssuche konfrontiert sind. Dazu gehören die Beantragung von einzureichenden Dokumenten, die Zusammenstellung von Bewerbungsunterlagen sowie Übersetzung von Wohnungsanzeigen und bei Wohnungsbesichtigungen.

Da auch die Kreuzberger Unterkunft in absehbarer Zeit schließen soll, wächst hier der Druck, eine Wohnung zu finden. Viele Bewohner*innen wollen vermeiden, in Berliner Außenbezirke zu ziehen, da sie dort rassistische Übergriffe befürchten, berichtet die Unterkunftsleiterin. Eine Geflüchtete, die in der Kreuzberger Unterkunft lebt, erzählt, dass sie gerne in ihrem Viertel wohnen bleiben möchte, denn hier fühlt sie sich sicher. Sie sieht aber auf dem undurchsichtigen Wohnungsmarkt und aufgrund von Sprachbarrieren etwa bei der Kommunikation mit Wohnungsanbieter*innen kaum eine Chance auf Erfolg.

Gute Beispiele aus Kreuzberg

Um die Situation von Geflüchteten – ob bereits länger ansässig und neuangekommen – zu verbessern, bedarf es schließlich verschiedener Maßnahmen zur Öffnung des Wohnungsmarktes für Geflüchtete als zentraler Bestandteil einer stabilen Ankommens- und Willkommensstruktur. Auf Basis der Studie haben wir dazu gemeinsam mit den Praxispartnern des Projekts – dem Verein Kotti-Coop e.V. in Berlin-Kreuzberg, dem Hamburger Verein für interkulturelle Bildung dock europe e.V., dem Sozialamt der Stadt Stuttgart sowie dem Ausländerrat Dresden e.V. – Handlungsempfehlungen erstellt. Darunter fallen die Bereitstellung von mehr bezahlbarem Wohnraum, die Aufhebung restriktiver Wohnsitzregelungen, effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen sowie die Finanzierung öffentlicher Beratungs- und Unterstützungsdienste bei der Wohnungssuche.

Ein Kreuzberger Beispiel für die Stärkung von Wohnungsberatungsangeboten zum Schutz vor Diskriminierung ist »Fair Mieten – Fair Wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt«, die von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung finanziell gefördert und in Kooperation mit einem Stadtforschungsbüro und dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) betrieben wird. Außerdem bietet das Projekt »Wohnscouting – Begleitung bei der Wohnraumsuche für Geflüchtete« in der Trägerschaft des Vereins Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in Berlin-Kreuzberg aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche – an solch bestehenden Projekten könnten öffentliche Beratungsdienste anknüpfen. ■

Der gesamte Forschungsbericht »Nachbarschaften des Willkommens: Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren« ist verfügbar unter:

https://doi.org/10.18452/22850

Leoni J. Keskinkilic, Doktorandin & Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität

Das Unmögliche möglich machen

Die Ehrenamtlichen von »Neukölln hilft – Kunterbuntes Neukölln« unterstützen Geflüchtete bei der Wohnungssuche. Wegen der vielen Hürden ist dies oft sehr frustrierend

von Christoph Brandl

Wer in den letzten Jahren in Berlin nach einer erschwinglichen Wohnung suchte, rannte gefühlt einem Lottotreffer hinterher. Doch in der Lotterie hat jedes Los die gleiche Chance. Das ist bei der Wohnungssuche leider nicht der Fall. Und da kommen Ehrenamtliche wie ich ins Spiel, die beim Glück ein wenig nachhelfen können.

Manche Geflüchtete erhalten einen Termin zu einer Wohnungsbesichtigung, scheitern allerdings hier sehr oft an ihrer Hautfarbe oder Herkunft. Aber machen wir uns nichts vor, die Diskriminierung findet lange vor der Einladung zu einer Wohnungsbesichtigung statt. Meine Arbeit als Ehrenamtlicher ist also davon gekennzeichnet, dass ich auf der einen Seite Geflüchtete bei der Wohnungssuche und dem Schreiben von Anfragen unterstütze und auf der anderen Seite sie auch immer wieder solchen diskriminierenden Erfahrungen aussetze.

Die Hoffnung bleibt auf der Strecke

Eher zufällig hat sich mein Fokus auf (afrikanische) Geflüchtete ergeben, die vom Asylsystem ausgegrenzt und zermürbt werden. Integrations- und Sprachkurse werden diesen Geflüchteten meist gar nicht oder erst nach vielen Jahren erlaubt. Sie können sich zwar im persönlichen Gespräch auf bewundernswerte Weise verständigen, haben aber natürlich große Schwächen beim Lesen und Schreiben. Im schlimmsten Fall erhalten sie lange keine Arbeitserlaubnis und sind deswegen über Jahre zur Untätig-

»Manche Geflüchtete erhalten einen Termin zu einer Wohnungsbesichtigung, scheitern allerdings sehr oft an ihrer Hautfarbe oder Herkunft.«

FOTO: ADOBE STOCK/MARCEL/STOCKSY

keit verdammt. Sie verfügen über keinen Aufenthaltstitel, aus dem sich ein Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis ableiten lässt. Die Gestattung einer Arbeitsaufnahme ist eine Ermessensentscheidung, die von Ausländerbehörden leider oft sehr restriktiv ausgelegt wird.

Dadurch geht vielen der Glaube verloren, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Diese Geflüchteten verweilen zudem oft eine lange Zeit in Gemeinschaftsunterkünften oder zweifelhaften WGs. Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung ist demnach groß, allerdings fühlen viele sich angesichts des schwierigen Berliner Wohnungsmarktes ohnmächtig.

Bürokratische Hilfen mit vielen Tücken

Schon das Beantragen eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) ist schwierig. Die Geflüchteten arbeiten häufig für ausbeuterische Unternehmen und Zeitarbeitsfirmen. Für einen WBS ist eine Einkommensbescheinigung vom Arbeitgeber notwendig, die meist nur auf mehrmaliges Anfragen und Nachhaken ausgestellt wird.

Mehr Informationen zur Ukraine ab Seite 42 und auf www.gew-berlin.de/ukraine

Und selbst wenn man alle Unterlagen beisammenhat, ist Vorsicht während der Antragsstellung beim Wohnungsamt des Wohnbezirks angebracht. Wer von Zwischenmiete zu Zwischenmiete tingelt und sich stets brav ummeldet, erlebt rasch, dass WBS-Anträge fröhlich zwischen den Bezirken hin und her geschickt werden und auf dem Postweg auch gerne verschollen gehen.

Oft kommen Geflüchtete zu mir, die bereits am WBS gescheitert sind und das Projekt Wohnungssuche aufgegeben haben. Sie bleiben dann oft in ihren winzigen WG-Zimmern, wo sie mit überteuerten Mieten das Auskommen des Hauptmieters finanzieren.

»Unterstützung bei der Wohnungs- und Zimmersuche ist ein Knochenjob, weil auf hunderte Absagen vielfach nicht ein Erfolgserlebnis kommt.«

Wohnungssuche ist ein Knochenjob

Wer endlich einen WBS in Händen hält, wähnt sich häufig schon am Ziel. Da muss ich anfangs immer den Balanceakt zwischen Optimismus und Euphoriebremse hinbekommen. Doch wenn auch die dreißigste Anfrage bei städtischen Wohnbaugesellschaften wie HOWOGE oder degewo auf Ablehnung stößt und man nicht einmal die Chance zur Wohnungsbesichtigung erhält, ist Ernüchterung oder schlimmer noch Verbitterung angesagt. Unterstützung bei der Wohnungs- und Zimmersuche ist ein Knochenjob, weil auf hunderte Absagen vielfach nicht ein Erfolgserlebnis kommt. Nichts scheint einfach und alles wirkt kompliziert.

Tatsächlich steckt der Teufel in vielen Details. Der WBS ist einkommensabhängig in verschiedenen Abstufungen. Und selbstverständlich lässt sich nicht jede Wohnung mit jedem beliebigen Schein anmieten. All dies gilt es, Geflüchteten zu vermitteln, damit die Suche möglichst selbstständig und bedarfsorientiert erfolgen kann. Sobald diese Facette deutscher Bürokratie vermittelt wurde, sind zunehmend meine Soft Skills gefragt. Denn wenn bei der Wohnungssuche Wochen und sogar Monate ohne Glückstreffer vergehen, muss ich Zuversicht vermitteln, ohne falsche Hoffnungen zu schüren.

Netzwerke können hilfreich sein

Als Teil von Neukölln hilft – Kunterbuntes Neukölln nutze ich die Reichweite, um immer wieder über soziale Medien wie Facebook und Twitter nach Zimmern oder Wohnungen zu fragen. Denn es scheint noch immer am einfachsten, eine Wohnung oder ein Zimmer als Nachmieter*in zu übernehmen.

Doch habe ich längst den Eindruck gewonnen, dass auch auf dieser Schiene die Erfolgschancen überschaubar sind. Umso mehr überrascht es mich sehr positiv, wie viele Zimmer und Wohnungen nun geflüchteten Frauen und Kindern aus der Ukraine zur Verfügung gestellt werden. Zugleich stelle ich mir die Frage, ob und womöglich warum all diese Unterkünfte vorher ungenutzt waren.

Bei der Suche nach Wohnraum zu helfen, bedeutet nicht selten den Versuch, Unmögliches möglich zu machen. Ehrenamtlich tätigen Menschen habe ich lange davon abgeraten, weil es nicht die Aufgabe des Ehrenamts sein kann und soll, die Grenzen der eigenen Frustrationstoleranz auszuloten.

Zugleich wird einem angespannten Wohnungsmarkt in Berlin durch den Krieg in der Ukraine weitere Spannung zugeführt. Der Themenkomplex Unterbringung und Wohnungssuche wird Berlin mehr denn je beschäftigen, daran ändern auch groß angekündigte Bauoffensiven nichts. Wer der Überzeugung ist, dass nicht allein Geldmittel oder Beziehungen darüber entscheiden sollen, ob der Traum von menschenwürdiger Unterbringung verwirklicht werden kann, sollte bitte nicht untätig sein. Es gibt viele Vereine, die sich aktiv auf die Vermittlung von Wohnraum spezialisiert haben. Als Beispiel wäre die AG Wohnungssuche des Bündnis Neukölln zu nennen. Auch wir von Neukölln hilft sind für konkrete Wohnungsangebote äußerst dankbar. Jede noch so kleine Hürde, die auf dem Weg zur Erfüllung dieses Traums beiseite geräumt wird, ist und bleibt eine Hürde weniger!

Christoph Brandl,
Mitgründer von Neukölln hilft – Kunterbuntes Neukölln

FOTO: ADOBE STOCK/ANNASTILLS

Vom Privileg, Familie sein zu dürfen

LSBTIQ*-Familien stehen oft vor besonderen Herausforderungen und erleben Diskriminierungen. In Berlin gibt es drei Regenbogenfamilienzentren, in denen die Familien Beratung und Unterstützung erhalten. Über Probleme und Wege zu mehr Gleichberechtigung von queeren Familien

von Lisa Haring

Für uns im Regenbogenfamilienzentrum Berlin ist eine Regenbogenfamilie jede Familie, in der sich mindestens ein Elternteil als schwul, lesbisch, bi, trans*, inter*, queer und so weiter verortet. Dazu gehört die alleinerziehende lesbische Mutter genauso wie das schwule Paar mit Adoptivkind, der schwangere trans* Mann und seine Frau sowie die drei Queers, die gemeinsam beschlossen haben ein Kind großzuziehen.

Sogenannte »Fürsorge-Gemeinschaften« oder »communities of care« zu gründen, hat eine lange Tradition im queeren Kontext. Aus Mangel an Anerkennung und Unterstützung durch staatliche Strukturen, oft einhergehend mit dem Verstoß aus der Herkunftsfamilie, waren und sind viele queere Personen darauf angewiesen, sich selbst zu organisieren und zu versorgen. Vorreiter*innen waren hier Schwarze und Queers of Color, die sich in den Anfängen der HIV-Krise organisierten, um Kranke und Pflegebedürftige zu versorgen, einander emotional zu begleiten und politischen Widerstand zu leisten. Auch heute noch leben viele queere Personen aus den oben genannten Gründen im Kreise so genannter »chosen families«.

»Das Recht auf Familiengründung ist ein Menschenrecht.«

Sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Wahlfamilien gab es immer auch schon queere Personen mit Kindern und Kinderwunsch. Während die gemeinsamen Kinder früher häufig aus einer vorherigen, heterosexuellen Beziehung entstammten, entstehen Kinderwunsch und Planung heute meist innerhalb der queeren Beziehung. Diese Veränderung hängt auch mit gesetzlichen Anpassungen an queere Lebensrealitäten zusammen. Wichtige Meilensteine waren hier unter anderem im Jahre 2011 die Streichung des Paragraphen, der trans* Personen, die ihren Personenstand ändern wollten, zwang sich sterilisieren zu lassen. Eine gemeinsame Adoption ist seit der »Ehe für alle« im Jahre 2017 auch für queere Paare möglich, da die Voraussetzung eine

»Studien zeigen, dass eine angemessene Entwicklung von Kindern weder mit dem Geschlecht noch mit der sexuellen Orientierung der Eltern zusammenhängt.«

Ehe ist. Als Pflegeeltern werden queere Personen bereits seit Ende der 90er Jahre angenommen – was vor allem mit dem starken Bedarf nach Pflegeplätzen zusammenhängt.

Bis zur Gleichberechtigung von Regenbogenfamilien ist jedoch noch viel zu tun. Eine zentrale Forderung ist hier die Änderung des Abstammungsrechts. Das Abstammungsrecht regelt die Eltern-Kind-Zuordnung. Darin ist Mutter immer, wer das Kind geboren hat, unabhängig vom Personenstand und Namen. Das heißt, dass ein trans* Mann, der ein Kind auf die Welt bringt, als Mutter in die Geburtsurkunde seines Kindes eingetragen wird. Das Abstammungsrecht sagt außerdem, dass die zweite Elternstelle der Vater ist. Eine zweite Mutterstelle gibt es nicht. Damit die Partnerin der gebärenden Person rechtlicher Elternteil sein kann, muss sie ihr Kind adoptieren. Das setzt einen langwierigen und stark in die Privatsphäre der Eltern eingreifenden Prozess in Gange, bei dem die Familie sich gegenüber dem Jugendamt und dem Familiengericht als »geeignet« beweisen muss.

Vorurteile abbauen, Normalität herstellen

Es gibt auch keine geschlechtsneutrale Bezeichnung für ein oder beide Elternteile im Abstammungsrecht. Somit können Personen, obwohl es seit dem Jahre 2018 den Personenstand »divers« gibt, ausschließlich als Mutter oder Vater in die Geburtsurkunde ihres Kindes eingetragen werden. Viele queere Familien bestehen zudem aus mehr als zwei Elternteilen. In Deutschland können jedoch nur zwei Personen rechtlich Eltern sein. Somit bleiben viele soziale Eltern ohne rechtliche Absicherung.

Auch Co-Parenting, also Elternschaft ohne eine romantische Beziehung zwischen den Elternteilen, ist nur möglich, wenn der zweite Elternteil eine Vaterschaft anerkennen kann. Denn eine zweite Mutter kann nur werden, wer mit der gebärenden Person verheiratet oder in einer, seit mindestens vier Jahren bestehenden, romantischen Beziehung ist. Das Urteil darüber fällen dann das Familiengericht beziehungsweise das zuständige Jugendamt.

Das Recht auf Familiengründung ist ein Menschenrecht und neben rechtlichen Veränderungen ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, jegliche Diskriminierung zu beenden. Jugendämter, Adoptions- und Pflegedienste, Beratungsstellen, Familienzentren, Einrichtungen des Bildungswesens und die medizinische Versorgung müssen sich umfassender und tiefer damit auseinandersetzen, wie sie ihre Arbeit queer-gerecht und regenbogenfamilien-inklusiv gestalten können. Queere, nicht-binäre und trans* Personen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen im Bewerbungsprozess zu Adoptiv- oder Pflegeeltern vorurteilsfrei und wertschätzend begegnet wird. Dass sie richtig angesprochen und werden und keine Fragen gestellt bekommen, die nichts mit der Überprüfung zu tun haben. Schwangere Männer und nicht-binäre Personen brauchen verlässliche medizinische Informationen und ein Gesundheitssystem, dass sie mitdenkt. Soziale, medizinische und Bildungs-Einrichtungen müssen eine inklusive Sprache verwenden und geschlechterstereotype Vorurteile aufbrechen.

Die Qualität der Beziehung zählt

Es braucht vielfältige Materialien in all den oben genannten Einrichtungen, in denen queere Familien und die Lebensrealitäten der Kinder vorkommen. Denn besonders Kinder und Jugendliche müssen sich repräsentiert sehen, um ein starkes Selbstbewusstsein zu entwickeln. International gibt es eine Vielzahl an aktuelleren Studien, die sich auch speziell mit der Entwicklung von Kindern in Regenbogenfamilien beschäftigen und diese über einen langen Zeitraum hinweg begleitet haben. Sie kommen alle zu sehr ähnlichen Ergebnissen: Eine angemessene Entwicklung von Kindern hängt weder mit dem Geschlecht noch mit der sexuellen Orientierung der Eltern zusammen. Was zählt, ist die Qualität der Beziehung, Fürsorge und Zusammenhalt. Zudem zeigen die Studien, dass Haus- und Carearbeit in queeren Familien gerechter verteilt ist.

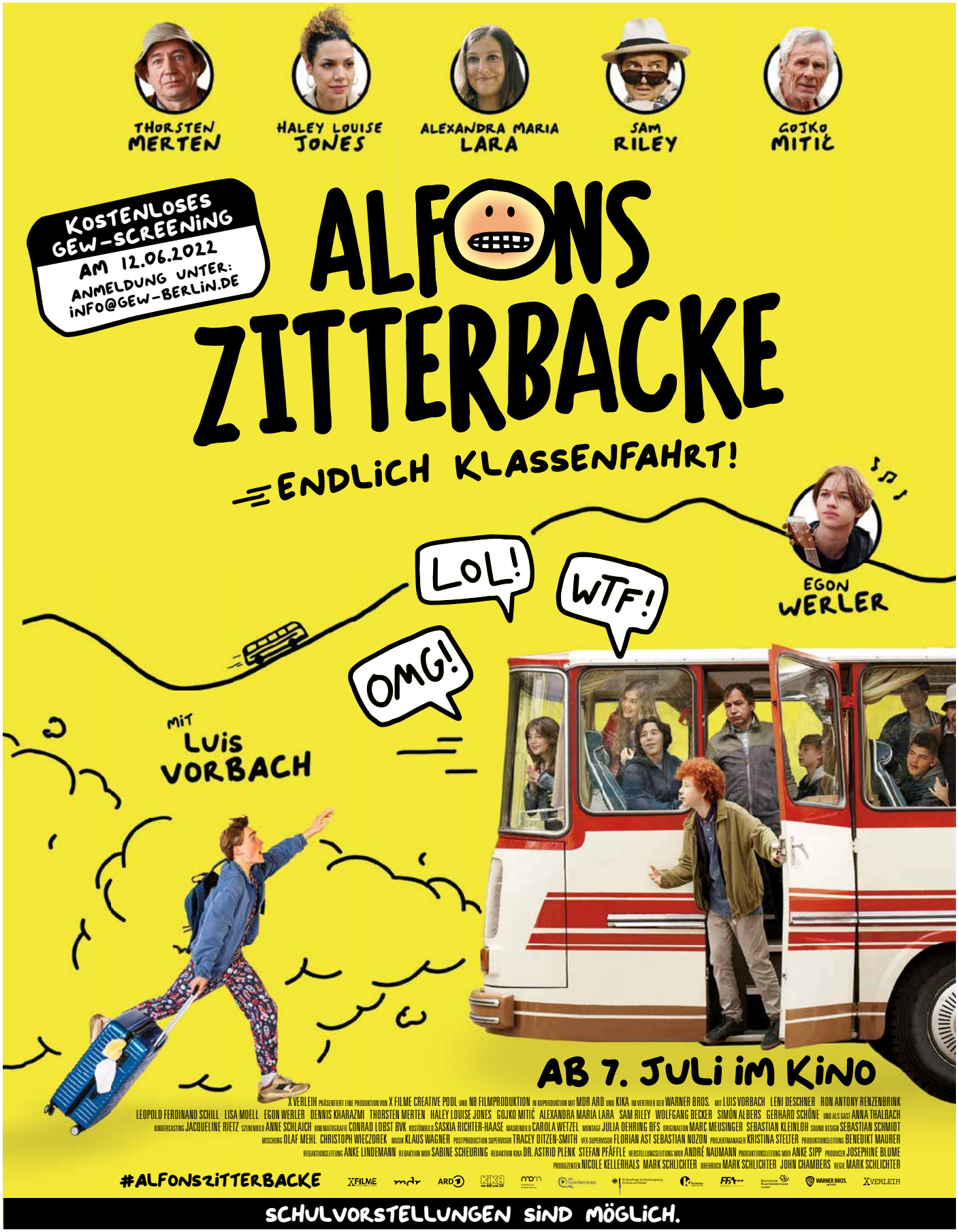
Die Studien belegen auch, dass es zu Nachteilen und Diskriminierungen aufgrund der Familienform kommen kann. Die Diskriminierung wirkt sich nicht dauerhaft negativ auf die psychische Gesundheit der Kinder aus. Im Gegenteil, queere Eltern sind es gewohnt, sich in einer hetero-normativen Welt beweisen zu müssen und stärken durch den offenen und bestärkenden Umgang damit die Resilienz ihrer Kinder. Unsere langjährige Beratungs- und Begleiterfahrung im Regenbogenfamilienzentrum zeigt zudem, dass Kinder in queeren Familien meist lang ersehnte Wunschkinder sind, für deren Entstehung oder Aufnahme viele Hürden in Kauf genommen und sich mit langem Vorlauf vorbereitet wurde.

»Viele soziale Eltern bleiben ohne rechtliche Absicherung.«

Die Sorge um das Kindeswohl aufgrund von Benachteiligung sagt viel mehr über die gesellschaftliche Normvorstellung von Familie aus, als über das Aufwachsen von Kindern in Regenbogenfamilien. Nach wie vor wird das Bild aufrechterhalten, dass eine Familie aus zwei Personen besteht, die jeweils sowohl rechtlich, als auch sozial und biologisch Eltern sind. Um das aufzubrechen, braucht es einen Paradigmenwechsel. Und für diesen sind auch wir mit verantwortlich.

Informationen und Kontaktmöglichkeit über www.regenbogenfamilien.de

Lisa Haring, Projektleitung Regenbogenfamilienzentrum des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg



BITTE WENDEN SIE SICH AN SCHULVORSTELLUNG@X-VERLEIH.DE ODER DIREKT AN IHR WUNSCHKINO.
BEGLEITMATERIAL ZUM FILM IST FÜR SIE KONSTENLOS AUF IHRER GEW-WEBSITE ZUR VERFÜGUNG GESTELLT.

v.l. Sophie von La Roche, Jackie Thomae, Fatma Aydemir und Emine Sevgi Özdamar

Immer nur Goethe

Von der mühseligen Arbeit hin zu einem diverseren Abitur-Kanon

von Mareike Mathias

Wer in Deutschland Abitur macht, liest möglicherweise kein einziges Buch einer Frau« stellt der Journalist Prado 2021 im Magazin der Süddeutschen Zeitung fest. Ein Deutschlandfunk-Artikel aus 2018 titelt: »Der Kanon ist einfach ein männlich dominierter«. Dass Frauen und nicht-weiße Autor*innen in deutscher Schullektüre unterrepräsentiert sind, wird nicht nur immer wieder in den Medien, sondern auch in pädagogischen Fachzeitschriften, wie beispielsweise in Praxis Deutschunterricht 2021, thematisiert.

Das Thema der Unterrepräsentanz von Frauen und nicht-weißen Autor*innen im deutschen Abitur-Kanon ist nichts Neues und doch ändert sich nichts großartig daran. Man kann ein beliebiges neues Deutsch-Schulbuch öffnen und findet garantiert mit Abstand mehr männliche, weiße Autoren als alles andere – je weiter man in der Literaturgeschichte zurückgeht, desto auffälliger. Das allseits bekannte »Texte, Themen und Strukturen«Kursbuch für die Oberstufe Deutsch für das Land Berlin weist zum Beispiel über 100 verschiedene Autoren, aber nur 41 Autorinnen auf. Eine Recherche aller online auffindbaren Pflichtlektüre-Listen für das Deutsch-Abitur 2021 in 12 Bundesländern zählt 22 verschiedene Autoren, aber nur vier Autorinnen: Anna Seghers, Christa Wolf, Juli Zeh (drei Mal), Judith Herrmann. Eine diversere Autorinnenlandschaft, die auch die Literatur vor dem 20. und 21. Jahrhundert abdeckt, scheint nicht abbildbar. Die Vorgaben über die Pflichtlektüre zum Abitur für Berlin und Brandenburg zählt keine einzige weibliche Autorin sowie nicht-weiße Autor*innen auf, weder für das Jahr 2021 noch 2022. Für das Abitur 2023 dient ein Werk von Juli Zeh als Unterrichtsinhalt, immerhin.

Autorinnen gibt's nur freiwillig

Eine multikulturelle, diverse und auf Gleichberechtigung ausgerichtete Stadt wie Berlin benötigt aber ein Abitur, welches diese Aspekte widerspiegelt. Sicherlich können Lehrkräfte neben der vorgegebenen Pflichtlektüre schwerpunktmäßig noch weitere Werke für ihre Grund- und Leistungskurse hinzuziehen, dennoch dürfte die unterschwellige Nachricht auch an den Schüler*innen nicht vorbeigehen: Die wirklich wichtige, weil prüfungsrelevante Lektüre, die jede*r gelesen haben sollte, wurde von weißen Männern geschrieben, deren Werke zumeist heterosexuelle Normativität vorleben.

In der Theorie der Sozialisation nach Durkheim und Bourdieu wird der Mensch durch die Gesellschaft geformt. Unsere Umgebung prägt uns mit, durch unsere Sozialisation entwickeln wir einen Habitus, ein Verhalten, das uns unser ganzes Leben lang begleitet. Wenn Autorinnen und nicht-weiße Autor*innen auf Pflichtlektüre-Listen und Abiturprüfungen fehlen, beeinflusst dies das Denken darüber, wer erfolgreiche, bedeutende Literatur schreibt und wer womöglich nicht. Dies sozialisiert und fördert wiederum zukünftige Verhaltensweisen und Denken: Welche Literatur lese ich, welche ist beachtenswerter Kanon? Was traue ich mir aufgrund meines Geschlechtes zu? Die Institution Schule will Inklusion und Diversität leben, spiegelt dies aber bei der gelesenen Literatur nicht wider. Dabei hat Literatur bei Schüler*innen eine Vorbildfunktion, literarisches Lernen ist so viel mehr als nur Textanalyse.

Männer dominieren den Literaturbetrieb

Durch die jahrhundertelange und noch immer bestehende Dominanz von Männern im Literaturbetrieb und der Gesellschaft ergibt sich die soziale Konstruktion eines deutschsprachigen Literaturkanons, der davon ausgeht, dass deutschsprachige Literaturgeschichte fast ausschließlich auf männlichen Autoren fußt und diese deshalb eben noch heute die Abiturpflichtlektüre beherrschen sollten. Fast schon vergessen sind dabei Werke von deutschsprachigen Autorinnen wie beispielsweise

FOTOS: v.l. IMAGO IMAGES/H. TSCHANZ-HOFMANN, /STAR-MEDIA, /GERHARD LEBER, /STOCK&PEOPLE

KONKRETE FORTSCHRITTE

Die noch immer vorherrschende Unterrepräsentanz von Frauen und nicht-weißen Autor*innen im Berliner Deutsch-Abitur hat im Februar 2021 die junge GEW BERLIN zusammen mit dem Vorstandsbereich Schule und dem Landesausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung dazu veranlasst, einen Antrag in den Landesvorstand einzubringen, welcher die GEW BERLIN dazu aufforderte, sich für mehr Diversität bei der Auswahl der Autor*innen bei den verbindlichen Lektüren im Abitur einzusetzen. Nach einstimmiger Annahme des Antrages erfolgte ein konstruktives Informationsgespräch zwischen GEW-Mitgliedern und Vertreterinnen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, in welchem es um den Prozess der Erstellung und Festlegung von Pflichtlektüre-Listen und Abituraufgaben ging.

Luise Adelgunde Gottsched, Friederike Sophie Hensel, Christiane Karoline Schlegel, Bertha von Suttner, Henriette Rahel Varnhagen und Irmgard Keun, die ebenfalls bis ins 18., 19. und 20. Jahrhundert zurückreichen und Werke von nicht-weißen Autor*innen, wie beispielsweise Saša Stanišić, Iljia Trojanow, Emine Sevgi Özdamar, Fatma Aydemir, Jackie Thomae, Abbas Khider und Olga Grjasnowa, die die deutsche Literaturlandschaft mindestens genauso weit zurückreichend mitgeprägt haben. Nicht nur Goethe und Schiller haben unsere Literaturgeschichte geprägt, sondern auch andere Personengruppen.

»Bisher waren es Einzelfälle, wenn Frauen und nicht-weiße Autor*innen auf Pflichtlektüre-Listen auftauchten.«

So ist zum Beispiel Goethes Werther von Sophie von la Roches (1730-1807) »die Geschichte des Fräuleins von Sternheim« inspiriert, nur wissen das viele Schüler*innen nicht, da ihr Werk nicht gelesen wird. Viele Schriftstellerinnen konnten ihre Kunst nur im Schatten der Ehemänner ausführen, Veröffentlichungen erschienen unter Pseudonym, stets war die Arbeit interpretiert anhand stereotyper Rollenklischees. Eine feministische Schule darf dieser Literaturgeschichte nicht länger den Rücken zukehren.

Zusätzlich ist nicht zu vergessen, dass Verlage und noch lebende Autor*innen finanziell davon profitieren, wenn ihre Bücher in Abiturklassen gelesen werden. Die Dominanz männlicher Autoren und ein sich daraus entwickelnder Habitus nach dem Motte »jede*r Schüler*in muss Goethe und Schiller gelesen haben, aber nicht unbedingt Autor*in XY« verstetigt die Tatsache, dass männliche Autoren auf Pflichtlektüre-Listen und in Abiturprüfungen gehäuft auftreten.

Mehr Diversität einfordern

Die hier geforderte Diversifizierung des Abiturs sollte nur ein weiterer Schritt zu einem facettenreicheren Schulcurriculum für alle Schulstufen sein. Wird dies gelingen?

In einem kürzlich erschienenen Artikel von Sigrid Nieberle, Professorin für neuere deutsche Literatur, bezeichnet diese die Verbreitung weiblicher Literatur als Sisyphos-Arbeit, was man auch im Abitur-Kanon sehen kann: Nur weil die hervorragende Schriftstellerin Juli Zeh in Pflichtlektüre-Listen fürs Abitur deutschlandweit mehrmals auftaucht, heißt es noch lange nicht, dass damit erreicht ist, dass das auch zukünftig passiert oder dass eben auch fast schon vergessene deutsche Schriftstellerinnnen des 18. oder 19. Jahrhunderts auf diesen Listen auftauchen. Die Verleihung des deutschen Buchpreises an Saša Stanišić oder des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an die Schriftstellerin Tsitsi Dangarembga bedeutet auch nicht automatisch, dass Literatur migrantischer Stimmen nun alltäglicher Teil unseres Abitur-Kanons werden wird. Bisher waren und sind es Einzelfälle, wenn diese Personengruppen auf Pflichtlektüre-Listen aufgetaucht sind. Bisherige Auswahlkriterien sind zu sehr auf fachliche Aspekte fokussiert und vernachlässigen zu sehr Aspekte der Diversität. Die Beachtung von Diversitätskriterien muss deshalb verpflichtender Rahmen bei der Erstellung von Pflichtlektüre-Listen und Abiturmaterialien werden. Erst dann, wenn vielfältige Personengruppen konstant in solchen auftauchen, tragen sie dazu bei, so wie Goethe und Schiller ins kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft einzutauchen und ein selbstverständlicher Teil dieser zu sein. ■

Lektüreliste

Für Ideen und Anregungen, wie der Deutschunterricht in der Oberstufe bereits jetzt diverser gestalten werden könnte, haben wir in einer Literaturliste, die unter diesem QR-Code abgerufen werden kann, ein paar Vorschläge gesammelt. Wir freuen uns, wenn ihr Lust habt, die Liste zu ergänzen. Hinweise an bbz@gew-berlin.de

www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/immer-nur-goethe

Mareike Mathias, Lehrerin und Oberstufenkoordinatorin an der Berlin Bilingual School, Sprecherin der jungen GEW

Gelingende Elternpartizipation in der Schule

Wie sich die Corona-Pandemie auf die Elternarbeit auswirkt und wie Mitwirkung von Sorgeberechtigten und Eltern gelingen kann

von Constantin Saß

Die Mitwirkung von Eltern und Sorgeberechtigten in den schulischen Gremien ist fest im Berliner Schulgesetz verankert. Deren Beteiligung durch gewählte Repräsentant*innen entspricht nicht nur dem verfassungsrechtlichen Grundgedanken der Demokratie, sondern ist auch Teil einer erfolgreichen Bildungs- und Erziehungspartnerschaft im System Schule. Erfolgreiche Partizipation aller Schulakteur*innen muss auf Augenhöhe stattfinden und eine Bereitschaft zum Perspektivwechsel bestehen. Beteiligung und Mitgestaltung ist natürlich viel mehr als die Einbindung der Eltern in einzelne Projekte und Aufgaben, die die Schule für sich auswählt. Für Schüler*innen bedeutet Mitwirkung zudem auch das Erlernen schulischer Mitverantwortung als Teil von Demokratiebildung. Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche gemeinsame Schulentwicklungsarbeit ist die Grundeinstellung der Schulakteur*innen zu einer schulischen Beteiligungskultur. Wird die Einbindung von Schüler*innen und Eltern eher als formale Pflicht oder tatsächlich als inhaltlicher Mehrwert empfunden? Wird die Gruppe der Eltern als »critical friend« wahrgenommen? Die Haltung der Schulleitung macht auch hier, wie in anderen schulischen Bereichen, häufig den Unterschied aus: Bindet sie Eltern bewusst ein? Werden deren Anliegen und Impulse ernst genommen und beantwortet? Fließt die Elternmeinung in die wichtigen Entscheidungen mit ein?

Corona erzeugt Nachholbedarf

Auch die schulische Mitwirkung hat sich im Zuge der Corona-Pandemie erheblich verändert. Aus den Rückmeldungen meiner Elternseminare werden zwei gegensätzliche Tendenzen deutlich. So hat die Verlagerung des Schulbetriebs und der Gremienarbeit in digitale Formate an vielen Schulen die bis dahin vor Ort gelebte Praxis der Mitwirkung verstärkt, sowohl im positiven als auch im negativen Sinn. Denn in solchen Schulen, in denen im Vorfeld bereits die Gremien und Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen mit Elternbeteiligung klar und transparent organisiert waren, konnte die gemeinsame Arbeit durch Online-Formate

FOTO: ADOBE STOCK/NIMITO

sogar noch intensiviert und effizienter gestaltet werden, wie zum Beispiel bei Entscheidungen der Schulkonferenz, Abstimmung mit der Gesamt-Elternvertretung, in Gesamt- und Fachkonferenzen sowie Sitzungen der Steuergruppe. Schwierig wurde es hingegen an Schulstandorten, an denen bereits vor den Einschränkungen im Präsenzbetrieb schulische Partizipation unzureichend oder gar nicht etabliert waren. An einigen Schulen wurde fatalerweise die Durchführung von Gremiensitzungen mit Elternbeteiligung praktisch eingestellt, Gremienwahlen wurden ausgesetzt und die Kommunikation mit den Elternvertretungen vernachlässigt. An diesen Schulen besteht nun nicht nur ein erhebliches Risiko für ein Mitwirkungsvakuum, sondern auch ein Nachholbedarf, die Elternbeteiligung wieder hochzufahren und die zuletzt »abgehängten« Elternjahrgänge, insbesondere die der Schuljahre 2020/21 und 2021/22 wieder in die schulische Arbeit einzubinden. Aufgrund zahlreicher Rückfragen aus der Elternschaft muss ich festhalten, dass Eltern in Pandemiezeiten häufig über ihre schulverfassungsrechtliche Rolle, ihre Möglichkeiten von Seiten der Schule entweder gar nicht oder zu wenig informiert oder einfach nicht erreicht wurden. Gelitten hat nicht nur die schulverfassungsrechtliche Mitwirkung, sondern in hohem Maße auch die nicht-formale Elternbeteiligung. Dazu zählen zum Beispiel engagierte Eltern, die in verschiedenen Bereichen das Schulleben mitgestalten wollen und wichtige ehrenamtliche Aufgaben von Lesepat*innen, über Schulfestorganisation, bis hin zum Förderverein übernehmen. Diese konnten sich teilweise zuletzt fast überhaupt nicht mehr einbringen. Diese Gruppe von Eltern hat einen hohen Wert für das Schulleben und muss unbedingt wieder eingebunden werden.

Anerkennung ist keine Einbahnstraße

Sowohl Eltern als auch Pädagog*innen treffen auf spezifische Kooperationsbarrieren der jeweils anderen Seite. Eltern meinen allzu oft, das System Schule gut genug zu kennen, schließlich sind sie selber einmal in die Schule gegangen. Dass sich die Aufgaben der Lehrkräfte gegenüber der eigenen Schulzeit verändert haben, wird dabei aber gelegentlich übersehen. Andererseits ist das System Schule in Hinblick auf ein erfolgreiches Change-Management sehr zäh. Trotz oder gerade wegen der Eigenverantwortlichkeit fallen Veränderungen schwer und treffen tendenziell erst recht auf Widerstände, wenn diese von Eltern initiiert werden. Eltern und Sorgeberechtigte können in diesen Prozessen ungeduldig werden. Veränderung benötigt nicht nur Geduld und Zeit, sondern auch Überzeugungskraft, ein Konzept und strategisches Vorgehen. Eltern versäumen es häufig, sich vor einer Eingabe in ein Gremium zunächst abzustimmen und sich eine Unterstützung »Verbündeter« gerade auch im Kollegium zu suchen. Impulse für Veränderungen, die von mehreren Akteursgruppen gemeinsam eingebracht und mit Hilfe von Multiplikator*innen verstärkt werden, haben deutlich bessere Chancen auf Akzeptanz und erfolgreiche Umsetzung in der Schulgemeinschaft. Gegenseitiges Vertrauen muss allmählich wachsen. Eine etablierte Würdigungskultur ist eine wichtige Voraussetzung für wertschätzende Zusammenarbeit. Anerkennung ist keine Einbahnstraße, sondern Türöffner für alle drei Gruppen der Bildungspartnerschaft. Die Anerkennung von Elternarbeit ist dabei ein wichtiger Schlüssel für Vertrauensbildung und Motivation.

»Die erfolgreiche Einbindung von Eltern in die Schulentwicklung ist kein Hexenwerk.«

Eltern können die Schulentwicklungsarbeit sogar stören, wenn sie rein individuelle Ziele verfolgen, die Anliegen nur persönlich motiviert und nicht im Sinne der Elternvertretung sind. Andererseits ist es aber keine Motivation für ehrenamtliches Engagement, wenn Eingaben und Impulse der Eltern schlichtweg ignoriert werden oder auf diese durch die Schulverantwortlichen nicht angemessen eingegangen wird. Auch der sprachliche Aspekt spielt bei der Aktivierung von Eltern eine wichtige Rolle. Um die gesamte Elternschaft zu erreichen, sollte unbedingt, auch auf Klassenebene, gewährleistet sein, dass Eltern mit geringen Deutschkenntnissen, zum Beispiel durch Dolmetschen, eingebunden werden. Kulturelle Hintergründe sind ebenso zu beachten. Nicht in jedem Kulturraum ist eine vergleichbare Elternmitwirkung wie in Deutschland überhaupt vorgesehen. Die Überwindung, sich als Eltern freiwillig in eine Schule einzubringen, mag im Einzelfall sehr hoch sein. Schule und Eltern sollten gemeinsam versuchen, für diese Familien niedrigschwellige Teilhabe-Angebote zu unterbreiten.

Die Kenntnis schulischer Mitwirkungsrechte, der Rolle der Elternvertretung und der Gremien von Klassenkonferenz bis Schulkonferenz und der gesetzlichen Bestimmungen sind nicht nur bei den Eltern, sondern auch in den schulischen Kollegien häufig ausbaufähig. Leider gibt es auch unter Lehrkräften viele Fehlinformationen zu den Vorgaben der Schulverfassung. Ein Update im Kollegium zu den rechtlichen Rahmenbedingungen kann hier von Nutzen sein. Hier können die Angebote von Elternfortbildner*innen unterstützen, die über die Qualitätsbeauftragte in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie koordiniert werden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der im Schuljahr 2022/23 in Kraft tretenden Änderungen des Berliner Schulgesetzes (unter anderem Stimmrecht für Grundschüler*innen in der Schulkonferenz, erweitertes Aufgabenspektrum der Schulkonferenz, verpflichtende Einrichtung von Klassenräten) erscheint es notwendig, sowohl Schulleitungen als auch Kollegien in Sachen Partizipation umfassend und vorzubereiten. Gerade auch die Herausforderungen und Aufgaben des »Klassenrates« müssen unbedingt thematisiert und entsprechende Erfahrungen untereinander ausgetauscht werden.

Trotz und gerade wegen der zahlreichen Herausforderungen, denen sich die Schulen und die Pädagog*innen in dieser Zeit zu stellen haben, muss das Thema Partizipation im Sinne einer gelungenen Bildungspartnerschaft gerade jetzt große Priorität haben.

https://mobile.twitter.com/ElternWirkung
@ElternWirkung

Constantin Saß, Referent und Elternfortbildner für Mitwirkungsfragen (LISUM), Schul- und Elternberater (ANE e.V.), Mediator

Auf dem Weg zu einer aktiven Schüler*innen-Vertretung

Die Schüler*innen-Vertretung (SV) ist das Herzstück der demokratischen Schule. SV-Arbeit funktioniert jedoch leider nicht von alleine

von Yvonne Lehmann

Alle Jahre wieder, immer zum Schuljahresbeginn, steht die Klassensprecher*innenwahl an. Engagierte Klassensprecher*innen sind das Herzstück aktiver Mitbestimmung in der Schule. Damit werden schon zu Beginn des Schuljahres die Weichen für die Arbeit der Schüler*innen-Vertretung (SV) gestellt. Bei den Wahlen werden oft jedoch die Coolsten, Beliebtesten oder Lautesten gewählt, was sich dann wiederum in einer unmotivierten und wenig engagierten SV widerspiegelt. Aber warum finden diese »Beliebtheitswahlen« so statt? Hand aufs Herz: Wie laufen normalerweise die SV-Wahlen ab? Meistens werden sie schnell dazwischengeschoben, eine kurze Abfrage nach Freiwilligen, und zack wird gewählt. Aber was sind eigentlich die Aufgaben von Klassensprecher*innen? Was sind die Aufgaben und Möglichkeiten einer SV? Welchen Einfluss kann die SV auf die Gestaltung des Schulalltags und die Etablierung einer demokratischen Schulkultur nehmen? Das wissen die wenigsten und genau da müssen wir ansetzen.

Pimp your SV

Warum machen wir die Klassensprecher*innenwahl nicht zu einem wichtigen Event an der Schule? Alle Klassen nehmen sich mindestens zwei Stunden Zeit, um die Wahl gemeinsam vorzubereiten. Rechtliche Grundlage sind die Paragraphen 83 und 84 des Berliner Schulgesetzes. Darüber hinaus zählen die persönlichen Fähigkeiten und Eigenschaften, die eine*n gute*n Klassensprecher*in ausmachen. Warum nicht gemeinsam im Klassenverband ein »Job-Profil« für den oder die Klassensprecher*in entwickeln? Vielleicht sollten Klassensprecher*innen zum Beispiel gut zuhören können, gut integrieren oder mutig genug sein, um Probleme auch gegen Widerstände anzupacken und anzusprechen. Zur vollständigen Jobbeschreibung gehört auch die Teilnahme an Sitzungen und die Projektarbeit. Wer hier keine Zeit investieren will, ist fehl am Platz. Sinnvoll ist es auch, eine*n erfahrene*n Klassensprecher*in einzubeziehen, die aus dem SV-Alltag berichtet. Wenn ein umfassendes Bild der Aufgaben und gewünschten Fähigkeiten und Eigenschaften zusammengetragen wurde, werden Kandidat*innenenvorschläge gesammelt. Die Kandidat*innen sollten Zeit bekommen, sich vorzustellen und auf Fragen zu antworten. Die Fragerunde kann man gemeinsam in Gruppenarbeit vorbereiten. Am Ende wird gewählt, und die Klasse wird (hoffentlich) zukünftig gut vertreten.

Support your SV

Hat sich die neue Schüler*innenvertretung gefunden, ist es sinnvoll, eine SV-Seminar zu buchen. Angeboten werden diese Seminare in Berlin unter anderem von SV-Bildungswerk e.V., Schule ein Gesicht geben e.V., dem wannseeFORUM, mehr als lernen e.V., der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein oder aber auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Die Angebote sind vielfältig, immer auf die inhaltlichen Bedürfnisse der SV abgestimmt und reichen von einzelnen Projekttagen an der Schule bis hin zu SV-Fahrten in eine Jugendbildungsstätte. Die FES hat auch die sogenannten SV-Begleiter*innen mit in den Blick genommen, denn leider funktioniert die SV-Arbeit an den meisten Schulen oft nicht »von alleine«. Es braucht engagierte SV-Begleiter*innen, die zur richtigen Zeit die passenden Methoden, Impulse oder Ideen beisteuern und Coach der SV sind. Das erfordert Geduld, Zeit und Durchhaltevermögen sowie gute Unterstützungsstrukturen für die eigene Arbeit. Gelingt dies, dann stehen die Chancen gut, dass die Schüler*innenvertreter*innen bald auf eigenen Beinen stehen. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Fortbildungsmaßnahmen machen wir die SV-Begleiter*innen fit für diese Aufgabe. Sie bekommen unterschiedliche Methoden und Projektideen an die Hand, um SVen (wieder) zu aktivieren und zu begleiten. Nicht jede*r muss das Rad neu erfinden und so steht der Vernetzungsgedanke und Austausch immer ganz oben auf der Workshop-Agenda.

Die SV-Arbeit ist häufig die erste Gelegenheit für junge Menschen eine Interessenvertretung kennenzulernen und sich zu engagieren. Gelingt diese Arbeit, macht Spaß und die Jugendlichen konnten etwas bewirken, dann stehen die Chancen gut, dass sich junge Menschen auch über die Schule hinaus engagieren.

*Die FES entwickelt innovative Angebote der politischen Jugendbildung. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Arbeit mit Schüler*innenvertretungen. Mehr unter: www.fes.de/themenportal-gender-jugend/jugend. Anfragen und Ideen an Yvonne Lehmann: Yvonne.Lehmann@fes.de*

Yvonne Lehmann, Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung für Politische Bildung und Dialog

FOTO: ADOBE STOCK/KZENON

Weibliche Sexualität sichtbar machen

Das Wissen in unserer Gesellschaft über die Vulva ist auch im 21. Jahrhundert erschreckend gering. Kein Wunder, wenn es selbst in Schulbüchern missverständlich, unvollständig und teilweise sogar faktisch falsch dargestellt wird

von Sina Krüger

Wenn ich meine Schüler*innen im Rahmen der Sexuellen Bildung ein binär männliches Geschlechtsorgan zeichnen lasse, ist das kein Problem: Hoden im Hodensack, mal erigierter, mal erschlaffter Penisschaft, Behaarung, Eichel. Das Gelächter ist oft groß, das Angebot an diversen Zeichnungen ebenfalls. Bitte ich sie im Anschluss, ein binär weibliches Geschlechtsorgan zu zeichnen, habe ich oft erst einmal ein paar Sekunden Ruhe im Biologieraum, gefolgt von einem »Hä?« oder einem überfordert klingenden »Oh«. Meine Schüler*innen fragen mich, geschlechtsunabhängig, ob sie Beine dazu zeichnen könnten, weil »es ja sonst nicht zu zeichnen geht«. Andere malen ein Loch und legen danach den Stift zur Seite. Fertig. Einige kapitulieren von Anfang an: »Ich kann das nicht.«.

In der patriarchalen Gesellschaft, in der wir leben, wird genitale Männlichkeit durch Sichtbarkeit des äußeren Genitals und dessen Größe symbolisiert, wohingegen Weiblichkeit durch Verborgenheit, Kleinheit oder Abwesenheit dargestellt wird.

Wir finden gekritzelte Penisse an Toilettenwänden oder auf Schultischen. Das »Penis-Spiel«, bei dem eine Person das Wort »Penis« immer lauter rufen muss als die vorherige, wird über Generationen hinweg gespielt. Doch wir finden diese Unterschiede nicht nur im Schulalltag, sondern leider auch im Schulbuch wieder.

In meiner Masterarbeit (2019) habe ich die Darstellung des weiblichen Genitalbereiches in Biologieschulbüchern untersucht. Mein Fazit: Die Repräsentation der Vulva, dem Teil des weiblichen Geschlechts, der von außen sichtbar ist, ist missverständlich, unvollständig und teilweise sogar faktisch falsch. Daher formulierte ich 2020 gemeinsam mit meiner betreuenden Professorin Frau Doktor Upmeier zu Belzen im Namen der Biologiefachdidaktik der Humboldt-Universität ein Anschreiben an die großen drei Verlage Klett, Westermann und Cornelsen mit der Forderung, ihre Auflagen dringend zu überarbeiten. Wir wiesen insbesondere auf drei Punkte hin.

Kein Grund, sich zu schämen

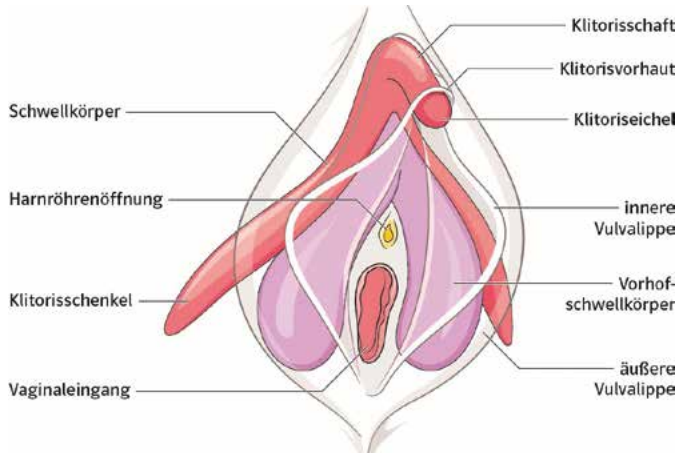
Sprache bildet die Wirklichkeit nicht nur ab, sondern konstruiert Realitäten. Begrifflichkeiten wie »große und kleine Schamlippen« sind dabei in zweierlei Weise irreführend. Zum einen sollen Genitalien niemals schambesetzt sein. Zum anderen zeigen Studien, dass entgegen dem Intimideal der »Designer-Vulva« bei den meisten Vulven die inneren Lippen über die äußeren hinausragen. Welche sollten dann also die »kleinen«, welche die »großen« Vulvalippen sein? Wie Ohren, Augen oder Hände sehen auch die Vulvalippen von Mensch zu Mensch unterschiedlich aus. Um negativen Genital- und Selbstbildern vorzubeugen, sollten Vulvalippen daher sprachsensibel und vielfältig repräsentiert werden.

Auch der Begriff »Jungfernhäutchen« ist irreführend. Befragt man Jugendliche dazu, so ist es für 42 Prozent etwas, das reißt. Zwei Drittel nennen es als Symbol für Jungfräulichkeit. Der Mythos von einer Haut, die vor allem bei vaginalem Sex reizt, blutet und schmerzt, hält sich in unserer Gesellschaft hartnäckig und kann so vor allem in religiösen Verhältnissen zu Unsicherheiten und Ängsten führen. Dabei gibt es diese Haut in der Vagina nicht, sondern lediglich eine dehnbare vaginale Korona, einen Schleimhautring,

»Die korrekte, sprachsensible und vielfältige Abbildung der Vulva bedeutet auch sexuelle Selbstbestimmung und Gleichberechtigung.«

FOTO: ADOBE STOCK/JULIYA RODNIKOVA/STOCKSY

»Jede zweite Schülerin weiß nicht, dass sie eine Klitoris hat, über 80 Prozent können ihre Funktion nicht benennen.«



QUELLE: SCHULBUCH ERNST KLETT VERLAG GMBH

der die Vagina zwar etwas verengt, aber nicht verschließt. Dieser kann, wie jede andere Haut auch, Risse aufweisen. Dies ist aber sehr individuell: Es gibt Kleinkinder mit Einkerbungen in der vaginalen Korona, genauso wie Frauen nach einer Geburt, die keinerlei Einrisse haben. Um der falschen gesellschaftlichen Vorstellung entgegenzuwirken, sollte die vaginale Korona daher sprachsensibel und mit dem nötigen Hintergrundwissen in Biologiebüchern dargestellt werden, sodass Frauen selbstbestimmt und sicher sexuelle Entscheidungen treffen können.

Von wegen Perle

Ein weiterer wesentlicher Punkt meiner Arbeit betrifft die Klitoris. In den von mir untersuchten Schulbüchern wurde sie als uneindeutig schraffierter Bereich, als verkümmerter Halbmond oder perlengroß dargestellt. Von wegen Perle. Die Klitoris ist ein Organkomplex. Nur die Klitoriseichel, die homolog zur Peniseichel ist, ist von außen sichtbar. Der Klitorisschaft erstreckt sich innerhalb des Körpers nach innen, wobei die beiden Klitorisschenkel und -schwellkörper links und rechts von innen die Vagina sozusagen »umarmen«. Ihr Aufbau ist zwar komplex, doch ihre Funktion ist dafür umso eindeutiger: sexuelle Erregung und Lust.

Untersuchungen zeigen, dass jede zweite Schülerin nicht weiß, dass sie eine Klitoris hat, über 80 Prozent können ihre Funktion nicht benennen. Dabei ist das Kennen des eigenen Körpers für die sexuelle Entwicklung von Mädchen und jungen Frauen von großer Bedeutung. Das Realisieren eigener Bedürfnisse und das Wissen darum, wie diese erfüllt werden können, sind wichtig für ein erfülltes und befriedigendes Sexualleben. Es kann zur Erhöhung des Selbstwertgefühls führen und somit als Teil einer befriedigenden Sexualität zur Aufrechterhaltung der sexuellen Gesundheit sowie aufgeklärten, glücklicheren Beziehungen, geschlechtsunabhängig, beitragen. So fragten mich beispielsweise Schüler, wie man eine Frau denn lustvoll befriedigen könne, wenn die Klitoris eine so große Rolle spiele. Eine wichtige Frage. Denn mit den mangelhaften Repräsentationen haben die Schulbücher die Wissensdefizite nicht nur verstärkt, sondern auch Normvorstellungen verfestigt: So ist beispielsweise ein in unserer Gesellschaft weit verbreiteter Mythos, dass eine »normale« Frau bei jedem Geschlechtsverkehr einen Orgasmus erlebt. Dabei zeigen Studien, dass nur vier Prozent der Frauen einen Orgasmus ausschließlich durch vaginale Penetration haben. Ein Großteil der Frauen favorisiert die zusätzliche Stimulation der Klitoris. Wie soll Schüler*innen also eine lustvolle Sexualität vermittelt werden, wenn sie nicht einmal wissen (können), wo sich das dafür größtenteils verantwortliche Organ befindet? Zudem misst man einem Organ, welches angeblich perlengroß ist, doch eine ganz andere Bedeutung zu, als einem komplexen Gebilde, welches bei vielen Frauen mit circa 11 cm größer ist als der durchschnittliche Penis mit 10 cm.

Dabei geht es um mehr als nur eine Schulbuchseite: Die korrekte, sprachsensible und vielfältige Abbildung der Vulva bedeutet auch sexuelle Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Die Schulbuchseiten zur Sexuelle Bildung bieten immer auch einen Gesprächsanlass für Jugendliche – geschlechtsunabhängig. Fachlich richtige Abbildungen können so eine lustvolle Sexualität für Jugendliche erleichtern.

Ein Schritt in die richtige Richtung

Die Schulbuchverlage sind unterschiedlich stark auf die Forderungen eingegangen. Erster Teilerfolg: die Abbildung der Klitoris wurde bei allen Verlagen verbessert. Allerdings nutzen nur einige wenige Neuausgaben das Wort »Vulvalippe« anstatt des negativ konnotierten Begriffs »Schamlippe«. Die Repräsentation des »Jungfernhäutchens« wurde zum Teil gar nicht, teilweise nur im Text überarbeitet.

Im eher trägen Bildungssystem wird es somit wohl noch eine ganze Weile dauern, bis wir auf adäquate Repräsentationen der Vulva in Biologiebüchern zurückgreifen können.

Zum Abschluss daher noch einige Praxistipps: Stefanie Grübl stellt unter dem Label »Vielma« vielfältige Materialien für die Sexuelle Bildung her, darunter auch Vulven mit integriertem Klitorismodell in diversen Hautfarben. Auch bei Paomi findet man unterschiedliche Körpermodelle, die Gesprächsanlass bieten können. Zudem kann auf die tolle Arbeit vieler schulexterner Sexualpädagog*innen zurückgegriffen werden. Ich lasse meine Schüler*innen die Abbildungen der Lehrbücher oft mit den gezeichneten Vulven vom Instagramaccount »the.vulva.gallery« vergleichen und darüber reflektieren, welche Darstellungen sie geeigneter finden. Zudem können die Accounts der Sexualpädagogin Gianna Bacio und der gemeinnützigen Organisation Pinkstinks hilfreich sein.

Sina Krüger, Lehrerin für Biologie und Sport an einer Gemeinschaftsschule im Prenzlauer Berg

»Dass Neulinge nicht mit Rahmenlehrplänen vertraut gemacht werden, scheint die Regel zu sein.«

Willkommenskultur: mangelhaft

Durch die mangelhafte Unterstützung neuer Lehrkräfte, verlassen diese oft vorzeitig die Schule, den Beruf oder die Stadt

von Ralf Schiweck

Sportwissenschaftler*innen, promovierte Geophysiker*innen, Diplomchemiker*innen und viele andere unterrichten Kinder in der Eingangsstufe oder der ersten Klasse, mitunter sogar als Klassenleiter*in. Dort, wo nur die fähigsten und erfahrensten Pädagog*innen den Grundstein für die Bildung und Erziehung unserer Kinder legen sollten, setzen Schulleitungen fahrlässig und verantwortungslos blutige Anfänger*innen, Referendar*innen oder Quereinsteiger*innen ein. Nicht, dass diese nicht motiviert sind und sich nicht mit guten Absichten an die Arbeit machten, aber das Handwerkzeug müssen sie beim Tun selbst herstellen.

Der Einsatz in der Eingangsstufe beschreibt sicherlich das krasseste, aber nicht das seltenste Beispiel von mangelhaften Beispielen des Umgangs mit Schulanfänger*innen im Lehrbereich. Auch in der Oberstufe entdeckt man Anfänger*innen, die ihre Gruppen auf das Abitur vorbereiten sollen, und auch dieses kann den Lebensweg entscheidend beeinflussen.

Aber auch der ganz »normale Einsatz« an Schulen bringt den Einsteiger*innen Herausforderungen, denen sie oft nicht gewachsen sind, ja auch nicht sein können. Einige verlassen schon vorzeitig die berufliche Laufbahn, andere halten durch und versuchen die Schule zu wechseln, in der Hoffnung, dass ihre Schule eine Ausnahme ist.

Gute Betreuung ist selten

Ich war lange und in verschiedenen Positionen im Schuldienst von Berlin tätig und arbeite seit meiner Pensionierung gelegentlich als Coach und Dozent für Quereinsteiger*innen. Meine Erfahrungen aus diesen Tätigkeiten lassen mich an der Kompetenz und dem guten Willen vieler Schulleitungen zweifeln. Ungeachtet der knappen Ressourcen sollten wir allerdings nicht diejenigen verprellen, die als letzte Notreserve den Personalmangel zu mildern versuchen.

Natürlich gibt es sehr vorbildliche Betreuungen durch die Schulen. Eine Fachleiterin hat der Lehrkraft die Schule gezeigt, ihr die Fachbereichsbeschlüsse zugänglich und sie mit der Schulordnung vertraut gemacht, ihr die wichtigen Personen vorgestellt, sie auf der Gesamtkonferenz vorgestellt, die Jahresplanung gezeigt, sie mit der Sammlung vertraut gemacht und vieles mehr. Es gab mitunter auch zwei Doppelsteckungen oder weitere freiwillige Angebote zum Hospitieren. Man bekam einen Raum für Besprechungen nach einem Unterrichtsbesuch, und auch die Schulleiterin war immer offen für ein kollegiales, beratendes Gespräch. Eine schulische Halbjahres- oder Jahresplanung hatten auch einige Schulen. Manche Schulen hatte auch eine kleine Broschüre im Angebot, in der die wichtigsten Dinge für Neuangekommene zu finden waren. Mitunter können diese ja auch einiges übersehen oder vergessen, dann hilft so ein Blättchen.

Problemklassen und Vertretungsunterricht

Leider spiegeln die gezeigten positiven Beispiele nur einen kleinen Teil meiner Erfahrungen wider, es überwiegt der Katalog an Versagen. Ich muss es leider in dieser Deutlichkeit ausdrücken, denn die

FOTO: ADOBE STOCK/CONTRASTWERKSTATT

Beispiele auf die ich mich hier nur ausschnittweise beziehe, zeigen das genaue Gegenteil von einer so dringend benötigten Willkommenskultur. Eine Kollegin ist aus der Befristung durch Personalkostenbudgetierung (PKB) in den Quereinstieg geflüchtet, weil sie an einer Grundschule in fast zwanzig unterschiedlichen Klassen eingesetzt wurde, in fast allen Fächern. Als Quereinsteigerin hat sie dafür gleich eine erste Klasse als Klassenlehrerin bekommen. Dass Neulinge nicht mit Rahmenlehrplänen vertraut gemacht werden, scheint die Regel zu sein. Ein*e Mentor*in wird nur selten an die Seite gegeben und wer die für sie wichtigen Personen sind, erfahren sie oft erst im Laufe des zweiten Halbjahres. Einteilung zu Vertretungsunterricht trifft Neulinge scheinbar überproportional, wie überhaupt eine Unterrichtszuweisung in »Problemklassen«, gefühlt beliebt zu sein scheint. Ein junger Kollege bekam immer gegen 23 Uhr in einer E-Mail mitgeteilt, in welcher Gruppe er am folgenden Morgen vertreten sollte. Auch nach einer Rücksprache änderte sich an diesem Verfahren nichts. Bei einigen dieser Einsätze hatten mich meine einst sehr erfahrenen und gutwilligen Kolleg*innen gefragt, ob ich nicht gut geschlafen hätte oder mein Haussegen aus dem Lot sei.

Dass sich der Einsatz von Quereinsteiger*innen an manchen Schulen zu häufen scheint, liegt natürlich nicht an den Schulen selbst. Es fehlt allerdings auch eine vernünftige Anweisung der Schulleitungen für den Einsatz von Neuankömmlingen im Berliner Schuldienst durch die Senatsverwaltung. Meine Hoffnung liegt natürlich auf der neuen Schulsenatorin und deren Expertise.

Dass wir alle nicht für die fatale Situation verantwortlich sind, in der wir uns nun schon seit einigen Jahren befinden, müssen wir uns nicht immer vorbeten, auch, dass wir schon vor Jahrzehnten davor gewarnt haben. Aber was wir jetzt tun können, ist doch, es denen, die hier mutig einspringen und dieses Riesenpaket an Aufgaben und Ausbildung auf sich nehmen, den Einstieg so wertschätzend und unterstützend wie möglich zu gestalten. Manche wissen dies und handeln auch verantwortlich, bei manchen Schulleitungen habe ich allerdings das Gefühl, dass sie mit einer billigen Verfügungsmasse nach ihrem persönlichen Gusto umgehen.

Wenn wir an den Schulen keine Willkommenskultur für die neuen Lehrkräfte entwickeln, dann wird uns auch eine Verbeamtung nicht retten. ■

»Ein junger Kollege bekam immer gegen 23 Uhr in einer E-Mail mitgeteilt, in welcher Gruppe er am folgenden Morgen vertreten sollte.«

Ralf Schiweck, Mitglied der bbz-Redaktion

Bildung in der digitalen Welt

Die GEW BERLIN lädt am 15. Juni zur Fachtagung ein

Der Transformationsprozess der Digitalisierung berührt all unsere Lebensbereiche. Das Lernen und Kommunizieren von Kindern und Jugendlichen ist geprägt von der vielfältigen Mediennutzung. Im schulischen Kontext stellt sich die Frage, wie Schüler*innen darin unterstützt werden können, sich selbstbestimmt und kompetent im Digitalen zu bewegen. Neben konkreten Ideen zu Medienkompetenzförderung und medienpädagogischen Angeboten wird es im Rahmen der Tagung auch um Medienkritik, den souveränen Umgang mit Daten, Strategien gegen Hass, Cybermobbing und Mediensucht sowie Rahmenbedingungen für die dienstliche Mediennutzung gehen.

Vorträge gibt es von Melanie Stilz, TU Berlin, Professur Bildung in der Digitalen Welt: »Digitalisierung: Was heißt das für die schulische Bildung? Was sind die zentralen Ansprüche? Medienkompetenzvermittlung als Bildungsauftrag: Empowerment und Schutz« und von Leena Simon, Digitalcourage e.V.: »Digitale Mündigkeit und Datensouveränität: Wie bewege ich mich bewusst und sicher im Netz? Wie unterstützte ich Kinder und Jugendliche bei der digitalen Ermündigung?«

Die GEW-Fachtagung richtet sich vor allem an Pädagog*innen, die im schulischen Kontext arbeiten. Die Tagung findet am 15. Juni online über das Videokonferenztool BigBlueButton in der Zeit von 9 bis 16 Uhr statt. ■

Anmeldung bis zum 1.6.
www.gew-berlin.de/veranstaltungen/detailseite/gew-fachtagung-bildung-in-der-digitalen-welt

FOTO: IMAGO IMAGES/MONKEY BUSINESS IMAGES LTD

Schulkinder in Uniform in Altagracia auf Ometepe in Nicaragua

Für eine Zukunft ohne Kinderarbeit

Die Pandemie hat auch die gewerkschaftlichen Projekte für kinderarbeitsfreie Zonen erschwert. Dennoch gibt es Fortschritte in vielen Teilen der Erde

von Bruni Römer

Eine Bestandsaufnahme des Kollegen Sam Grumiau von der Bildungsinternationale in Brüssel, der für die Fair Childhood-Stiftung der GEW im kontinuierlichen Kontakt zu allen geförderten Projekten steht, gibt einen guten Überblick über die weltweiten Projekte.

In Albanien gibt es seit 2019 ein solches Folgeprojekt an zwei Schulen, im Distrikt Korca. Die Hälfte von 61 Schüler*innen sind bereits aus der Kinderarbeit in die Schule zurückgekehrt und von den 104 registrierten Dropout-Gefährdeten, besuchen 84 die Schule wieder regelmäßig.

Nicaragua ist ein weiteres Beispiel. Dort wurden die erfolgreich durchgeführten Projekte »Raus aus Kinderarbeit, in die Schule« nach den politischen Unruhen von 2018/19 wieder aufgegriffen und fortgeführt. Sie stellten zum Beispiel Schutzmasken und Desinfektionsgel für ihre Schulen her.

In zwei indischen Kommunen schulte die lokale Gewerkschaft Lehrkräfte, startete eine Untersuchung über die Zahl nicht eingeschulter Kinder und informierte mehr als 300 Eltern, Kinder und Schulleitungsmitglieder über Kinderarbeit und über die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen, um Kinder einfacher in die Schulen zu bringen.

In Westafrika unterstützt Fair Childhood weiterhin Projekte in Mali, Burkina Faso und zwei neue in Togo und im Senegal. Im Juni erregte ein großer Demonstrationszug gegen Kinderarbeit in Bambilor öffentliche Aufmerksamkeit und wurde in mehreren Fernsehkanälen gezeigt.

Im ostafrikanischen Burundi begann ein Projekt in einem Gebiet mit hoher Kinderarbeitsrate. Von den etwa 7.000 schulpflichtigen Kindern waren nur 6.000 in der Schule angemeldet. Die anderen arbeiteten auf Reisfeldern, im Fischfang oder in Ziegeleien.

Auch Radiostationen senden unsere Botschaft

Die Gewerkschaft STEB entwickelte eigene Fortbildungsmaterialien zu Kinderarbeit und führte Schulungen für Multiplikator*innen und Lehrkräfte durch, die von drei Radiosendern verbreitet wurden. Zum Schuljahresbeginn waren 205 ehemalige Kinderarbeiter*innen in den Schulen angemeldet.

In Uganda werden erfolgreiche Projekte in zwei kinderarbeitsfreien Gebieten fortgeführt, obwohl die Schulen seit März 2020 COVID-bedingt geschlossen sind. Hier zeigten sich Gewalt, Drogenmissbrauch, Frühverheiratung und Schwangerschaften besonders drastisch. Mit Radio-Talkshows auf lokalen Sendern, Community Drives (mit Lautsprecherwagen) und in der Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren konnte die Gewerkschaft die öffentliche Aufmerksamkeit auf Bildung und psychosoziale Vorsorge für die Jugendlichen lenken.

Im Dowa-Distrikt/Malawi richteten die Gewerkschaften TUM und PSEUM 2019/20 eine kinderarbeitsfreie Zone ein, die zehn Primarschulen umfasst. Bis zur Schulschließung wegen COVID konnten 285 Kinder aus Kinderarbeit in die Schulen geholt werden. In allen zehn Schulen wurden körperliche Bestrafungen abgeschafft und kinderfreundliche Pädagogik eingeführt, sowie Kinderrechte in den Unterrichtsplan aufgenommen. Von März bis Oktober 2020 nahmen Kinderarbeit und Frühverheiratung wieder zu. Die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften waren auch hier Radiosendungen und Community Drives. In den kommenden zwei Jahren soll das Projekt ausgeweitet werden und weitere 15 Schulen umfassen.

ZIMTA und PTUZ in Simbabwe führen das erste Projekt in Chipinge/Manicaland selbständig weiter. Sie starten gerade ein neues in Muzarabani/Mashonaland, wo Kinderarbeiten beim Goldwaschen, in der Landwirtschaft, in Hausdiensten, dem Straßenverkauf und im Grenzverkehr verbreitet sind. Dort gibt es die wenigsten Schulabschlüsse in Simbabwe. Mit ähnlichen Mitteln wie in Uganda und Malawi versuchten die Gewerkschaften auch hier die Zeit der Schulschließungen zu überbrücken und Kontakt zu Eltern und Kindern zu halten.

Es sind die Spenden von GEW-Mitgliedern an die Fair Childhood Stiftung, die den Gewerkschaften vor Ort Projekte gegen Kinderarbeit ermöglichen.

www.gew.de/internationales/fair-childhood

Bruni Römer, GEW Schleswig-Holstein

FOTO: IMAGO IMAGES/STOCK&&PEOPLE

»GEW-Personalräte tragen täglich in vielen Fällen dazu bei, dass Kolleg*innen zu ihrem Recht kommen.«

Basics der Personalratsarbeit

Die schulischen Personalräte vertreten eure Interessen gegenüber dem Arbeitgeber und beraten euch in vielen kleinen und großen Fragen. Dieser Artikel gibt einen Einblick in ihre Arbeit und zeigt auf, wie der Personalrat euch helfen kann

von Anne Albers und Michaela Ghazi

Kolleg*innen an allgemeinbildenden Schulen wenden sich meist mit Fragen direkt an ihren örtlichen Personalrat im Bezirk (öPR). Außerdem gibt es den Gesamtpersonalrat mit Vertreter*innen aus allen Bezirken, die sich zweiwöchentlich zur Beratung und Beschlussfassung über gemeinsame Angelegenheiten treffen. Die Beschäftigten an den zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen wenden sich an ihren eigenen Personalrat (PR zbS), auch die Lehramtsanwärter*innen haben einen eigenen Personalrat (PR LAA). Für den gesamten öffentlichen Dienst gibt es außerdem noch den Hauptpersonalrat.

Die Aufgaben der Personalräte sind vielfältig

Das Personalvertretungsgesetz gibt den Personalräten drei unterschiedliche scharfe Schwerter in die Hände: Das Informationsrecht, das Mitwirkungsrecht und das Mitbestimmungsrecht. Der Personalrat prüft beispielsweise bei der Einstellung jede Eingruppierung. So konnte erreicht werden, dass zahlreiche fehlerhafte Einstufungen korrigiert wurden und diese Kolleg*innen seitdem monatlich mehr Lohn erhalten. Auch die dienstlichen Beurteilungen bekommt der Personalrat vorgelegt und kann im Rahmen der Mitwirkung eine Erörterung mit der Dienststelle veranlassen, wenn eine Note unbegründet erscheint. Kolleg*innen können sich mit vielen Fragen oder Problemen an den Personalrat wenden, zum Beispiel

zu Umsetzungswünschen, Teilzeitanträgen oder Mehrarbeit, bei Problemen mit Vorgesetzten und Mobbing. Auch Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein wichtiges Thema, nicht erst seit der Pandemie. Der Personalrat begleitet Kolleg*innen auf Wunsch zu Präventionsgesprächen, berät zum Hamburger Modell und begeht Schulen im Rahmen der Sicherheitsbegehungen. Darüber hinaus bestimmt der Personalrat bei der Digitalisierung mit. Er achtet wie bei den Mobilen Endgeräten auf den Datenschutz, Begrenzung der Erreichbarkeit oder ergonomisches Arbeiten.

So können die GEW-Personalräte täglich in vielen Fällen dazu beitragen, dass Kolleg*innen zu ihrem Recht kommen, dass die Lohnzahlung stimmt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. In letzter Konsequenz kann der Personalrat aber auch klagen, wenn eines seiner Rechte verletzt wird.

Darüber hinaus kann der Personalrat initiativ tätig werden. So wurde beantragt, dass die Schulen mehr Masken und Desinfektionsmittel erhalten. Über den Abschluss mit Dienstvereinbarungen kann der Personalrat grundsätzliche Regelungen mit der Dienststelle vereinbaren. In der Dienstvereinbarung zur mittelbaren pädagogischen Arbeit hat der Gesamtpersonalrat zum Beispiel erreicht, dass Erzieher*innen wöchentlich vier Stunden Vor- und Nachbereitungszeit erhalten. Derzeit laufen die Verhandlungen zu einer Neuauflage dieser Dienstvereinbarung.

Die Mehrheit entscheidet

Wie viele Mitglieder der Personalrat der öPR und PR zbS hat, ist abhängig von der Beschäftigtenzahl in den einzelnen Regionen. In den zwölf Berliner Regionen liegt die Anzahl der Mitglieder zwischen 12 und 17, die durch Wahlen im Rhythmus von vier Jahren gewählt werden. Im PR zbS gibt es aktuell 21 Mitglieder. Das Personalvertretungsgesetz §29 gibt vor, dass aus den Mitgliedern ein Vorstand zu wählen ist, dessen Größe vom Personalrat individuell festgesetzt werden kann. Es muss auch ein*e Vorsitzende*r gewählt werden, die oder der den Personalrat nach außen vertritt.

Entscheidungen werden jedoch durch Mehrheitsentscheidungen in den wöchentlich stattfindenden Sitzungen der öPR und PR zbS getroffen. Der Vorstand hat hier keine alleinige Entscheidungsbefugnis. Genauso wird im Gesamtpersonalrat verfahren. Anders verhält es sich im Hauptpersonalrat, wo dem Vorstand weitreichendere Entscheidungsfreiheiten eingeräumt werden.

Es ist unser Bestreben, dass in den Personalräten alle Professionen des pädagogischen Bereichs vertreten sind, um den schulischen Alltag möglichst umfassend abzudecken. Das gelingt je nach Kandidat*innenlage mal mehr oder mal weniger. Auch für die Wahlen 2024 sucht die GEW Kolleg*innen, die Lust auf Personalratsarbeit haben. Wenn du Interesse hast, melde dich frühzeitig bei deinem Personalrat, deiner Bezirksleitung oder dem Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik (VBBA).

GEW stärkt Personalräte

Nun fällt man ja nicht als Personalrat vom Baum. Das umfassende und sehr unterschiedliche Arbeitsgebiet ebenso wie die sich verändernde, teilweise unübersichtliche Gesetzeslage muss zugänglich und verständlich gemacht werden. Und das ist eindeutig die Stärke der GEW-Personalräte. Innerhalb der GEW kann kurzfristig auf ein professionell aufgestelltes Netzwerk zurückgegriffen werden, um Auskünfte einzuholen. Die Referent*innen der GEW unterstützen die GEW-Personalräte in ihrer täglichen Arbeit. Die GEW bietet außerdem Fortbildungen zu Themen der Personalratsarbeit an, geleitet sowohl von externen als auch internen Expert*innen. Derzeit ist das Beamtenrecht für die Personalräte ein wichtiges Thema, hierzu bietet die GEW Fortbildungen an.

Weiterhin treffen sich Vertreter*innen der Personalräte aller 13 Regionen (inklusive des PR zbS) und des GPR alle 14 Tage zum Austausch unter der Leitung des VBBA in der Personalräte-AG. Hier werden aktuelle rechtliche Fragen und gemeinsame Themen wie die mobilen Endgeräte oder die Corona-Lage besprochen. Über einen Anruf oder Mail finden die Personalräte bei Fragen arbeits- und schulrechtliche sowie personalrätliche Expertise beim VBBA oder den Referent*innen der GEW. Außerdem gibt es die Möglichkeit Beratungsverträge mit Fachjurist*innen zu nutzen, die gegebenenfalls die Vertretung bei anstehenden Gerichtsverfahren übernimmt. Über einen schnellen Anruf können die rechtlichen Fragen beantwortet werden, was in vielen Situationen für die Beratung Gold wert ist.

Personalrät*innen erhalten Ermäßigungsstunden, deren Höhe sich ebenfalls an der Größe des Personalrats orientiert. Ihre Verteilung wird innerhalb des Gremiums nach Arbeitsbereichen, Schuleinsatz und ähnlichem vorgenommen. Tatsache ist aber, dass die überwiegende Mehrheit der GEW-Personalräte weiterhin an ihren Schulen in den jeweiligen Professionen tätig ist, vielfach mit weit mehr als der Hälfte ihrer Arbeitszeit. Somit sind Praxisbezug und Kenntnisse über die aktuelle Situation und die Befindlichkeiten der Kolleg*innen eine Grundlage der Personalratsarbeit.

Die Arbeit und die Entscheidungen des Personalrats müssen und können sich nur an den geltenden Gesetzen und vorgegebenen gesetzlichen Handlungsspielräumen orientieren. Unabhängig davon, für wie sinnvoll und zielführend wir diese erachten. Damit stoßen wir an Grenzen, was die Handlungsoptionen betrifft. Das führt nicht selten zu Irritationen und Unverständnis auf Seiten der zu vertretenden Beschäftigten. Innerhalb dieser gesetzlichen Grenzen ist es unser Ziel, das Bestmögliche für die Kolleg*innen zu erreichen und gegebenenfalls mit den uns zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln umzusetzen. Bisweilen reicht aber auch ein begleitendes Gespräch oder ein klärender Hinweis für die eine oder andere Seite.

»Kurzfristig kann auf ein professionelles Netzwerk zurückgegriffen werden.«

Die Unsinnigkeiten und den Veränderungsbedarf, den wir an vielen Stellen des praktischen Alltags feststellen, lassen wir dann wiederum in unsere Gewerkschaftsarbeit innerhalb der GEW einfließen. Gesetzes- und Verwaltungsänderungen sind vorrangig politische Entscheidungen und müssen auf dieser Ebene initiiert werden. Und hier könnten wir und ihr dann auch alle aktiv werden. ■

Michaela Ghazi, Vorsitzende Personalrat allgemeinbildende Schulen Reinickendorf, Anne Albers, Mitglied im Gesamtpersonalrat und Leitung VBBA der GEW BERLIN

FOTO: GEW

Streik für bessere Arbeitsbedingungen fulminant gestartet

Erstmals streiken angestellte Lehrkräfte für bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen

von Tom Erdmann

Rund 3.000 Beschäftigte zogen vor das Rote Rathaus

Alle paar Jahre streiken die Angestellten des öffentlichen Dienstes für höhere Löhne. Das ist geübte Praxis und ist mal mehr und mal weniger erfolgreich. In jedem Fall ist dieses Mittel im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen vor allem eines: Absolut notwendig. Ohne Streiks wurde noch keine auch noch so gerechte, plausible oder angemessene Forderung von Arbeitnehmer*innen durchgesetzt: Lohnerhöhung, EG13 für Grundschullehrkräfte oder höhere Bezahlung von Erzieher*innen. Zunehmend geraten die Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen. Sei es die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie im Osten, das Wahlmodell bei der Bahn oder jüngst der tariflich abgesicherte Personalschlüssel in den Berliner Krankenhäusern. Auch uns erreichen immer wieder Mitteilungen von Lehrkräften: »Ich arbeite mich kaputt. Meine Arbeit macht mich krank.«

Mit einem Tarifvertrag Gesundheitsschutz wollen wir das Verhältnis von Schüler*innen zu Lehrkräften tariflich regeln sowie mehr Stellen für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit schaffen. Kleinere Klassen verringern den Korrekturbedarf, bedeuten weniger Zeit für Vor- und Nachbereitung und können die Unterrichtsqualität verbessern. Kleine Lerngruppen verbessern die Lernatmosphäre und erlauben mehr Zeit für individuelles Lernen sowie Beziehungsarbeit. Das alles trägt zur Entlastung und Gesunderhaltung bei. Wir haben genau diese Erfahrungen während der Pandemie machen können. Im Juni 2021 haben wir Finanzsenator und Bildungssenatorin zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Der Senat hat Verhandlungen abgelehnt und so sind wir am 6. Oktober mit einem ersten Warnstreik an 28 ausgewählten Schulen in die Tarifauseinandersetzung gestartet.

Rauer Wind bläst uns ins Gesicht

Als auch der neue Senat uns kein Gesprächsangebot unterbreitete, sahen wir uns gezwungen, alle angestellten Lehrkräfte zu einem eintägigen Streik aufzurufen. Es sollte einer der ersten Tage der Prüfungsphase fürs Abitur sein, auch um den Schüler*innen noch möglichst viel Unterrichtszeit zu lassen. Was wurde hier für ein moralischer Druck aufgebaut? Schulleitungen und Senatsvertreter*innen warfen den Lehrkräften vor, das Abitur zu gefährden. »Wenn das Abitur gefährdet ist, dann nicht wegen eines Streiktages, sondern wegen der miesen Lernbedingungen in den 12 bis 13 Jahren auf dem Weg zum Abitur,« rief Anne Albers den streikenden Lehrkräften am 7. April vor dem Roten Rathaus zu. Albers leitet zusammen mit Udo Mertens den Vorstandsbereich Beamten- und Angestelltenpolitik in der GEW BERLIN. Und auch die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey sah keine Möglichkeit mit uns einen Tarifvertrag zu verhandeln – und schob zur Verteidigung sogar die Kinder vor, die aus der Ukraine nach Berlin geflüchtet sind. Um es klar zu sagen: Die dramatische weltpolitische Lage als Argument gegen unsere Forderung nach Entlastung zu nehmen ist zynisch!

Ein kraftvolles Signal

Auch der Lehrkräftemangel ist kein Argument gegen unser Tarifvorhaben. Uns geht es mit dem Tarifvertrag um einen Einstieg in Verbesserungen. Es geht darum, in die Zukunft zu wirken. Damit der Senat sich bekennt, mehr Schulen zu bauen und mehr Lehrkräfte auszubilden. Die Mangelsituation geht zulasten der Beschäftigten, die in immer größeren Klassen unterrichten müssen. Und zu Lasten der Schüler*innen, die in immer beengteren Verhältnissen lernen müssen.

Fast 3.000 Lehrkräfte ließen sich vom politischen und medialen Widerstand nicht beeindrucken und legten am 7. April die Arbeit nieder. Viele Gespräche und selbstgebastelte Schilder zeigten: Die Forderung nach kleineren Klassen hat bei den Beschäftigten einen Nerv getroffen. Es liegt nun am Senat, ob er mit uns Verhandlungen aufnimmt. Andernfalls sehen wir uns bald wieder auf der Straße! ■

Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Der Bruch des Koalitionsvertrags ist vorauszusehen

Auch nachdem der Senat die Verbeamtung beschlossen hat, sind fast alle Fragen offen

von Udo Mertens und Anne Albers

Am 23. März hat der Senat nun auch offiziell die Rückkehr zu Verbeamtung der Lehrkräfte beschlossen. Doch weiter bleiben nahezu alle wichtigen Fragen ungeklärt. Wie soll die Kompensation aussehen für die Kolleg*innen, die aus persönlichen oder laufbahnrechtlichen Gründen nicht verbeamtet werden können oder wollen? Wie soll die Altersgrenze angehoben werden? Wie sehen die gesetzlichen Lösungen aus, damit Funktionsstelleninhaber*innen nicht zurück ins Eingangsamt A13 müssen und dabei viel Geld verlieren? Welche Gruppen der Lehrkräfte werden einbezogen? Stand heute (Redaktionsschluss 11. April) gibt es keine Antworten auf unsere Fragen.

Wir haben die rot-grün-rote Koalition nachdrücklich und wiederholt aufgefordert, endlich den Weg aufzuzeigen, wie die Rückkehr zur Verbeamtung fair umgesetzt werden soll. Wir haben Gespräche angeboten, um gemeinsam einen Weg zu finden. Die Schaffung neuer Ungerechtigkeiten in den Berliner Schulen muss verhindert werden.

Nun hat der Senat verkündet, dass ab dem nächsten Schuljahr Neueinstellungen verbeamtet werden, während die Bestandslehrkräfte lediglich mit einem Schreiben vertröstet werden sollen, das ihnen die Verbeamtung in Aussicht stellt. Es soll lediglich geprüft werden, wie ein Nachteilsausgleich als Lösungsmodell entwickelt werden kann, das sich in den tarifrechtlichen Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder einfügt. Die GEW BERLIN fordert schon seit 2013 die statusbedingten Unterschiede im verfügbaren Einkommen durch Zulagen auszugleichen.

Es wird sich zeigen, ob alle drei Koalitionspartner sich an den Vertrag halten – oder ob er das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben steht. Dort ist fest vereinbart, dass alle Kolleg*innen, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, einen Nachteilsausgleich erhalten. Ein großer Teil der heute beschäftigten angestellten Lehrkräfte wird entweder die persönlichen oder die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, um verbeamtet zu werden. Dies betrifft tausende Berliner Lehrkräfte. Seit fast 20 Jahren halten die angestellten Lehrkräfte die Berliner Schule am Laufen. Sie dürfen jetzt nicht einfach fallen gelassen werden. Deswegen fordern wir ein Gesamtpaket aus Verbeamtung für die einen und Kompensation für die anderen. Bei der Koalition ist davon inzwischen keine Rede mehr.

Gesundheitsprüfung für alle ist ungerecht

Bei der Verbeamtung steht auch eine Gesundheitsprüfung an. Das ist nicht nur ein organisatorisches Nadelöhr, für das es mehr Ärzt*innen braucht als vorhanden sind. Es bleibt auch die Frage offen, welche Lösung es für die Kolleg*innen geben kann, die aufgrund ihrer bereits geleisteten Arbeitsjahre für die Berliner Schule nun gesundheitlich beeinträchtigt sind.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist die Verbeamtung außerdem nur bei gleichzeitiger Bildung eines Pensionsfonds verantwortbar, in dem jetzt schon Gelder für die späteren Pensionen angespart werden. Gibt es keinen Pensionsfonds, haben zukünftige Generationen die Pensionslasten allein zu tragen.

Wir machen uns auch für Quereinsteiger*innen, Lehrkräfte für Fachpraxis, Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung, Lehrkräfte für untere Klassen und Pädagogische Unterrichtshilfen stark. Auch ihnen muss der Weg in die Verbeamtung eröffnet werden, wenn es fair zugehen soll. Bisher fehlen hier Laufbahnen oder diese sind geschlossen. Genau wie bei Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen. Wo es keine Verbeamtung geben soll, brauchen wir zumindest Verbesserungen, zum Beispiel bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei der Unterstützung von Familien.

Wo wir können, weisen wir den Senat auf die Belange unserer Mitglieder hin, legen den Finger in die Wunde. Wir setzen uns für alle unsere Mitglieder ein, für Beamt*innen und Tarifbeschäftigte, für diejenigen, die verbeamtet werden wollen und alle anderen auch. Wir beraten bei der individuellen Entscheidung, ob eine Verbeamtung sinnvoll ist oder nicht. Auch Beamt*innen brauchen eine starke Gewerkschaft. Sollte die Verbeamtung nicht fair ablaufen, sollte sogar der Nachteilsausgleich wegfallen, dann wird die GEW BERLIN das nicht stillschweigend hinnehmen. ■

Welche Themen sind dir bei der Verbeamtung besonders wichtig? Beteilige dich an unserer Befragung www.gew-berlin.de/tarif-1/fairbeamtung

Anne Albers und Udo Mertens, Leitung des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik der GEW BERLIN

Da geht noch was

In einer repräsentativen Umfrage wurden die Mitglieder der GEW BERLIN zu ihrer Haltung gegenüber ihrer Gewerkschaft und den Möglichkeiten des Engagements befragt. Eine spannende Erkenntnis: Die GEW BERLIN macht es ihren Mitgliedern nicht leicht genug, aktiv zu werden

von Ryan Plocher

Die »Mitmachgewerkschaft« GEW lebt von ehrenamtlichem Engagement. Was hindert unsere Mitglieder daran, sich zu engagieren und wie können wir diese Hindernisse aus dem Weg räumen? Diese und andere Fragen stellte sich die vom Landesvorstand im Herbst 2020 einberufene ehrenamtliche AG »Teilhabe in der GEW BERLIN ermöglichen«, an der Mitglieder aus allen Organisationsbereichen der GEW BERLIN teilnahmen. Gemeinsam mit dem Vorstandsbereich Öffentlichkeitsarbeit entwickelte die AG eine Mitgliederbefragung, um Antworten zu bekommen. Zwischen November 2021 und Januar 2022 beteiligten sich 2.806 Personen an der repräsentativen Umfrage.

Inhalte der Befragung waren die bisherigen Erfahrungen mit der GEW BERLIN, inklusive möglicher Diskriminierungserfahrungen, die Art des individuellen Engagements, Möglichkeiten und Grenzen des Engagements sowie die Erfahrungen mit dem Seminarangebot der GEW BERLIN. Negative Erfahrungen mit der GEW BERLIN nannte erfreulicherweise nur ein sehr geringer Anteil der Befragten. Handlungsbeziehungsweise Verbesserungsbedarf sehen die Befragten vor allem darin, dass sie nicht wissen, wie sie selbst in der GEW aktiv werden können. Auch die Arbeit in den Gremien wird durchaus kritisiert: nicht immer werde die Sitzungszeit gut genutzt, um die wirklich relevanten Themen zielgerichtet zu besprechen.

Arbeitstreffen liegen ungünstig

Viele Mitglieder berichten von positiven Erfahrungen mit der Gewerkschaft. Besonders hervorgehoben wird, dass die GEW BERLIN relevante Themen aufgreift, eine ausgeprägte Willkommenskultur hat und einen diskriminierungsfreien Raum bietet. Deutlicher Handlungsbedarf zeigt sich bei der Aussage, dass Arbeitstreffen so liegen, dass die jeweilige Person gut teilnehmen kann – hier überwiegt die Ablehnung.

Nur wenige Gewerkschaftsmitglieder berichten von Diskriminierungserfahrungen: Je nach Frage sind es zwischen null und drei Prozent. Am ehesten wird von Diskriminierungen aufgrund der Schicht beziehungsweise des Einkommens, aufgrund des Alters oder von Sexismus berichtet. Zum Alter lässt sich sagen: sowohl jüngere Mitglieder fühlen sich von älteren diskriminiert als auch genau umgekehrt. Mehr als die Hälfte der Befragten geben an, dass sie mit den angegebenen Diskriminierungsformen in der GEW BERLIN bisher keine Erfahrungen gemacht haben. Bei den offenen Antwortmöglichkeiten auf die Diskriminierungsfrage wurden unter anderem der fehlende Fahrstuhl im GEW-Haus und eine Neigung zu akademischer Sprache genannt. Einige Mitglieder fühlen sich diskriminiert, weil Lehrkräfte und Lehrkräftethemen die GEW dominierten.

»Viele Mitglieder berichten von positiven Erfahrungen mit der Gewerkschaft.«

Insgesamt engagieren sich etwa zwei Drittel der Befragten in der GEW BERLIN – wobei Engagement in diesem Zusammenhang sehr breit definiert wurde. Mehr als die Hälfte der Befragten nimmt an Demonstrationen, Streiks oder anderen Aktionen teil. Knapp ein Fünftel engagiert sich durch die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen, Fachtagungen oder Seminaren. Sehr viel weniger Befragte sind Mitglied einer Beschäftigtenvertretung, eines Gremiums oder Vertrauensperson im eigenen Betrieb.

Viele sind an mehr Engagement interessiert

Besonders spannend: Die Hälfte der Befragten hat grundsätzlich Interesse an mehr Engagement in der GEW BERLIN. In anderen Worten: mindestens 1.400 Kolleg*innen können für mehr Engagement gewonnen werden! Gehen wir von der Repräsentativität der Befragung aus, sind es noch weit mehr.

Die Kolleg*innen, die sich nicht engagieren wollen, wurden nach ihren Gründen gefragt. Drei Viertel derjenigen, die sich nicht mehr engagieren wollen, nennen vor allem zeitliche Gründe: Sie haben zu wenig Zeit wegen familiärer Anforderungen, weil die Veranstaltungen der GEW BERLIN nicht kompatibel mit den eigenen Arbeitszeiten sind oder aus anderen Gründen. Mehr als ein Viertel gibt an, mit ihrem jetzigen Engagement zufrieden zu sein und sich deshalb nicht für noch mehr Engagement zu interessieren. 15 Prozent spricht Gremienarbeit grundsätzlich nicht an. Nur fünf Prozent derjenigen, die sich nicht engagieren wollen, tun dies aus negativen Erfahrungen mit der GEW.

Mehr Infos über Möglichkeiten der Beteiligung

Mögliche Anreize zu mehr Engagement sehen ungefähr die Hälfte aller Befragten darin, mehr Informationen über Möglichkeiten der Beteiligung zu erhalten oder dass mehr Veranstaltungen oder Aktionen im eigenen Betrieb stattfinden. Wenn nur diejenigen betrachtet werden, die sich mehr engagieren wollen, erhöht sich der Wunsch nach mehr Informationen

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

»Die Arbeit in den Gremien ist nicht immer zielgerichtet und effizient.«

über Möglichkeiten der Beteiligung auf 75 Prozent und der Wunsch nach mehr Aktionen im Betrieb auf 62 Prozent. Eine direkte Ansprache vor Ort oder mehr informelle Angebote werden von etwa zwei Fünftel aller Befragten als Anreize zu mehr Engagement gesehen.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten kennt das Seminarangebot der GEW BERLIN, wobei 44 Prozent der Befragten das Seminarangebot als relevant einstufen. Die Zustimmung zum Seminarprogramm ist unter denjenigen, die es kennen, allerdings deutlich höher. Etwa die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr digitale Seminarangebote – auch nach der Pandemie. Das Angebot ist überdurchschnittlich bei langjährigen Mitgliedern bekannt.

Die Bereitschaft zur Weiterempfehlung der GEW-Mitgliedschaft ist ein Indikator für die Verbundenheit mit der GEW BERLIN. Die Befragten gaben mit Werten zwischen 10 (höchst wahrscheinlich) und null (absolut unwahrscheinlich) an, wie wahrscheinlich es ist, dass sie die GEW weiterempfehlen. 39,6 Prozent gaben mit Werten von neun oder zehn an und gelten als »Promotor*innen.« 26,4 Prozent gaben Werte zwischen eins und sechs an und gelten als »Kritiker*innen«.

Die Teilnahme an Demonstrationen ist eine von vielen Möglichkeiten, sich in der GEW BERLIN zu engagieren

ZEICHNUNG: GEW

Es gibt Verbesserungspotenzial

Die Studie zeigt Ansatzpunkte für Verbesserungen und die große Ressource, dass 50 Prozent der Befragten sich noch mehr Engagement vorstellen könnten. Möglichkeiten des Engagements müssen geschaffen, besser bekannt gemacht werden und zeitlich ermöglicht werden. Leider ist das bestehende Angebot der Website »Aktiv werden!« auch weitgehend unbekannt. Hierüber können an Engagement Interessierte ihre Interessen angeben und bekommen danach ein passgenaues Angebot an GEW-Gruppen, sowie eine Ansprechperson im GEW-Haus bei weiteren Fragen. Aus der Befragung ging außerdem der Wunsch nach Möglichkeiten des Aktivwerdens vor Ort in den Betrieben hervor. Hierzu bietet die GEW zwar Schulungen an, aber diese sind auf Schule ausgerichtet und eventuell noch zu wenig bekannt.

Darüber hinaus ist die terminliche Lage von Arbeitstreffen ein Kritikpunkt, der deutlich angesprochen wurde. Andere Landesverbände tagen häufiger am Wochenende als die GEW BERLIN, die eine deutliche Vorliebe für Treffen abends unter der Woche hat. Eventuell seien hier auch kürzere Sitzungen, Sitzungen deutlich nach dem Ende des Arbeitstages für Nichtlehrkräfte (also nicht vor 18.30 Uhr) und mehr Werbung für die Übernahme der Kinderbetreuungskosten eine Lösung. Digitale Konferenzen haben sich auch als familienfreundlicher erwiesen. Leider ist das Angebot der GEW BERLIN, Kinderbetreuungskosten zu übernehmen bei Zweidrittel der Befragten mit Kinderbetreuungsaufgaben unbekannt. Es empfiehlt sich also, bei Einladungen immer auf dieses Angebot hinzuweisen. Auch dass nur knapp über die Hälfte der Befragten das Seminarangebot kennen, zeigt "einfaches" Verbesserungspotenzial.

Die GEW BERLIN ist grundsätzlich offen für konstruktive Verbesserungsvorschläge, damit die Kultur des Ehrenamts weiter und breiter gelebt werden kann. In einer Zukunftswerkstatt haben wir uns mit Maßnahmen befasst, wie die GEW BERLIN zur echten Mitmachgewerkschaft werden kann. Hierüber werden wir in der nächsten *bbz* informieren. ■

Du willst dich in der GEW engagieren?
www.gew-berlin.de/aktiv-werden

Ryan Plocher,
Leiter des Vorstandsbereiches Öffentlichkeitsarbeit

Herzlichen Glückwunsch!

Der ehemalige Vorsitzende der GEW BERLIN, Erhard Laube, ist 75 Jahre alt geworden

von Tom Erdmann

Von 1989 bis 1999 leitete Erhard Laube als Landesvorsitzender die Geschicke der GEW BERLIN. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit begann der größte Kitastreik, den die Stadt bis dahin gesehen hatte. Statt um mehr Gehalt ging es um strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen. Auch wenn in der Wendezeit der Wind den GEW-Kolleg*innen eisig ins Gesicht blies und der Streik Anfang 1990 ohne substanzielles Ergebnis beendet werden musste, machte die GEW BERLIN sich nachhaltig einen Namen als Tarifgewerkschaft und sie streifte den Begriff »Lehrergewerkschaft« ab.

Unter Erhard traten viele Mitglieder der DDR-Gewerkschaften »Gewerkschaft Unterricht und Erziehung« sowie »Gewerkschaft Wissenschaft« der GEW BERLIN bei. Diese setzte sich für die besonderen Belange der ehemaligen Ost-Lehrkräfte, -Erzieher*innen und Wissenschaftler*innen ein, insbesondere für deren Kampf gegen die unsichere Beschäftigungssituation. Die GEW BERLIN leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Wiedervereinigung der Stadt.

Nach zehn Jahren entschied sich Erhard, mit 52 Jahren als Lehrer an seine alte Schule, die Spreewald-Grundschule, zurückzukehren. Später wurde er ihr Schulleiter und Mitbegründer der »Vereinigung Berliner Schulleiter*innen in der GEW« (VBS). 2008 fragte der damalige Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD), ob Erhard nicht die wichtige Grundsatzabteilung in der Bildungsverwaltung leiten wolle. Eine Herausforderung, die er nach kurzem Zögern annahm.

Seit seinem Ruhestand 2012 beschäftigt sich Erhard nur noch ausnahmsweise mit Bildungspolitik und seiner Gewerkschaft. Stattdessen widmet er sich seinem Hobby, der Naturfotografie. Einige seiner Fotografien sind bis Mitte Mai in den Seminarräumen der GEW BERLIN zu bestaunen. Oder unter *www.erhardlaube.de*.

Herzlichen Glückwunsch zum 75. Geburtstag, lieber Erhard!

Auch Schulleiter*innen haben eine Stimme in der GEW

Die Mitgliederversammlung der Schulleiter*innen-Vereinigung ist am 15. Juni

Von Tom Erdmann

Schulleitungen sollen in der GEW eine politische Heimat haben. Und die GEW bekennt sich klar dazu, auch Mitglieder in Leitungsfunktionen zu organisieren. Die Tätigkeit von Schulleitungen unterscheidet sich stark von der von Lehrkräften. Die hohe zeitliche Belastung und auch mitunter Interessenskonflikte ermöglicht es vielen Schulleitungen nicht, sich in den üblichen Gremien der GEW zu engagieren. Die Vereinigung der Berliner Schulleitungen in der GEW BERLIN (VBS) soll die Interessen des Berufsstands Schulleitung offensiv nach außen vertreten. Die VBS wird als Schulleitungsvertretung von der Bildungsverwaltung regelmäßig gehört und ernst genommen. Die Neuwahl der Vorsitzenden sowie der Mitglieder des Vorstands findet am Mittwoch, 15. Juni 2022 ab 18 Uhr im Haus der GEW BERLIN statt (Ahornstraße 5, 10787 Berlin). Wir freuen uns, wenn Ihr kommt!

Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN

FOTOS: CHRISTINA BAUERMEISTER

50 Jahre Berufsverbote
Ausstellungseröffnung
6. Mai 2022, 18 - 20 Uhr
im GEW-Haus

Anmeldung:
ag.berufsverbote@gew-berlin.de

Unhaltbare Vorwürfe

Die AG Berufsverbote der GEW BERLIN stellt die Verhöre zur freiheitlich demokratischen Grundordnung von vor 50 Jahren nach. Am 6. Mai eröffnet die AG ihre Jubiläumsausstellung

von Eva-Maria Besler

Welche Herausforderung! Wir AG Berufsverbote der GEW BERLIN erhalten das Angebot, im Brecht Literaturhaus Mitte Februar eine Veranstaltung zum Thema 50 Jahre Berufsverbote zu gestalten. Dies im Rahmen einer zweitägigen Konferenz, die mit hochkarätigen Expert*innen zu dem Thema besetzt ist.

Nach Fertigstellung unserer Ausstellung zu den Berufsverboten in West-Berlin haben wir genügend interessantes Material zur Verfügung. Wir entscheiden uns für eine szenische Lesung mit »Verhörprotokollen«, eine Powerpoint-Präsentation, angelehnt an unsere Ausstellung und das Portrait von Rainer Rowald, ehemaliger Kollege an der Fritz-Karsen-Schule, zehn Jahre vom Berufsverbot bedroht, im Gespräch mit Schüler*innen seiner ehemaligen Schule.

Bei der Sichtung des vielfältigen Materials, Dokumentationen, Broschüren zu Fällen, Protestresolutionen haben wir Gedächtnisprotokolle von verhörten Bewerber*innen entdeckt, die uns das Groteske und die Rechtlosigkeit präsent machten, denen Bewerber*innen damals ausgesetzt waren: kein juristischer oder personalrätlicher Beistand, keine Einsicht in die Unterlagen, aus denen die Verhörer schöpften, Verfassungsschutzquellen, teilweise gefälschte, unhaltbare Vorwürfe und Aussagen. Es war wohl für die Verhörten eine Möglichkeit, sich gegen diese Behandlung zu wehren: Sie verfassten Gedächtnisprotokolle, die das Skandalöse dieser Verhöre öffentlich machten.

Mit dem Rückblick auf diese Zeit haben wir das vorhandene Material bearbeitet und vier Verhöre mit unterschiedlichen Schwerpunkten zusammengestellt. Wichtig ist uns dabei, die Erinnerung an die damalige Situation erlebbar zu machen. Eine Schwierigkeit bestand darin, Darsteller*innen für die Rollen zu finden. Sie sollen die für heutige Zuhörende unglaubliche Arroganz und Ignoranz der Verhörenden, meist Schulräte oder Rechtsamtsleiter, glaubwürdig zeigen. Für die Rolle der Staatsvertreter*innen fanden wir in unseren Kreisen ausreichend Kandidat*innen, die diese Zeiten und den Umgang mit Untergebenen miterlebt haben und gerne bereit waren, diese Position wahrhaftig darzustellen. Schwieriger war es, junge Menschen für die Rollen zu finden, was uns schließlich aber gelang.

Mit der vierten szenischen Lesung der Protokolle, nach Auftritten in der GEW, der FU und der TU, haben wir im Brecht Literaturhaus erfolgreich dazu beigetragen, die vergessene Geschichte ins Bewusstsein der heutigen Generation zu rufen. Unsere jungen Darsteller*innen waren überrascht und beeindruckt von den Vorgängen, mit denen sie zum ersten Mal konfrontiert wurden. In der Schule, im Unterricht hatten sie nie davon gehört.

Bis zum Tag der Konferenz waren wir unsicher, ob wir überhaupt live auftreten könnten. Die digitale Übertragung war vorgesehen und wurde technisch hervorragend realisiert. Wir hatten 100 Teilnehmer*innen im Netz, zusätzlich zu den Besucher*innen vor Ort.

Am Freitag, den 6. Mai werden wir im GEW Haus endlich unsere Ausstellung eröffnen können mit einem Begleitprogramm, zu dem auch die szenischen Lesungen gehören. Aus Corona-Gründen war das bisher nicht möglich. Wir hoffen, dass es diesmal klappt und laden euch herzlich dazu ein.

Die gesamte Konferenz ist in der Mediathek des Literaturforums im Brecht Haus digital zu verfolgen: www.lfbrecht.de / livestream vom 18.2.22 suchen!

Mitglieder der AG Berufsverbote

Eva-Maria Besler
für die AG Berufsverbote
der GEW BERLIN

FOTO: PRIVAT

Nachruf Klaus Mennicke

Am 13. Februar 2022 ist unser Kollege und ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Landesrechtsschutzstelle Klaus Mennicke, kurz nach Vollendung seines 90. Lebensjahres, gestorben

von Thomas Thieme, Detlef Mücke, Gabriele Kutt, Ellen Richert und Heike Engelmann

Klaus war von 1990 bis 2007 Mitarbeiter in der Landesrechtsschutzstelle der GEW im DGB, Landesverband Berlin. Unmittelbar nach der Öffnung der Mauer im November 1989 und dann ab 1990 begannen wir in Ost-Berlin in den Räumen der Gewerkschaft Wissenschaft, Unter den Linden, (heute residiert dort die Berliner Bank) mit der Rechtsberatung der Kolleg*innen, von denen viele bald Mitglied der GEW wurden. Hier trafen wir auf Klaus, mit dem wir produktiv zusammenarbeiten konnten

In seinem vorangegangenen Berufsleben war Klaus als hauptamtlicher Jurist in der DDR-Gewerkschaft Wissenschaft tätig. Er hatte in den fünfziger Jahren noch nach »altem« bürgerlichen Recht Rechtswissenschaft an der Humboldt – Universität studiert und musste zweimal den großen Umbruch (die »Wende«) miterleben. Zuerst den Aufbau eines neu zu ordnenden Rechts- und Gesellschaftssystems nach dem Zweiten Weltkrieg, das während der Jahre der deutschen Teilung auf dem Gebiet der DDR an sozialistischen Grundsätzen ausgerichtet war. Dies wirkte sich auf das Rechtssystem aus. Danach folgte die Auflösung der DDR, also das Ende dieses Gesellschaftssystems sowie die Übernahme der in der BRD geltenden Regelungen und Gesetze nach den im Einigungsvertrag niedergelegten Anspruchsgrundlagen und Regelungen.

Mit der Auflösung der DDR in den 90-ziger Jahren kamen neue Rechtssysteme und Probleme hinzu, bei denen Klaus uns ehren- und auch hauptamtlichen »West«-Juristinnen hilfreich zur Seite stand. Wir erinnern an die vielen streitigen Neuregelungen nach dem Einigungsvertrag, an die vielen Klagen und Massenkündigungen nach dem Einigungsvertrag wegen (angeblich) fehlender Eignung, an den Streit um die Anerkennung der Ausbildungen, der Lehrer*innenlaufbahnen nach DDR-Recht, was beispielsweise für die Eingruppierung von Bedeutung war, oder wenn es um den Erhalt im Zusammenhang mit der Anerkennung der erworbenen Rentenanwartschaften nach DDR-Recht ging.

Klaus Mennicke wuchs in einer durch Krieg, Nachkriegsnot und durch die deutsche Teilung gekennzeichneten Zeit auf. Klaus ist in West-Berlin geboren und verbrachte einen Teil seiner Jugend und Kindheit in der Ebersstraße in Schöneberg. Er ging freiwillig in die DDR und hat sich in Abgrenzung zu seinem Vater, einem strammen Nationalsozialisten, als Sozialist verstanden, getragen von der festen Überzeugung, dass der Nationalsozialismus vernichtet werden muss. Klaus vertrat die Ansicht, dass er sich – nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen persönlichen Erfahrungen – für eine bessere solidarische Gesellschaft engagieren muss. Das hat er im Rahmen seines beruflichen und privaten Umfeldes und in guter Zusammenarbeit mit uns getan. Dieses Engagement hat er, nachdem er zum »Frührentner« gemacht geworden war, fortgesetzt, die Kolleg*innen aus der ehemaligen DDR, die in seinen Sprechstunden waren, dankten es ihm.

Klaus blieb auch nach seinem Abschied von der Landesrechtsschutzstelle unser Kollege und Freund. Politisch interessiert, der Geschichte, Literatur und Philosophie zugewandt und mit seiner – mit unserer! – GEW verbunden! Wir werden ihm ein »nachhaltiges« Angedenken bewahren.

»Klaus vertrat die Ansicht, dass er sich für eine solidarische Gesellschaft engagieren muss.«

Klaus Mennicke (2. v. r.) mit seinen Kolleg*innen aus der Landesrechtsschutzstelle FOTO: PRIVAT

Die Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit (KiJuSo)

Wann und wo trefft ihr euch?
Wir treffen uns immer am zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr. Gerade nur online. Perspektivisch wollen wir wieder hybride Veranstaltungen machen. Wir haben allerdings gemerkt, dass einige Mitglieder nur online teilnehmen können, weil sie kleine Kinder haben. Auch die Arbeitszeiten sind bei uns so unterschiedlich, dass sich Online-Treffen eignen. Wir wollen aber gerne noch ein Sommerfest machen und sehen auch, dass es gut ist, sich auch persönlich zu sehen. Hier sind die Termine für 2022: 11.5., 8.6., 13.7., 10.8., 14.9., 12.10., 9.11., 14.12.

Was bewegt euch zur Zeit?
Dauerthemen bei uns sind die Löhne und Tarifverträge in der Sozialen Arbeit, insbesondere zur Zeit die Corona-Sonderzahlung, die im TV-L ausgezahlt wird. Viele Träger ohne Tarifvertrag sträuben sich dagegen, weil sie die Gegenfinanzierung durch den Senat für zu unsicher halten. Insgesamt beschäftigt uns die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft. Viele unserer Adressat*innen und Klient*innen gehören zu der gesellschaftlichen Gruppe, die sowieso schon finanziell schlechter gestellt ist. Daher ist die Sorge groß, dass der neue Haushalt Kürzungen für den Sozialen Bereich beinhaltet. Weiterhin nehmen durch neue Gesetze die Zusatzaufgaben, wie zum Beispiel die neu geforderten Wirkungsevaluationen, in den Jugendämtern zu. Dadurch werden die Personalzuwächse im öffentlichen Dienst verschluckt, obwohl wir dort massiv mehr Beschäftigte bräuchten, um zum Beispiel einen guten Kinderschutz zu gewährleisten. Die Jugendämter sind sowieso zur Zeit sehr belastet, da die Kinderschutzmeldungen aus den Schulen gestiegen sind.

Was wünscht ihr euch von eurer GEW?
Die Kolleg*innen wünschen sich mehr Beachtung in der GEW. Das heißt für viele Kolleg*innen auch, dass sich die GEW intensiver für Tarifverträge bei den freien Trägern einsetzt. Oft ärgern sich Kolleg*innen bei Presseerklärungen, dass der Bereich KiJuSo überhaupt nicht vorkommt. Wir wünschen uns die GEW als ein Netzwerk, in dem sich die verschiedenen Berufsgruppen austauschen und wir uns damit gegenseitig stärken.

Was gefällt euch in der Gruppe?
Die Leute, die schon aktiv sind, freuen sich über den Informationsaustausch. Wir merken, wir sind nicht allein mit den Problemen. Oft ist man sehr vereinzelt im Betrieb.

Warum sollten andere mitmachen?
Jede*r kann bei uns mitmachen, und so viel wie Mensch Kapazitäten hat. Wir versuchen unsere Arbeit so offen wie möglich zu gestalten. Wir sind noch recht neu, was den Gestaltungsspielraum für unsere Gruppe sehr offen lässt. Wenn Mensch sich für Tarifverträge, Mitbestimmung im Betrieb und Professionalisierung der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit interessiert, sind wir die richtigen Ansprechpartner*innen in der GEW. Wenn ihr mehr Repräsentanz in der GEW wollt, sind wir auch die richtige Adresse. Wir müssen uns innerhalb der GEW organisieren, um die Wertschätzung in der GEW zu bekommen. Zu guter Letzt wollen wir unsere Kolleg*innen bei Arbeitskämpfen unterstützen. Dafür wollen wir eine AG gründen, die sich auf Aktionen konzentriert. Wer mehr Lust darauf hat, sollte auch zu uns kommen.

Was ist euer Ziel für die nächsten Monate?
Im nächsten Monat beschäftigen wir uns mit dem Thema Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit. Die Rolle unserer Berufe bei der Unterstützung der ankommenden Ukrainer*innen wird auch ein wichtiges Thema. Tarifverträge, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen beschäftigen uns immer. Das bleibt ein Dauerthema.

Welche Schlagzeile würdet ihr in fünf Jahren gern in der bbz lesen?
Dass sich die Armutsquote gesenkt hat und wir als GEW dafür gekämpft haben. Auch, dass es einen Branchentarifvertrag bei den freien Trägern der Sozialen Arbeit gibt, und jetzt auch der TV-L mit all seinen anderen Konditionen gilt. Und wir wünschen uns, dass die GEW in fünf Jahren sich selbstverständlich auch als Gewerkschaft für die anderen Berufsgruppen, wie zum Beispiel die Berufe der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit sieht und das auch nach außen trägt.

Kontakt: Fg.sozialwesen@gew-berlin.de

FOTOS: PRIVAT; VIERTES FOTO: ANDREA VIDOVIC

Krieg in der Ukraine

Noch im Dezember 2021 waren Lehrkräfte aus der Ukraine im Rahmen eines Austauschprogramms des Städtepartnerschaftsvereins Steglitz-Zehlendorf in Berlin zu Gast. Unsere Autorin ist mit den Kolleg*innen in Kontakt geblieben. Sie gibt einen Einblick über das Leben und Lehren im Krieg

Fenstersplitter nach dem Angriff auf eine Schule in Kramatorsk.

von Olga Pischel

Seit Kriegsbeginn durch die russische Invasion in die Ukraine hat sich die Tätigkeit der Lehrer*innen vollkommen verändert. Über soziale Netzwerke versuchen wir weiterhin, den Kontakt mit ihnen zu halten und nach Möglichkeit zu unterstützen. Während der ersten zwei Kriegswochen hat die ukrainische Regierung außerplanmäßige Ferien für die ukrainischen Schulen angeordnet. Während dieser Zeit wurden nach Lehrer*innenangaben einige Schüler*innen in verschiedenen Städten an sicherere Orte evakuiert, andere sind jedoch mit ihren Eltern zu Hause geblieben. Die Kolleg*innen haben während dieser Zeit den regelmäßigen Kontakt zu ihren Schüler*innen über die sozialen Medien aufrechterhalten.

Die Schule wird zum Luftschutzkeller

Ab dem 14. März wurde der Unterricht an den Orten, wo keine aktiven Kriegshandlungen stattfinden, im Online-Format wieder aufgenommen. Einige Lehrer*innen und Schüler*innen aus der Ostukraine waren gezwungen, ihre Wohnorte zu verlassen und in die West-, Zentralukraine oder ins Ausland zu gehen. Eine Lehrerin* am Pädagogischen Lyzeum Nr. 4 in Charkiw musste aus der Stadt fliehen. Sie bestätigt, dass Charkiw jeden Tag den Raketen- und Bombenangriffen ausgesetzt ist. Es trifft Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser. Die meisten ihrer Schüler*innen und Kolleg*innen verließen ihre Heimatstadt. Ihre Schule ist zu einem Luftschutzkeller für mehrere Familien geworden.

Tarnnetze weben statt lehren

Viele Lehrer*innen und Schüler*innen helfen den Verteidigern des Landes: in der Region Poltawa treffen sie sich in ihrer Schule, um Tarnnetze zu weben; in Lemberg bereiten sie Snacks für die Soldaten zu; einige schreiben Beiträge in den sozialen Netzwerken.

In einer Schule in Mykolajiw wurden Tarnnetze gewebt.

Aber nicht überall war es möglich, ab dem 14. März das Unterrichten in digitaler Form aufzunehmen: ein Lehrer* aus Toretzk berichtet, dass es tageweise kein Licht gab und die Wasser- und Gasversorgung öfter unterbrochen wurde. Da die Schule sich nah an der Grenze befindet, ist sie zu einem unsicheren Ort geworden.

Die Situation bleibt instabil

Die Situation in der südlichen Region der Ukraine bleibt instabil. Es gab mehrere Versuche des russischen Militärs, Städte wie Kachowka, Cherson und Odessa zu besetzen. Laut einer Lehrerin* aus der Schule Nr. 13 in Odessa, ist im Schulgebäude ein Evakuierungszentrum eingerichtet worden, wobei sich zur Zeit noch keine Evakuierten dort befinden. Das Lehrer*innenpersonal hat in den letzten Tagen mitgeholfen, im Schulkeller einen Lagerraum einzurichten, wo warme Kleidung, erste Hilfe und wichtige Gegenstände zur Selbstverteidigung weiter gesammelt werden.

Inzwischen gibt es noch kaum »sichere« Orte in der Ukraine, auch in westlichen Regionen wird zunehmend bombardiert. Viele Schulen, Kindergärten wurden durch die Luftangriffe getroffen, ein regulärer Schulbetrieb ist momentan nicht möglich.

** Die Namen der Kolleg*innen sind der Redaktion bekannt.*

*Über den Städtepartnerschaftsvereins Steglitz-Zehlendorf könnt ihr die Kolleg*innen in der Ukraine unterstützen: www.bsz-spv.de*

Olga Pischel, Vorstandsmitglied im Städtepartnerschaftsverein Steglitz-Zehlendorf

FOTOS: PRIVAT

FOTO: IMAGO IMAGES/CHRISTIAN DITSCH

Geflüchtete Schüler*innen aus der Ukraine

Aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche kommen zunehmend in deutschen Schulen an

von Irina Mützelburg

Aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche kommen zunehmend in deutschen Schulen an. Von den in den letzten vier Wochen (Stand Anfang April) ungefähr 300.000 vor dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland Geflohenen sind geschätzt knapp die Hälfte minderjährig. Nicht alle aus der Ukraine Geflüchteten sind ukrainische Staatsbürger*innen. Einige Gruppen, zum Beispiel Personen mit offiziellem Flüchtlingsstatus aus der Ukraine, haben den gleichen Zugang zum temporären Schutzstatus wie ukrainische Staatsbürger*innen. Andere Gruppen haben wiederum deutlich größere Schwierigkeiten, einen legalen Status und staatliche Unterstützung in Deutschland zu bekommen, unter anderem weil der deutsche Staat von ihnen verlangt zu beweisen, dass sie nicht in Sicherheit in den Staat ihrer Staatsbürgerschaft auswandern können. Viele Menschen ohne ukrainischen Pass haben während und nach der Flucht Diskriminierung erfahren.

»Die Geflüchteten sind voller Unsicherheit, unter welchen Bedingungen sie hier leben werden.«

Unabhängig von ihrem legalen Status und ihrem Pass haben Kinder, die aus der Ukraine geflüchtet sind, ihren gewohnten Wohn- und Rückzugsort überstürzt verlassen müssen. Sie haben Verwandte und Freund*innen zurückgelassen, insbesondere Väter und andere männliche Verwandte zwischen 18 und 60 Jahren, um deren Sicherheit sie sich sorgen. Viele der Kinder haben den Krieg direkt miterlebt. Die meisten haben Zerstörung und Kriegsgeräusche wahrgenommen, manche auch Tod und Verletzung gesehen. Viele haben sich in Kellern, Fluren und Metrostationen versteckt und die Angst der Erwachsenen gespürt. Nach der oft Tage andauernden Flucht in überfüllten Bussen, Zügen und Notunterkünften sind viele Familien auch jetzt nicht völlig angekommen. Sie wohnen in vorübergehenden Unterkünften; manche sind noch nicht sicher, an welchem Ort in Deutschland oder der EU sie mittelfristig oder selbst kurzfristig bleiben werden. Viele planen, nach Kriegsende so schnell wie möglich an den Heimatort zurückzukehren, aber wann der Krieg endet und wie ihr Heimatort dann aussehen wird, ist unklar. Andere stellen sich eine längerfristige Zukunft für sich oder ihre Kinder in Deutschland vor, sind jedoch voller Unsicherheit, unter welchen Bedingungen sie hier leben werden. Es ist gut, wenn sich Pädagog*innen dies bewusstmachen und die Anforderungen an die neuen Schüler*innen anpassen.

»Für eine frühe Einbindung in den Klassenverband bieten zum Beispiel die Fremdsprachen eine gute Möglichkeit.«

Folglich sind auch die Wünsche und Pläne bezüglich der Schulbildung verschieden und oft von Unsicherheit geprägt. Für manche Familien ist eine Aufrechterhaltung des ukrainischen Lehrplans wünschenswert, um möglichst problemlos einen ukrainischen Schulabschluss zu erreichen. Da viele ukrainische Schulen seit dem 14. März 2022 den Unterricht wieder aufgenommen haben, wird ein Teil der Schüler*innen weiterhin online beschult. Für andere Familien erscheint der Besuch von deutschen Schulen und das Erlernen der deutschen Sprache wichtiger. Insofern sollten Bildungsangebote entwickelt werden, die die Familien nicht vor die Entscheidung für eine Option stellen, sondern auf die verschiedenen Bedürfnisse eingehen und diese verbinden.

Für eine frühe Einbindung in den Klassenverband bieten zum Beispiel die Fremdsprachen eine gute Möglichkeit. Schüler*innen aus der Ukraine sind in der Regel zusätzlich zu dem kyrillischen mit dem lateinischen Alphabet vertraut. Ukrainische Schulen beginnen den Unterricht der ersten Fremdsprache (zu über 90 Prozent Englisch) zwischen der ersten und dritten Klasse. An vielen städtischen Schulen wird ab der 5. Klasse eine zweite Fremdsprache unterrichtet, vor allem Deutsch, Französisch oder Spanisch. Hier oder auch in Sport und Kunst lassen sich sicher schnell Brücken bauen. ■

Irina Mützelburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS)

Es geht nicht nur um Sprache

Die Debatte ums Gendern polarisiert immer wieder. Unsere Autorin erklärt, warum ein Blick nur auf die Grammatik zu kurz greift und appelliert insbesondere an Padägog*innen, sich mit gendersensibler Sprache auseinanderzusetzen

von Anna-Fee Schuller

Es gibt Themen, die oft so emotional diskutiert werden, dass ein sachlicher und konstruktiver Austausch kaum möglich ist. Es geht um bedrohte Weltbilder, Machthierarchien, Kontrollverlust, Unsicherheit, richtig und falsch, Angst und Schuld. Genderneutrale Sprache ist so ein Thema. Als Lehrerin an einem allgemeinbildenden Gymnasium bin ich Bemerkungen von (meist männlichen) Kollegen begegnet, die nicht viel hoffen lassen für die vom Bildungsplan geforderte »Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt«. Gendern führe zu Sprachverfall, sei eine Vergewaltigung der deutschen Sprache und aus sprachwissenschaftlicher Perspektive absolut nicht vertretbar. Wörter wie zum Beispiel »Lehrerinnenschaft« seien keine deutschen Wörter, »Auto« oder »Zahnbürste« könne man doch auch nicht gendern und überhaupt kann doch nur gelten, was der Duden sagt. Solche Absolutheiten machen es schwierig, auf einer sachlichen Ebene Gegenargumente anzubringen.

Ein Versuch: Ein Großteil der Sprachwissenschaftler*innen ist sich einig, dass Sprache Wirklichkeit schafft. Genauer: Sprache hat einen Einfluss darauf, was wir uns vorstellen können und was wir für normal halten. Im Umkehrschluss zeigen sich in Sprache die Machtverhältnisse unserer Gesellschaft dergestalt, dass leider lange Zeit und auch aktuell noch Frauen sowie insbesondere geschlechtlich nicht-binäre Menschen sprachlich diskriminiert werden. Gendern versucht, dem entgegenzuwirken und es ist wichtig zu verstehen, dass es bei gendergerechtem Sprachgebrauch nicht nur um Mann und Frau geht, sondern um alle Menschen auf dem Geschlechtsspektrum (nicht-binär, genderqueer, divers). Um diese marginalisierten Personengruppen einzuschließen, ist es essenziell, ihnen sprachliche Repräsentation zuzusprechen, was einerseits durch einen Doppelpunkt (auch Sternchen oder Unterstrich), andererseits durch eine kleine gesprochene Pause manifestiert werden kann. Genderneutrale Sprache, also über Dekonstruktion und eine absichtliche Irritation des Lese- und Sprechflusses, die die Wahrnehmung verändert und so die Vorstellung einer binären Geschlechterwelt aufhebt und durch die Idee diverser Geschlechtsidentitäten ersetzt.

»Hinter Wörtern stehen Menschen, die sich durch einen Sprachgebrauch, in dem sie nicht mitgemeint sind, verletzt fühlen.«

Duden positioniert sich pro Gendern

Natürlich ist es so, dass man nicht alles gendern kann. Schon alleine aus Gründen der Morphologie geht es bei Wörtern wie »Auto« oder »Zahnbürste« nicht. Gendergegner*innen betonen zudem gerne, dass es in der deutschen Sprache generell kein natürliches Geschlecht, sondern ein grammatisches Geschlecht gibt. Gendern sei also überflüssig, denn es bestehe keinerlei Zusammenhang zwischen biologischem Geschlecht und sprachlicher Form. Dies ist nicht richtig, da das Genus bei ganz vielen Personen- und Berufsbezeichnungen eben doch das tatsächliche Geschlecht repräsentiert. Man muss hier also klar differenzieren. Es ist doch gerade der Kern des Problems, dass hinter diesen Wörtern, im Gegensatz zu vielen anderen Wörtern, fühlende Menschen stehen, die sich durch einen Sprachgebrauch, in dem sie nicht mitgemeint sind, verletzt fühlen. Man kann der Praxis des Genderns vieles entgegensetzen, aber eine ausschließlich auf grammatische Logik basierende Argumentation gehört nicht dazu.

Das Wort »Lehrerinnenschaft« ist übrigens durchaus in der neuen Ausgabe des Dudens als eigenes Lexem enthalten und ich bin mir sicher, dass dies für andere unpersönliche Sammelnamen den Weg in Richtung gendergerechte Sprache ebnet. Die Neuauflage des Dudens im August 2020 bestätigt mich hier. Sie enthält erstmals eine Stellungnahme zu gendergerechter Sprache und zur Benutzung des Gendersternchens. Damit setzt der Du-

FOTO: ADOBE STOCK/FRANK LAMBERT

den als führende Sprachinstitution ein klares Zeichen pro Gendern und erkennt eine sprachliche Veränderung an, die sich seit Jahren in Medien, Behörden, Universitäten, gelegentlich auch in der Tagesschau beobachten lässt.

Denn letztlich ist Sprache ein lebendiger Organismus, der sich stetig ändert und neue Wörter (wie aktuell »queer« oder »gendern«) aufnimmt und ungebräuchliche Wörter (wie »honett« oder »Sperenzchen«) abstößt. Das finde auch ich als Sprachliebhaberin bisweilen traurig, jedoch ist dieser Wandel aus rein wissenschaftlicher Sicht im Grunde weder gut noch schlecht, sondern wird eher als ein dem Konstrukt Sprache inhärenter Motor verstanden. Sprache verändert sich, weil sich die Welt verändert. Das Wort »Flugscham« zum Beispiel gibt es erst, seit Fliegen in der Klimadebatte abgewertet wurde. Dieses Wort wurde nicht vom Duden erfunden, sondern wurde von Menschen in ihrer Alltagssprache benutzt. Sprachwandel funktioniert also überwiegend durch eine Anerkennung des Sprachgebrauchs der Mehrheit und selten durch Beschlüsse »von oben«.

»Sprachwandel funktioniert selten durch Beschlüsse ›von oben‹, sondern überwiegend durch eine Anerkennung des Sprachgebrauchs der Mehrheit.«

Sprache beeinflusst das Denken

Es wurde zudem in unzähligen soziolinguistischen Studien bewiesen, dass das generische Maskulinum eine grammatische Fiktion ist. Trotz einer logischen Unabhängigkeit von Wörtern im generischen Maskulinum gibt es diese Unabhängigkeit empirisch nicht, denn es zeigte sich, dass bei Wörtern wie »Ärzte« und »Schüler« überwiegend an Männer gedacht wird. Und umgekehrt wurde deutlich, dass eine gendergerechte Ausdrucksweise die Wahrnehmung verändern kann und sich dadurch geschlechtstypische Normen untergraben lassen.

Alles spricht also dagegen, sich an »neuen« Wörtern aufzureiben und ihnen die Legitimität abzusprechen, weil sie nicht im Duden sind. Dies greift schlicht zu kurz, ist darüber hinaus kontraproduktiv und erkennt Sprache nicht als das an, was sie ist. Durch Gendern wird unsere Sprache nicht »vergewaltigt«. Eine Bezeichnung, die nicht nur inhaltlich falsch ist, sondern nebenbei auch sexualisierte Gewalt verharmlost und auch deshalb nicht als eine Metapher für Sprachwandel herhalten sollte. Durch Gendern ist unsere Sprache, ganz im Gegenteil, näher an der Realität und präziser! Es ist eine Veränderung unseres Sprachgebrauchs, die nichts kostet, niemandem schadet und viel verändert.

Ich bin der Ansicht, dass Bildungseinrichtungen mit der Zeit gehen und ein mehrheitsfähiges und inklusives Sprachverständnis vertreten sollten. Ich denke, die meisten Pädagog*innen stimmen mir zu, dass wir Kindern ein Weltbild vermitteln wollen, nach dem alle Menschen in unserer Gesellschaft gesehen und respektiert werden. Und Sprache ist ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, wenn es darum geht, das Bewusstsein für alternative Geschlechtsidentitäten zu öffnen und Diversität zu fördern.

Fundierte Argumente fehlen

Es ist bezeichnend, dass genderkritische Kommentare in meinem Umfeld überwiegend von Männern kommen. Nach meiner Erfahrung ist das Level an mansplaining im Lehrberuf natürlicherweise schon recht hoch, deshalb sind männliche Kollegen und besonders die viel besungenen alten, weißen Cis-Männer unter ihnen ein häufiges Problem. Es verstärkt das Gefälle zwischen Jung und Alt sowie Mann und Frau/Flinta, das einem guten und »echten« Austausch in einem Kollegium sehr im Weg steht. Es scheuten leider selbst fachfremde Kollegen nicht davor zurück, mir, der Deutschlehrerin und ausgebildeten Linguistin mit Uni-Abschluss, die sich mit allen Facetten von Sprache befasst hat, mein eigenes Fach zu erklären. Es ist unter anderem das Fehlen von fundierten Argumenten, das in der Genderdebatte zur Emotionalität der Auseinandersetzungen beiträgt, weshalb es umso wichtiger ist, dieses Thema in allen Bildungskontexten voranzubringen. Dabei sind Diskussionen auf Augenhöhe, die Bereitschaft zuzuhören und eine Offenheit für andere Standpunkte als den eigenen essenziell.

Es wird in der Genderdebatte oft zu wenig hervorgehoben, dass es nicht um linguistische Rechthaberei geht. Es geht nicht nur um Sprache. Beim Gendern geht es eigentlich um den Umgang mit Menschen und um den Umgang mit sozialer Ungerechtigkeit, die in unserer Sprache leider noch zu oft gespiegelt und verstärkt wird. Ich möchte an alle Pädagog*innen appellieren, die hier in einer besonderen Verantwortung stehen. Unser Job ist es nicht nur, die Welt in alle Bildungskontexte zu holen, sondern auch Veränderungen in dieser Welt anzuerkennen und ihnen Rechnung zu tragen. ■

Mansplaining, deutsch »Herrklärung« bezeichnet die Verhaltensweise eines Mannes, der davon ausgeht, mehr zu wissen als sein (meist weibliches) Gegenüber.

Anna-Fee Schuller,
Junge GEW BERLIN

FOTO: ADOBE STOCK/FEODORA

Dokumentation eines Desasters

Lorenz Maroldt und Susanne Vieth-Entus legen mit ihrem neuen Buch eine schonungslose Analyse des Berliner Bildungssystems vor

von Wilfried Seiring

Lorenz Maroldt/Susanne Vieth-Entus (2022): Klassenkampf. Was die Bildungspolitik aus Berlins Schuldesaster lernen kann, Suhrkamp, 221 Seiten, 18 €

Vor Jahren schrieb der Bildungsjournalist Christian Füller »Berlins Schulen gehören zum Schlechtesten, was in der Republik zu finden ist.« Dass man zu dieser Pauschalkritik noch immer kommen kann, zeigt das neu erschienene Sachbuch »Klassenkampf. Was die Bildungspolitik aus Berlins Schuldesaster lernen kann« von Lorenz Maroldt und Susanne Vieth-Entus.

Die beiden Tagesspiegel-Journalist*innen nehmen ein Vierteljahrhundert Berliner Schulpolitik in den Blick und kaum ein*e Kenner*in wird sich wundern, denn sie übertreiben nicht. Die Beschreibung der Wirklichkeit reicht aus: Bei allen Vergleichstests in Mathematik und Deutsch landen Berlins Schüler*innen seit Jahren auf den schlechtesten Plätzen, mehr als zehn Prozent verlassen die Sekundarschule ohne Abschluss. Konkret werden die maroden Schulen, das nicht Hinnehmbare der sanitären Anlagen und vor allem deren Ursachen genannt. Auch die Defizite bezüglich der Digitalisierung und vor allem der Lehrkräftemangel und dessen Folgen für die Arbeitsbedingungen aller im Schulwesen Tätigen.

»Unabweislich ist dieses Desaster selbstverschuldet.«

Unabweislich ist dieses Desaster selbstverschuldet, wobei die Nichtverbeamtung keineswegs allein dafür verantwortlich gemacht werden sollte. Auch die mangelnde Ausbildung neuer Lehrkräfte spielt eine Rolle. Ein Beispiel: Als Berlin 2016 für die Grundschulen Tausende Lehrer*innen brauchte, schlossen hier gerade mal 175 ihr Studium ab. Die Autor*innen verschweigen nicht, dass der Landeselternausschuss und die GEW seit 2012 immer wieder auf diesen Mangel hingewiesen haben.

Ein weiteres Problem: 2018 waren bereits 7.000 Quereinsteiger*innen im Berliner Schuldienst aktiv. Wobei besonders skandalös ist, dass es in Brennpunktschulen, da wo die Didaktik der Vermittlung entscheidend wirkt, 30 Prozent Quereinsteiger*innen sind. Es bedurfte nicht einer Expert*innenkommission, um festzustellen, dass die »Fachfremdheit« von Lehrkräften einen »signifikant negativen Effekt« auf die Schüler*innenleistung hat. Die Autor*innen können mit präzisen Zahlenangaben belegen, welche Hindernisse jahrelang Negativa produzieren. Das gilt etwa für das jahrgangsübergreifende Lernen, die Auflösung der Vorklassen und die Abschaffung der Spezialklassen für Kinder mit Lernbehinderung.

Umfangreiche Ausführungen sind dem Komplex Schulbau, Schulsanierung und den Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Bezirk und Land gewidmet – haarsträubend und gut belegt. Besonderes Augenmerk gilt auch der Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund. Hier hat Berlin schlechtere Ergebnisse vorzuweisen als etwa Hamburg oder Baden-Württemberg, obwohl diese Bundesländer einen höheren Anteil an Schüler*innen mit Migrationshintergrund haben als die Hauptstadt. Auch hier beklagen die Autor*innen zu Recht jahrelange Versäumnisse. Am Geld liegt es nicht: Die Ausgaben je Schüler*in in Berlin liegen bei 12.100 Euro, in Hamburg bei 11.700 Euro, im deutschen Durchschnitt bei 8.900 Euro.

Ein Kapitel ist dem »Schikanieren der freien Schulen« gewidmet, ein weiteres der Leistungsorientierung in Berlin. Ich habe noch die Zeit bis in die 90er Jahre erlebt, in denen die Rechtschreibung oft als ein »Instrument der herrschenden bürgerlichen Klasse« gedeutet wurde und Leistungsorientierung nachrangig den Erziehungszielen wie Solidarität und Selbstverwirklichung galten. Verwundert es also, dass die Drittklässler*innen-Vergleichsarbeiten zeigten, dass rund 30 Prozent der Kinder beim Lesen und in der Mathematik noch nicht einmal die Mindestanforderungen erreichen?

In den Naturwissenschaften sehen es die Autor*innen noch dramatischer; sie zitieren die Kultusministerkonferenz: »In Berlin werden im Jahr 2018 in allen untersuchten Fächern und Kompetenzbereichen die Regelstandards seltener erreicht oder übertroffen und die Mindeststandards häufiger verfehlt als deutschlandweit«.

Schließlich enthält der Band detaillierte Ausführungen zu »Auswegen aus dem Bildungsdesaster«. Eine Auswahl: dringend die Zahl der Kitaplätze erhöhen, die frühkindliche Bildung in den Fokus zu nehmen und die Lehramtsausbildung reformieren.

Rühmenswert schließlich ist der Anhang, der Literatur und Quellen zu jedem Thema enthält; eine Fundgrube für Examens- und Prüfungsarbeiten aller Art, vor allem aber zum Nachlesen und Überprüfen des eigenen Standpunktes, den in Berlin bekanntlich jeder mit Gewissheit hat. ■

Wilfried Seiring, Leitender Oberschulrat a. D.

FOTO: SUHRKAMP

»Mehr Pluralismus zulassen«
bbz März/April 2022

Zynisch oder naiv? Michaela Ghazi verweist mit Recht auf die Menschen, die aus Gesellschaften geflohen sind, in denen das Kopftuch, ob gesetzlich vorgeschrieben oder gesellschaftlich erzwungen, das Symbol für Unterdrückung und Leid ist, über alle kulturellen Unterschiede hinweg. Man stelle sich solch eine geflüchtete Mutter vor, die in der Schule ihres Kindes mit der Klassenlehrerin als Vertreterin unseres Staates einer Frau mit Kopftuch gegenüber sitzt. Dies gilt auch für Schülerinnen und Schülern bei religiös induzierten Konflikten, die ich als Schulleiter selbst erfahren habe. Da nützen kein gutes Grund- und Schulgesetz. Die Betroffenen müssen das eben aushalten. Von Menschen, die erfolgreich ein Studium und ein Referendariat absolviert haben, kann ich erwarten wahrzunehmen, dass für hunderte Millionen Menschen von Dakar bis Sumatra das obligatorische Kopftuch das Symbol für Unfreiheit bis hin zur existenziellen Bedrohung ist. Wie unsolidarisch mit diesen Menschen ist es, auch als Vertreterin staatlicher Exekutive auf dem Kopftuch zu beharren?

Ulrich Herbst

Jede Religion und jede Weltanschauung ist eine indoktrinierende Ideologie. Ergo: religiöse und weltanschauliche Symbole indoktrinieren durch ihre Zurschaustellung, indem sie aussagen: »Ich bin ein Anhänger einer Religion oder Weltanschauung, die die allein richtige ist«. Das Neutralitätsgesetz verwehrt allen, ihre Gesinnung zur Schau zu stellen, nicht mehr und nicht weniger. Es mag ja sein, dass Oster- und Weihnachtsfeiertage einen christlichen Ursprung haben, aber wen kümmert das heute noch? Es sind einfach Familienfeiertage, an denen die eine Hälfte der Republik die andere Hälfte besucht. Sportfeste liegen immer gegen Ende eines Halbjahres, denn vorher wird auf ein Ziel hintrainiert. Also warum nicht den Ramadan alle 10-20 Jahre anders legen? Und gibt es nicht auch Ausnahmen im Islam? Und zum Schluss sollten wir nicht auch annehmen können, dass es durchaus Einzelfälle geben wird, dass eben nicht reflektiert und professionell agiert wird? Warum sollten wir Kinder und Jugendliche dem aussetzen?

Reinhard Hennig

»Einmal und nie wieder«
bbz März/April 2022

Ich habe mein Referendariat in den Schuljahren 2018/2019 und 2019/2020. Ich finde das Referendariat in Berlin alles andere als rosig (wobei ich nicht weiß, ob es in den anderen Bundesländern besser ist). Dennoch erscheint mir der Erfahrungsbericht von Ulrike sehr weit weg vom Berliner Durchschnitt, soweit ich es beurteilen kann. Meine Ausbildungsschule war hervorragend organisiert, und aus allen drei Seminaren (Haupt- und Fachseminaren) haben ich von keinem Mitreferendar/in solche Horrorgeschichten wie Ulrikes gehört. Ich stelle damit nicht die Ehrlichkeit und Authentizität ihres Berichts in Frage, aber im ersten Semester hatte Ulrike die Möglichkeit, einen Schulwechsel zu beantragen. Von dieser Möglichkeit hat sie offenbar kein Gebrauch gemacht. Diese einzelne – mit Sicherheit ungewöhnliche – Erfahrung als Erklärung für die Abwanderung der Lehrkräfte aus Berlin finde ich überaus fragwürdig. Ich wiederhole es: Ich finde die Organisation des Ref. in Berlin sehr verbesserungswürdig und hatte auch nicht mit jedem Kollegen/jeder Kollegin nur gute Erfahrungen. Doch dieser Artikel grenzt an einer Karikatur, und wenn Kolleg/Innen aus anderen Bundesländern ihn lesen, wird es die so kritisierte Abwanderung nur potenzieren. Ich weiß nicht, wem das helfen soll. Ich meine nicht, dass dieser Artikel nicht hätte erscheinen sollen, wenn es ihre Erfahrung ist, aber er bedarf, finde ich, einer Debatte/eines Kommentars.

Christophe Moultapa

Ich habe 2016/2017 mein Referendariat in Berlin gemacht und zwar an zwei Gymnasien in Zehlendorf und Wilmersdorf in den Fächern Deutsch und ev. Religion. Meine Erfahrungen sind durchweg besser als die von Ulrike: Ich hatte schnell Mentor*innen, die Fachbereitsleitung und ich kannten uns, ich hatte normale Klassen, keine auffällig schwierige und auch in meinen Seminaren wurden wir angemessen unterstützt. Ich hatte auch Schwierigkeiten, z.B. mit einer der Mentorinnen. Doch im Großen und Ganzen fand ich es gut organisiert. Auch von meinen Referendariatskolleg*innen hörte ich nichts so Schlimmes wie von der Autorin. Also ich meine, in Berlin kann man auch gut als Studienreferendar*in arbeiten.

Johannes Müller

Leser*innenforum
bbz März/April 2022

War ja klar, wenn es eine Ausgabe zum Thema Rassismus gibt, dass jemand schreit: »Ja, aber was ist denn mit dem Antisemitismus?« Antisemitismus kann rassistisch motiviert sein, muss aber nicht. Demzufolge ist es nicht zwingend, diesen in einer solchen Ausgabe zu besprechen. Was da m. M. n. mitschwingt ist der Versuch, von der eigenen Verantwortung für Rassismus durch Beschuldigung einer anderen Gruppe abzulenken. So ähnlich machen das meine Schüler*innen auch immer gern: »Der hat aber auch reingeredet...« Denn selbstverständlich geht Diskriminierung hierzulande immer von »biodeutscher« Seite aus, von welcher denn sonst? Bei Rassismus geht es laut Definition um Machtgefälle, um untergeordnete und dominante Gruppen. Um Privilegien, die die Mitglieder der dominanten Gruppe genießen, meistens ohne sich dessen bewusst zu sein. Und die dominante Gruppe in Deutschland ist ja wohl die der »Biodeutschen«, oder? Ich verstehe ehrlich nicht, wo das Problem ist, wenn ich als Biodeutsche darauf hingewiesen werde, dass etwas rassistisch ist – dann sage ich: »Ups, sorry!«, und versuche es das nächste Mal besser zu machen. Und bilde mir nicht ein, es besser zu wissen als Betroffene, was rassistisch ist und was nicht. Denn ja, der Begriff »Clankriminalität« ist rassistisch. Auch hier hilft es schnell weiter, die Stichworte »Kritik Begriff Clankriminalität« in einer Suchmaschine einzugeben, sich entsprechende Artikel durchzulesen und schon merkt man, dass Sebahat Kandemirs Einschätzung mitnichten einseitig ist. Selbst die Politik scheint da Anzeichen von Lernfähigkeit zu zeigen. Nur manche GEW-Mitglieder anscheinend nicht. Schade. Es gibt noch viel zu tun für die antirassistische Bildungsarbeit – es wird doch wohl nicht für einige schon zu spät dafür sein?

Juliane Kühne

SCHREIB UNS!

Willst du auch einen Artikel aus der bbz kommentieren? Dann schreib uns an bbz@gew-berlin.de *– wir freuen uns!*

GEW-Chor mit neuer Leiterin: Helen Ispirian hat die Leitung des GEW-Chors im Dezember übernommen. Wir können endlich wieder regelmäßig – mit Abstand – im Lette-Haus singen und hoffen, dass das so bleibt. ... und übrigens: Neue Sänger braucht der Chor, Sängerinnen natürlich auch. Bitte bei Peter Sperling melden: 28432501 oder 0160 3074846

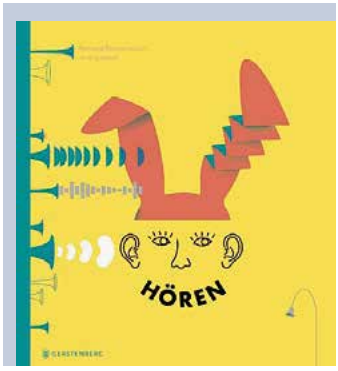
FOTOS: PRIVAT

BÜCHER

Familie und Liebe zwischen Konventionen und Emanzipation

Was ist Familie, wie ist die Vorstellung davon und die große Frage dabei ist: was ist Liebe? Diese Fragen scheinen sich in der Beziehung zwischen Auntie Bron und Auntie Ray in einem vielfältigen Beziehungsgeflecht zu stellen und zumindest im Ansatz zwischen Dialog und Bild herauszukristallisieren. Hierfür nimmt uns die Comiczeichnerin Lee Lai in Schwarz-Weiß-Zeichnungen auf unterschiedlichen Beziehungsebenen mit. Da haben wir das Liebespaar Bron und Ray, Rays alleinerziehende Schwester, ihre Nichte Nessie, Brons Eltern und Rays Schwester Gracie. In einem Dialog auf Bild- und Textebene können die Leser- und Betrachter-*innen dabei auch einen Prozess von Emanzipation mitverfolgen. Während für Ray die Rollen verteilt zu sein scheinen, ist für Bron Eigen- und Fremdwahrnehmung der eigenen Position ein ungeklärtes Terrain. Wer ist sie in Beziehung zu anderen? Was ist es, was andere von ihr erwarten? Was kann sie davon und will sie auch erfüllen? Inwieweit fühlt sie sich auch gegenüber anderen verpflichtet? In fünf Kapiteln erzählt die Comiczeichnerin in einem Rhythmus von meistens vier Panels pro Seite von Beziehungen und von Persönlichkeiten, die sich darin entwickeln. Nessie spielt bei der Emanzipation der beiden Hauptfiguren allerdings eine zentrale Rolle: sie stellt ein verbindendes Glied dar. Denn die Tage mit ihr sind »Tage wie kleine Inseln des Trosts«, aber auch Momente außerhalb der Konventionen. Diese Zweiteilung zeigt sich auch visuell, wenn im Spiel mit Rays kleiner Nichte alle Beteiligten zu wilden Tieren werden und damit auch aus Konventionen ausbrechen – visuell und auf der Handlungsebene. *Rezension von Farriba Schulz*

➔ *Lee Lai (2021): Steinfrucht. 232 Seiten, 28 €*



➔ *Roman Romanyshyn und Andriy Lesiy (Illustrationen) (2021): Hören. 56 Seiten, 20 €, ab 7 Jahren*

Hören wird synästhetisch umgesetzt

Nach »Sehen«, das bereits vielfach gelobt wurde, hat das Illustrator- und Autorin-Team nun auch das Hören zum synästhetischen Nachvollziehen veröffentlicht. Wie funktioniert Hören? Was macht unseren Hörsinn aus? Und auf welche Art und Weise kann Hören sichtbar gemacht werden? Mit passenden Beispielen aus der Musik, der Biologie und unserer Umgebung führen uns Romana Romanyschyn und Andrij Lessiw das Wunder des Hörens vor Augen. Auf welche Art und Weise Töne und Geräusche uns in unterschiedlichen Lautstärken umgeben und wie wir selbst klingen und »geräuschen«, zeigt dieses Bilderbuch in am Siebdruck orientierten Illustrationen. Die gewählte Farbpalette ist dabei entweder so knallig bunt wie schrill, hell und klar oder kommt in Grau als tiefer Ton daher. Wie hören Tiere, welche Töne erzeugen wir mit unserem Körper und was hat das mit Sprache zu tun? Das alles sind wichtige Fragen, die innerhalb unseres Kommunikationssystems relevant sind und in diesem Buch anklingen. Wenn das Illustrator- und Autorin-Team dann in einem Wirrwarr aus lautmalerischen Verben wie lärmen, flattern, scheppern, tuten, schnurren, ächzen, quietschen, mehrfarbig als Linien übereinander gedruckt die Doppelseite raumfüllend mit Tönen und Geräuschen besetzen, ist es fast ein Höhepunkt in der Geschichte, wenn eine Figur diesen Raum mit Regenschirm durchbricht, um Stille herzustellen. »Und manchmal braucht man Stille, muss man den Ton abstellen, um auch den feinsten Ton zu hören«, so der Text im Buch. Auf weißem Hintergrund platzieren sich dann Symbole, die mit uns kommunizieren, kaum vernehmbare Geräusche erzeugen, für die man fast schon die Luft anhält und sogar »das Klopfen zweier Herzen« hören kann. Hören wird in diesem Bilderbuch synästhetisch umgesetzt. *Rezension von Farriba Schulz*

Total Reset: Ein Geoengineering Thriller

Um die Klimakatastrophe abzuwenden, arbeiten Wissenschaftler-*innen an Methoden des Geo-Engineering – angeregt durch die Erkenntnis, dass die bei Vulkanausbrüchen austretenden Aero-

ANZEIGE

Extra Buch

VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN

z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...

Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

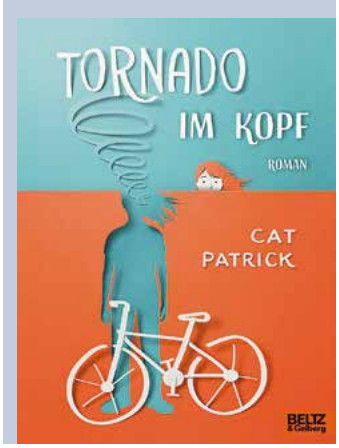
sole die Sonneneinstrahlung reduzieren. Kerstin Doerenbruch behandelt diese Methoden in einem Thriller, der seine Spannung auch durch den Wettlauf zwischen USA und Russland gewinnt. Die allgemeinen Risiken und die globalen Unterschiede (stärkere Belastung der südlichen Länder durch Zunahme von Extremwetter) werden dabei klar angesprochen. Dass wir vor allem das CO_2 reduzieren müssen und uns nicht auf diese gefährlichen Methoden verlassen dürfen, ist die zu erschließende Botschaft des Buches. Die Autorin, Dozentin an der Beuth-Hochschule, kommt auch zur Darstellung des wissenschaftlichen Hintergrunds in Schulen. *Rezension von Leonhard Dünnwald*

➔ *Kerstin Doerenbruch (2021): »Total Reset.« Noel-Verlag, 278 Seiten, 16,90 €*

Aktueller denn je: Rückkehr nach Reims

Die Lebenserinnerungen des französischen Schriftstellers und Intellektuellen Didier Eribon erschienen erstmals im Jahre 2009 in Frankreich. Eribon, heute Professor für Soziologie an der Universität von Amiens, wurde in der politischen Lage nach dem Brexit, der Trump-Wahl in den USA und den Erfolgen der rechten Parteien in Europa schlagartig bekannt. Der Autor versucht Erklärungen für diese Rechtsentwicklungen zu geben. Es wird von den Arbeiter*innenfamilien berichtet, die einst geschlossen die Kommunistische Partei wählten, während sie heute den Bodensatz für die Erfolge des rechtsextremen Lagers bilden. Wer in Deutschland das Buch liest, denkt unwillkürlich an den Aufstieg der AfD. »Rückkehr nach Reims« handelt davon, wie ein Milieu Wut entwickelt gegen alles, was »anders« ist: »Fremde«, Homosexuelle, »das System«, die da oben in Paris, Brüssel oder auch Berlin. Im 3. Kapitel werden für Gewerkschaften und linke Parteien auch Gegenstrategien angedeutet. Insgesamt ein Buch mit viel Stoff für eine rege Diskussion in Gruppen, die unter der derzeitigen Entwicklung leiden und Auswege suchen. *Rezension von Joachim Dillinger*

➔ *Didier Eribon (2016/2022): »Rückkehr nach Reims.« Suhrkamp Verlag, 240 Seiten, Über die Bundeszentrale für politische Bildung in der Friedrichstraße 4 €, im Buchhandel 18 €*



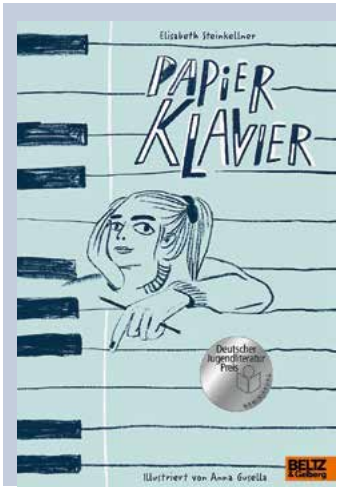
➔ *Cat Patrick (2021): »Tornado im Kopf«, Beltz & Gelberg, 271 Seiten, 15 €, ab 11 Jahren*

Lesepeter im Mai

Im Mai 2022 erhält den LesePeter das Kinderbuch »Tornado im Kopf« von Cat Patrick. Manchmal ist es, als würde ein Tornado durch Frankies Kopf wirbeln und ihr die Kontrolle über sich selbst entreißen. Seit ihre ehemals beste Freundin verschwunden ist, fällt ihr die Kontrolle darüber noch schwerer. Die grandiose Erzählung ermöglicht Einblicke in die Gefühls- und Gedankenwelt neurodiverser Menschen, ist allerdings nichts für Zartbesaitete.

Lesepeter im Juni

Im Juni 2022 erhält den LesePeter das Jugendbuch »Papierklavier« von Elisabeth Steinkellner mit Illustrationen von Anna Gusella.



➔ *Elisabeth Steinkellner und Anna Gusella (Illustr.) (2021): »Papierklavier«, Beltz & Gelberg, 140 Seiten, 14,95 €, ab 15 Jahren*

Maia muss viel auf ihre kleine Schwester aufpassen, während ihre Mutter einem schlecht bezahlten Job nachgeht. Maia pfeift auf ihr Übergewicht und trotzt gemeinsam mit ihrer transgender Freundin den Sorgen des Alltags. Selbstbewusst und humorvoll berichtet sie uns davon in einem mit authentisch wirkenden Skizzen illustrierten Tagebuch.

MATERIAL

Menschenfeindlichkeit im Netz begegnen

Mit einem neuen Qualifizierungskonzept für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen erweitert der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an« seine Bildungsmaterialien. Das Konzept »Menschenfeindlichkeit im Netz begegnen. Demokratische Kompetenzen von Berufsschüler*innen im digitalen Raum stärken« wurde in Zusammenarbeit mit der Lea Gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen erarbeitet und richtet sich an Weiterbildungseinrichtungen mit Bildungsangeboten für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen. Es kann unter freier Lizenz in Weiterbildungseinrichtungen bundesweit eingesetzt werden.

Download

Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme

Alle zwei Jahre berichtet der »Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme« – im Winter 2021 zum achten Mal – über den Stand der frühkindlichen Bildung in den deutschen Bundesländern. Die Auswertungen werden durch Prognoseergebnisse des erstmals veröffentlichten »Fachkräfte-Radars für KiTa und Grundschule« der Bertelsmann Stiftung ergänzt. Der Fachkräfte-Radar zeigt in datenbasierten Szenarien, wie sich Bedarf und Angebot an KiTa-Fachkräften bis 2030 entwickeln könnten. Ein Schwerpunkt der 2021-Ausgabe liegt auf den Effekten der Bundesländer-Maßnahmen im Rahmen des »Gute-KiTa-Gesetzes« – analysiert wurde, welche bisherigen Veränderungen sich in den aktuellen Kinder- und Jugendhilfe-Daten zeigen, die auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Personal- und Leitungsausstattung zurückgeführt werden könnten. Das Projekt »Frühkindliche Bildung« setzt sich für Chancengerechtigkeit und »gute« Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder in KiTas ein. Um diese zu gewährleisten, braucht es professionelle frühkindliche Bildungssysteme, die mit diesen Projektaktivitäten unterstützt werden.

➔ *Kathrin Bock-Famulla et al. (2021): »Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme.« Bertelsmann Stiftung, 432 Seiten, 28 €*

AKTIVITÄTEN

Humorist*in gesucht

Die GEW, wie sie debattiert und lacht – Lacht? Na klar! Um Letzteres noch sichtbarer zu machen, sucht die GEW für kommende Veranstaltungen ein*e Humorist*in – oder gern mehrere – welche*r dieses Talent solidarisch zur Verfügung stellen möchte. Gern darf diese Person aus der eigenen (Wort-)Schmiede stammen. Falls jemand indes jemanden Externen vermitteln möchte, so fühle sich diese Person hierzu ebenso herzlichst eingeladen. Interesse bitte an *info@gew-berlin.de*

Schüler*innen erreichen – gelingende Beziehungen aufbauen!

Im viertägigen Praxisseminar für Lehrkräfte und pädagogisches Fachpersonal erwarten dich über 40 lebendige und direkt umsetzbare Methoden, mit denen es dir gelingt deine Schüler*innen wertschätzend zu erreichen. Auch die, die sich destruktiv oder aggressiv verhalten! Im Mittelpunkt steht die vielfach erprobte Methode des Tagebuchschreibens. So einfach ist es, gelingende Beziehungen (wieder) aufzubauen und die Schüler*innen gerade jetzt in der Pandemie bestmöglich zu begleiten.

Veranstalter: ChangeWriters e.V., gemeinnütziger Verein, Termine: 31. Mai, 01., 21. und 22. Juni 2022, Ort: Seminarraum der DB am Hbf, Berlin, Kosten: 390 €, inkl. Verpflegung

Kolleg*innen für Forschungsprojekt gesucht

Wie kann pädagogisches Handeln Verantwortung thematisieren, umsetzen und fördern? In einem

interdisziplinären Projekt zu Verantwortung (Deutschland/Japan) suchen Carina Pape und ihr Team interessierte Kolleg*innen aus der Schulpraxis für Expert*innen-Interviews. Ziel ist es, einen Einblick in das pädagogische Handeln in Deutschland und Japan durch Unterrichtsmaterialien und Erfahrungen aus der Praxis zu erhalten. Die Interviews werden voraussichtlich von August bis September 2022 stattfinden. Im Gegenzug bietet das Forschungsteam kostenfreie Workshops für Schüler*innen an. Die Inhalte der Workshops orientieren sich nach Absprache am Bedarf der jeweiligen Schule, Expertisen sind u. a. Philosophieren mit Kindern, interkulturelle Trainings, Theaterpädagogik, Konfliktmanagement. Außerdem haben die Schüler*innen die Möglichkeit, an einem »Poetry Slam« teilzunehmen.
Kontakt: *carina.pape@uni-hildesheim.de*; Infos: *https://CarinaPape.net*

Frühjahresradtour der GEW

Die diesjährige Frühjahresradtour der GEW findet am Samstag, den 7. Mai 2022 statt. Weitere Informationen folgen. Fragen und Anmeldung bei Manfred Triebe unter *umtriebe@web.de*

Stadtradeln 2022

Beim »Stadtradeln« setzen jedes Jahr tausende Berliner*innen ein Zeichen für klimafreundliche Mobilität und ein lebenswertes Berlin. Drei Wochen lang treten sie gemeinsam in die Pedale und fahren möglichst viele Wege klimafreundlich mit dem Rad. Unter den mehr als 15.000 Teilnehmenden sind bereits jetzt viele Schulteams und es sollen noch mehr werden. Vom 3. bis 23. Juni 2022 geht die Aktion in Berlin eine neue Runde. Anmeldung und mehr Informationen unter:
www.stadtradeln.de/berlin

Ehrenamtlicher Deutsch-Unterricht im Ökumenischen Zentrum

Das Ökumenische Zentrum in der Wilmersdorfer Straße 163 bietet auch kurzfristig noch freie Deutsch-Kurse für Geflüchtete an. Die Unterrichtszeiten erstrecken sich von Montag bis Donnerstag von 11 bis 17 Uhr und umfassen jeweils zwei Stunden. Die Niveaus bewegen sich zwischen A1/1 bis B1 bzw. B2. Bei Interesse: *Mail: deutschunterricht-oekumenisches-zentrum@gmx.de*

Friedensfähigkeit will gelernt sein!
Bewerbung für den Schüler*innenpreis für friedensfähige Bildung der Bürgerstiftung Berlin möglich. Ausgezeichnet werden Theaterprojekte, Streitschlichtungsinitiativen, Aktivitäten gegen Diskriminierungen und Mobbing, Beschäftigung mit Beispielen unterschiedlichen Konfliktverhaltens. Bewerbungsschluss: 31. Mai 2022; Preisgeld: 5.000 Euro (1. Preis: 2.500 Euro + ein Buddy Bär von Buddy Bear Berlin, 2. + 3. Preis: zusammen ebenfalls 2.500 Euro nach Gewichtung der Jury)
Bewerbung und mehr Informationen unter *www.buergerstiftung-berlin.de/foerderungen/buddies-for-peace*

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen-team@gew-berlin.de oder schau in den Veranstaltungskalender unter www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender*
*Euer Senior*innen-Team*

Senior*innen/Junge Alte

• *Mittwoch, 8. Juni 2022 / 10-13 Uhr*
Neuwahl Landessenior*innen-ausschuss
Entsprechend dem Wahlausschreiben in der bbz 3-4/2022, Seite 45 findet die Wahl der Leitung der Personengruppe der Senior*innen in der »Alten Pumpe«, Lützowstraße 42, 10785 Berlin statt. Vorher stellt das Leitungsteam seinen Tätigkeitsbericht über die Arbeit der letzten Jahre vor. In der Pause wird ein kleiner Imbiss gereicht.

Senior*innen Lichtenberg

• *Montag, 2. Mai 2022 | 17.00 Uhr*
Erinnerung
Wir möchten dich am 2. Mai 2022 um 17 Uhr zu einem Erinnern an die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis vor 89 Jahren am Stolperstein für den zu Tode gefolterten Gewerkschafter Oskar Debus in der Lichtenberger Josef-Orlopp-Str. 50, nahe dem Finanzamt (erreichbar mit dem 240er Bus bis Gewerbepark Josef-Orlopp-Str.) einladen.

• *Dienstag, 10. Mai 2022 | 10.30 Uhr*
Kleiner Rundgang durch die Köpenicker Altstadt
Köpenick ist immer einen Ausflug wert. Der Hauptmann von Köpenick zieht viele Besucher*innen an, auch uns. Wir werden einen gemütlichen Spaziergang durch die Köpenicker Altstadt unternehmen, teils am Wasser entlang. Treffpunkt: 10.30 Uhr Rathaus Köpenick am Denkmal vom Hauptmann; Fahrverbindung: Tram 27, 61, 62, 63, 67, 68 und Bus 162, 164, 165; Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 030/472 74 77

• *Mittwoch, 15. Juni 2022 | 10.30 Uhr*
Besuch des Nicolai-Hauses
Das Nicolai-Haus in der Brüderstr. 13 ist eines der ältesten Bürgerhäuser Berlins. Ein Denkmalschützer erklärt bei einer Führung, wie der Verleger und Schriftsteller Friedrich Nicolai sein gastfreundliches Haus zu einem Ort der »Aufklärung« des 18./19. Jahrhunderts entwickelte. Der Eintritt ist frei, aber eine Spende ist willkommen. Treffpunkt: 10.30 Uhr Bushaltestelle »Fischerinsel« in der Gertraudenstr.; Fahrverbindung: Bus 200 oder 248; Kontakt: Erich Juhnke, Tel. 030/975 75 64
Der für Juni geplante Spaziergang im Johannisthaler Landschaftspark findet voraussichtlich im Herbst statt.

Senior*innen Pankow

• *Dienstag, 17. Mai 2022 | 10.45 Uhr*
Der Mann mit dem Hut führt uns durch den anderen Teil der Siemensstadt.
Treffpunkt: 10.45 Uhr U-Bahnhof Siemensdamm, Verteilerebene, Kosten: 8 Euro; Verantwortlich: Kollegin Lange, Tel. 030/65 48 42 50

ANZEIGE

www.debeka.de

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

Debeka-Landesgeschäftsstelle
Werdauer Weg 3 a
10829 Berlin
Telefon (030) 78806-0

• *Dienstag, 21. Juni 2022 I 10.30 Uhr*
Wanderung
Eine kleine Wanderung zur Moorlinse mit Roland Lehmann und ein Besuch des Vereins »Kinder in der Freizeit«. Bei dieser Wanderung werden wir auch wieder ein Plätzchen für unser Picknick finden. Treffpunkt: 10.30 Uhr, S-Bhf. Buch; Kosten: keine, aber ein kleiner Beitrag zum Picknick; verantwortlich: Kollegin Slateff, Tel. 030/986 48 37

Stammtisch GEW Ruheständler*innen

27. Mai und 24. Juni um 15 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 030/471 61 74

02. MAI	17.30 UHR	**AG Berufsverbote**
02. MAI	16.00 UHR	**GEW-Betriebsgruppe HU**
03. MAI	17.00 UHR	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
10. MAI	18.00 UHR	**Junge GEW**
11. MAI	19.00 UHR	**Fachgruppentreffen Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
12. MAI	16.30 UHR	**AG Jugendliteratur und Medien: Workshop**
16. MAI	17.00 UHR	**Landesausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung**
17. MAI	19.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
17. MAI	17.00 UHR	**GEW-Infoveranstaltung Referendariat in Berlin für Lehramtsstudierende HU und TU**
18. MAI	17.00 UHR	**AG Frieden**
18. MAI	18.00 UHR	**AG Lesben**
19. MAI	18.00 UHR	**Kita AG**
19. MAI	17.00 UHR	**AG Medienbildung**
19. MAI	17.00 UHR	**GEW-Infoveranstaltung Referendariat in Berlin für Lehramtsstudierende an FU und UdK**
24. MAI	17.00 UHR	**AG Quereinstieg**
24. MAI	17.30 UHR	**Mitgliederversammlung Mete-Ekşi-Fonds**
25. MAI	14.00 UHR	**Senior*innen/Junge Alte**
31. MAI	17.00 UHR	**GEW-Infoveranstaltung berufsbegleitendes Referendariat u.a. im Quereinstieg**
31. MAI	18.00 UHR	**Neumitgliedertreffen**
08. JUNI	19.00 UHR	**Fachgruppentreffen Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
13. JUNI	16.30 UHR	**GEW-Betriebsgruppe HU**
13. JUNI	17.30 UHR	**AG Berufsverbote**
14. JUNI	17.00 UHR	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
14. JUNI	18.15 UHR	**Junge GEW**
14. JUNI	19.00 UHR	**AG Schwule Lehrer**
15. JUNI	18.00 UHR	**AG Lesben**
16. JUNI	17.00 UHR	**AG Medienbildung**
16. JUNI	18.00 UHR	**Kita AG**
20. JUNI	17.00 UHR	**Landesausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung**
21. JUNI	13.00 UHR	**Vertrauensleutekonferenz Tempelhof-Schöneberg**
22. JUNI	17.00 UHR	**AG Quereinstieg**
23. JUN	15.30 UHR	**AG Jugendliteratur und Medien**
29. JUNI	18.30 UHR	**LGBTQAI Sozialpädagog*innen**

HINWEIS

Das GEW-Haus ist, abhängig von der aktuellen Entwicklung rund um die Corona-Pandemie, nur eingeschränkt geöffnet. Bitte informiert euch über den aktuellen Stand unter *www.gew-berlin.de*. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch unter *info@gew-berlin.de*.

FOTO RÜCKSEITE: FOTOLIA

ANZEIGEN

KLAPPE AUF, GRIPS AN.
GRIPS THEATER
Die Blauen Engel 6+
Von Manuel Ostwald | Berliner Kindertheaterpreis 2021
Ein Drama um Freundschaft, drei Mülltonnen und ein Geheimnis
NEU!
Ab 3. Juni
Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 – 39 74 74 - 77 oder www.grips-theater.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe
Info-Tel.: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Ihre Farbanzeige in der bbz
Zum Beispiel diese Anzeige im Vierfarbdruck für nur 114 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
E-Mail: info@bleifrei-berlin.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2022
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Wahlversprechen halten!

Verbeamtung gerecht umsetzen!

Sag es uns auf
www.gew-berlin.de/fairbeamtung

Die GEW BERLIN setzt sich dafür ein, dass die Rückkehr zur Verbeamtung gerecht abläuft. Wir beraten unsere Mitglieder, ob sich die Verbeamtung individuell lohnt. Was ist dir wichtig für eine faire Verbeamtung?

GEW BERLIN

Ahornstraße 5 | 10787 Berlin | Tel. 21 99 93-0 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de